

WA 6.6.19

## „Kiesabbau in Auers rentiert sich“

**Rohstoff** Bürgermeister informiert über aktuellen Stand. Konkrete Pläne der Firma Geiger liegen aber noch nicht auf dem Tisch. Anwohner befürchten Lärm und massiven Eingriff in die Natur

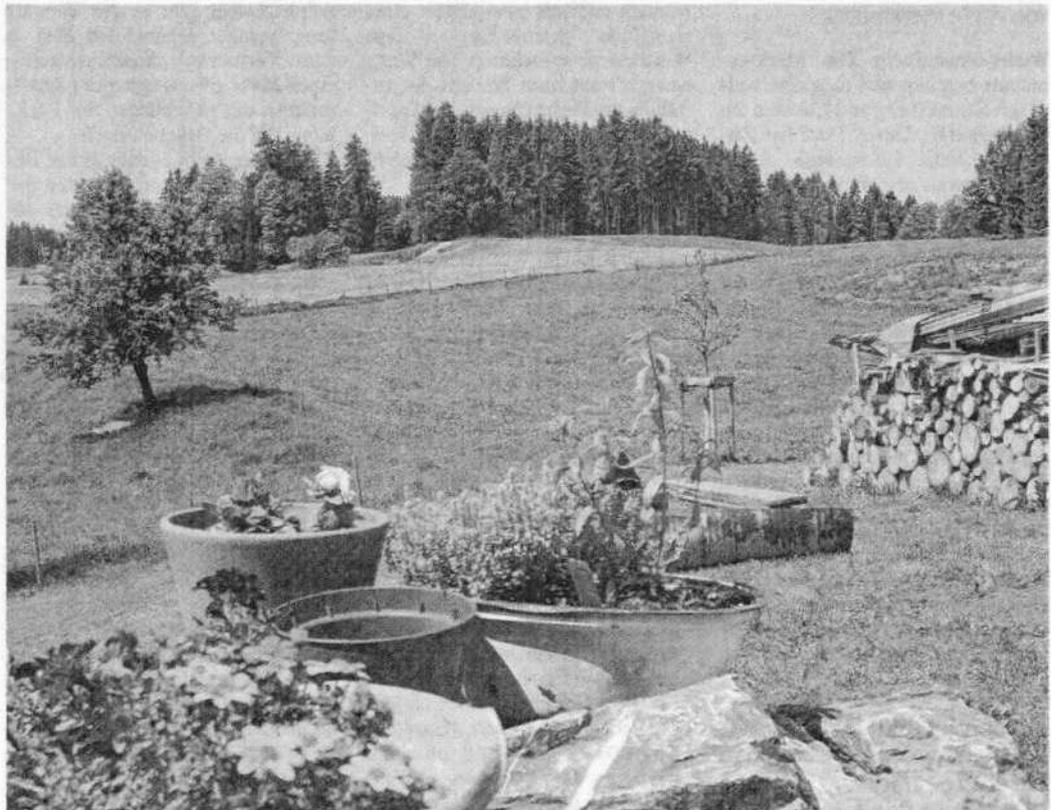
VON ANJA WORSCHSCH

**Röthenbach** Der Andrang war groß bei der Gemeinderatssitzung in Röthenbach. Dieses Mal polarisierte aber nicht das Generationendorf in Oberhäuser, sondern eine mögliche Kiesgrube im Ortsteil Auers. Etwa 5 Besucher drängten in den kleinen Sitzungssaal im Pfarrheim – größtenteils betroffene Anlieger und Anwohner. Sie sorgen sich um die Folgen für die Natur und die Lebensqualität der Menschen, falls es zu einem Abbau kommt.

Derzeit führt die Firma Geiger zwei weitere Probebohrungen für ein hydrogeologisches Gutachten durch, um die Wasserpegel zu messen, teilte Bürgermeister Stephan Höß mit. Spruchreif sei aber noch nichts. „Es liegen noch keine Pläne der Firma Geiger auf dem Tisch.“ Fest steht nur: Ein Kiesabbau würde sich laut dem Unternehmen wohl rentieren, sagte der Rathauschef.

Es gebe aber noch viele Unbekannte. Etwa, wie groß die Kiesgrube werden soll, wie tief und wie viel abgebaut werden könnte, wie eine mögliche Zufahrt verlaufen soll und wie viele Lastwagen diese dann täglich nutzen. Daher gebe es zu diesem Zeitpunkt noch keine Faktenrundlage, um darüber zu diskutieren, sagte Höß. Herbert John von der Firma Geiger erklärte auf Nachfrage unserer Zeitung, dass sich das Projekt noch im Untersuchungsstadium befinde. Erst müsse das Gutachten abgewartet werden, dann werde es dem Wasserwirtschaftsamt vorgelegt. Auch eine Zustimmung der Grundeigentümer gebe es noch nicht, sagte John.

Stephan Hübner, Anwohner in Auers, hatte in der Gemeinderatssitzung Rederecht beantragt. Er wies daraufhin, wie massiv der Eingriff in



Knapp 200 Meter von den Terrassen der Anwohner in Auers entfernt könnte am Waldrand eine Kiesgrube entstehen. Die Firma Geiger macht derzeit zwei weitere Probebohrungen, um den Grundwasserpegel zu bestimmen. Foto: Anja Worschsch

die Natur und das angrenzende Moorgebiet wäre, falls dort eine Kiesgrube entstehen sollte. Die Wasserquellen der Grundstücksbesitzer könnten verschmutzen, gab er zu bedenken. Zudem befürchten die Anwohner Lärm und Staub durch Baufahrzeuge. Höß sagte, dass eine mögliche Zufahrt sicher nicht durch Auers führen würde, sondern über den bestehenden Radweg Richtung Lindenberg. Hübners Anliegen sei es, für dieses Thema zu sensibilisie-

ren. Er machte aber auch deutlich, dass die Gemeinde bei dem Thema mit erheblichem Widerstand der Anwohner rechnen müsse. Diese wollen sich Unterstützung von einem Anwalt holen, den Bund Naturschutz informieren und sich in einer Interessensgruppe zusammenschließen.

**„Könnten wir Nein sagen?“**

Gemeinderat Berthold Zürn warf die Frage in den Raum: „Könnten

wir als Kommune Nein sagen?“ Inwieweit die Gemeinde beim Kiesabbau Mitspracherecht hat, will Höß mit dem Landratsamt klären. Bei der Bauschuttdeponie in Steinegaden entscheide nämlich die Regierung von Schwaben.

„Sobald konkrete Pläne da sind, werden wir das öffentlich besprechen“, sagte Gemeindeoberhaupt Höß und versprach, die Bürger auch über die Antwort des Landratsamtes zu informieren.

# BN hat viele Einwände gegen Wasserburger Flächennutzungsplan

Die Naturschützer mahnen mehr Landschaftsschutz und weniger Versiegelung an **LZ 7.6.19**

Von Julia Baumann

WASSERBURG - Der Lindauer Bund Naturschutz (BN) ist alles andere als begeistert von dem neuen Flächennutzungsplan, den die Gemeinde Wasserburg aufstellen möchte. Dementsprechend negativ fällt die Stellungnahme der Naturschützer aus. Sie bemängeln vor allem Eingriffe in Landschaftsschutzgebiete, FFH-Gebiete und Biotope.

„Was uns besonders erschüttert, ist, dass sie mit einem Landschaftsschutzgebiet umgehen, als wäre es eine normale Wiese“, sagt Erich Jörg, Kreisvorsitzender des BN. Mit seinen Kolleginnen Claudia Grießer und Isolde Miller hat er zum Ortstermin nach Wasserburg geladen. Denn was den BN an den Planungen der Gemeinde stört, zeigt sich am besten vor Ort.

Erste Station ist die Nonnenhorner Straße. Dort sind innerhalb des Landschaftsschutzgebietes bandartige Flächen für Parkplätze geplant. Diese lehnt der BN entschieden ab – nicht nur wegen der Versiegelung der Fläche. Die Naturschützer fürchten, dass der Verkehr in diesem Bereich dadurch zunehmen würde. Denn um den Verkehr auf der Halbinsel zu entlasten, sehen die Planungen auch eine neue Straßenführung vor. Dafür schlägt das Augsburgs Büro Opla, das den Flächennutzungsplan entworfen hat, zwei Varianten vor.

In der ersten Variante soll der Moosweg, bisher ein kleiner Rad- und Wanderweg, für Autos erschlossen

003gem\_07\_Jun\_SV



Die Naturschützer haben viele Einwände gegen den geplanten Flächennutzungsplan (von links): Erich Jörg, Isolde Miller, Claudia Metzdorf und Claudia Grießer.

FOTO: JULIA BAUMANN

werden. „Dafür müsste der Moosweg verbreitert werden“, erklärt Claudia Grießer. Dies sei ein viel zu starker Eingriff im Bereich der Wasserburger Bucht, der neben einem Landschaftsschutzgebiet auch ein FFH-Gebiet und Biotop umfasst. Auch die zweite Variante, in der die Parkplätze durch eine neue Straße am Rand dieses FFH-Gebiets erschlossen werden sollen, lehnen Jörg und seine Kolleginnen ab. „FFH-Gebiete dürfen nicht verschlechtert werden“, sagt Jörg. „Das ist die gute

Stube von Wasserburg, sie würde zerfleddert, zerstört werden. Damit versündigt sich die Gemeinde an ihrer Zukunft.“

Werner Dehm, Geschäftsführer der Firma Opla, hatte den Flächennutzungsplan bereits Mitte Mai im Bürgerbegegnungshaus vorgestellt. Auch damals waren die geplanten Parkplätze an der Nonnenhorner Straße und deren Erschließung Thema. Auch einige Bürger sorgten sich wegen des Eingriffs ins Landschaftsschutzgebiet. Nach Meinung der Pla-

ner ist ein gut eingegrünter Parkplatz dort aber durchaus denkbar.

Ebenso denkbar sei die Erweiterung des Parkplatzes Hegestrand auf die gegenüber des Mooswegs gelegene Seite. Auch diese Planungen lehnt der BN ab. Einzig einer weiteren Parkfläche unterhalb des Hotels Walserhof können die Naturschützer zustimmen, ebenso wie dem geplanten Auffangparkplatz an der Friedrichshafener Straße, sofern dahinter ein schlüssiges Shuttle-Konzept steckt.

## Pläne geben „Drang nach ungebremstem Wachstum“ nach

Neben neuen Parkplätzen sieht der Flächennutzungsplan auch einige neue Wohn- und Mischgebiete vor. Grundsätzlich stimmt der BN einer Bebauung im Bereich Wasserburg Mitte, teilweise den Planungen an der Höhenstraße zu. Auch die Planungen für Misch- und Wohngebiet in Hege Nord akzeptiert der BN teilweise, ebenso wie die für das Mischgebiet Hege Süd. Auch bei der geplanten Erweiterung des Sportplatzes sehen die Naturschützer keine Probleme. Ein geplantes Wohngebiet in Hengnau Süd hingegen halten sie für zu groß dimensioniert, auch die geplanten Wohngebiete in Hengnau Nord-West und Hengnau Nord lehnen sie ab.

Probleme sehen die Naturschützer auch in der geplanten Erweiterung des Baugebiets am Mittelseemoos. Auch dort haben die Planer zwei Varianten vorgesehen. Der BN lehnt beide ab. „In der ersten Varian-

te soll eine Streuobstwiese gepflanzt und zum Baugebiet werden“, erklärt Claudia Grießer. Die zweite Variante führe zu einer unharmonischen Ausdehnung der Siedlungsgrenzen in die freie Landschaft.

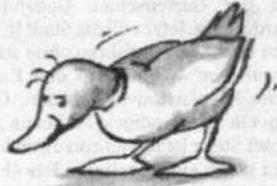
„Komplett unverständlich“ ist für die Naturschützer, dass der Flächennutzungsplan eine Erweiterung der Wohnbaufläche im Gebiet Reutenen vorsieht. Wie berichtet, hatte der Gemeinderat die Pläne für das Baugebiet dort im Februar auf Eis gelegt. Grund dafür waren die Erschließungskosten für die Entwässerung. Ebenfalls negativ fällt die Stellungnahme des BN zur geplanten Wohnbaufläche an der Uli-Wieland-Straße aus, da diese im Landschaftsschutzgebiet „Bayerisches Bodenseeufer“ liegt.

Grundsätzlich sind die Naturschützer darüber enttäuscht, dass der neue Flächennutzungsplan vor allem dem „Drang nach ungebremstem Wachstum“ nachgebe. „Das ist ein Widerspruch zu den Leitzielen der Gemeinde“, sagt Isolde Miller. Beim Infoabend im Mai hatten einige Gemeinderäte erklärt, dass mit dem neuen Flächennutzungsplan Baumöglichkeiten vor allem für Wasserburger geschaffen werden sollen.

Wie genau der neue Flächennutzungsplan von Wasserburg aussehen wird, wird sich erst noch zeigen. Bis Freitag, 7. Juni, können Bürger und Behörden dazu Stellung nehmen. Einwände, darunter die zehn Seiten, die der Bund Naturschutz eingereicht hat, müssen dann vom Gemeinderat diskutiert werden.

Gesagt in  
Wasserburg  
„Das ist die gute  
Stube von  
Wasserburg,  
sie würde  
zerfleddert,  
zerstört werden.  
Damit versündigt  
sich die  
Gemeinde an  
ihrer Zukunft.“

Erich Jörg



L  
7.  
6.  
19

# „Kiesabbau in Auers rentiert sich“

LZ  
21.6.19

Bürgermeister informiert über aktuellen Stand –  
Konkrete Pläne liegen aber noch nicht auf dem Tisch

Von Anja Worschech

RÖTHENBACH - Der Andrang war groß bei der Gemeinderatssitzung in Röthenbach. Dieses Mal polarisierte aber nicht das Generationendorf in Oberhäuser, sondern eine mögliche Kiesgrube im Ortsteil Auers. Etwa 25 Besucher drängten in den kleinen Sitzungssaal im Pfarrheim – größtenteils betroffene Anlieger und Anwohner. Sie sorgen sich um die Folgen für die Natur und die Lebensqualität der Menschen, falls es zu einem Abbau kommt.

Derzeit führt die Firma Geiger zwei weitere Probebohrungen für ein hydrogeologisches Gutachten durch, um die Wasserpegel zu messen, teilte Bürgermeister Stephan Höß mit. Spruchreif sei aber noch nichts. „Es liegen noch keine Pläne der Firma Geiger auf dem Tisch.“ Fest steht nur: Ein Kiesabbau würde sich laut dem Unternehmen wohl rentieren, sagte der Rathauschef.

Es gebe aber noch viele Unbekannte. Etwa, wie groß die Kiesgrube werden soll, wie tief und wie viel abgebaut werden könnte, wie eine mögliche Zufahrt verlaufen soll und wie viele Lastwagen diese dann täglich nutzen. Daher gebe es zu diesem Zeitpunkt noch keine Faktengrundlage, um darüber zu diskutieren, sagte Höß. Herbert John von der Firma Geiger erklärte auf Nachfrage des „Westallgäuers“, dass sich das Projekt noch im Untersuchungsstadium befinde. Erst müsse das Gutachten abgewartet werden, dann werde es dem Wasserwirtschaftsamt vorge-

legt. Auch eine Zustimmung der Grundeigentümer gebe es noch nicht, sagte John.

Stephan Hübner, Anwohner in Auers, hatte in der Gemeinderatssitzung Rederecht beantragt. Er wies daraufhin, wie massiv der Eingriff in die Natur und das angrenzende Moorgebiet wäre, falls dort eine Kiesgrube entstehen sollte. Die Wasserquellen der Grundstücksbesitzer könnten verschmutzen, gab er zu bedenken. Zudem befürchten die Anwohner Lärm und Staub durch Baufahrzeuge. Höß sagte, dass eine mögliche Zufahrt sicher nicht durch Auers führen würde, sondern über den bestehenden Radweg Richtung Lindenberg. Hübners Anliegen sei es, für dieses Thema zu sensibilisieren. Er machte aber auch deutlich, dass die Gemeinde bei dem Thema mit erheblichem Widerstand der Anwohner rechnen müsse. Diese wollen sich Unterstützung von einem Anwalt holen, den Bund Naturschutz informieren und sich in einer Interessensgruppe zusammenschließen.

Gemeinderat Berthold Zürn warf die Frage in den Raum: „Könnten wir als Kommune Nein sagen?“ Inwieweit die Gemeinde beim Kiesabbau Mitspracherecht hat, will Höß mit dem Landratsamt klären. Bei der Bauschuttdeponie in Steinegaden entscheide nämlich die Regierung von Schwaben. „Sobald konkrete Pläne da sind, werden wir das öffentlich besprechen“, sagte Gemeindeoberhaupt Höß und versprach, die Bürger auch über die Antwort des Landratsamtes zu informieren.



Knapp 200 Meter von den Terrassen der Anwohner in Auers entfernt könnte am Waldrand eine Kiesgrube entstehen. Die Firma Geiger macht derzeit zwei weitere Probebohrungen, um den Grundwasserpegel zu bestimmen.

FOTO: ANJA WORSCHER

# Dem Streuobst auf der Spur LZ 21.6.19

Landkreis legt Broschüre mit Wanderwegen neu auf – Jede Route hat ein bestimmtes Thema

KREIS LINDAU (sz) - Sie heißen „Feuer und Flamme“, „Bienen, Most und Brennerei“ und „Vom Allgäuer Kalvill bis zum Zabergäu“. Das sind die Namen von drei Streuobst-Wanderwegen im Landkreis Lindau. Sieben gibt es insgesamt. Bei allen Unterschieden, was Route, Standort und allgemeine Informationen betrifft, eines haben alle gemeinsam: Auf den sieben Streuobst-Wanderwegen zwischen Bodensee und Westallgäu werden die artenreichen Lebensräume mit all ihren Besonderheiten vorgestellt.

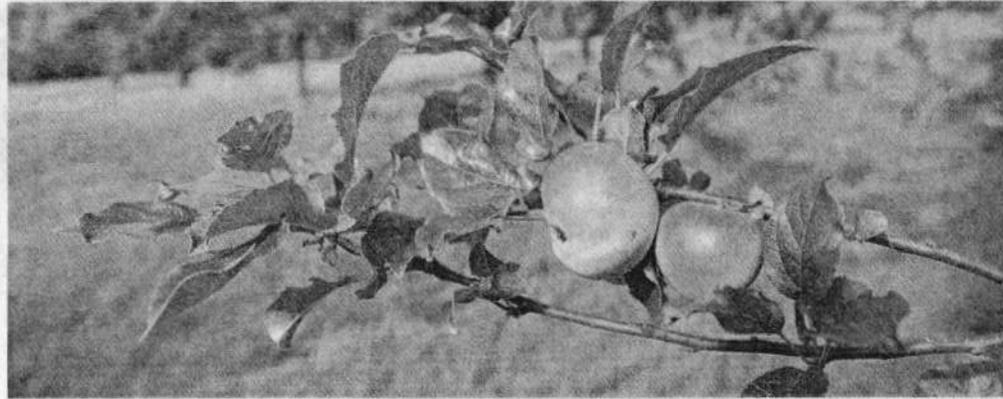
Auf den einheitlich markierten Touren zwischen 5,3 und 10,8 Kilometern Länge erhalten die Wanderer auf Informations- und Sortentafeln Hinweise rund um Anbau, Bedeutung und Vielfalt des Streuobstes. Dabei hat jede der sieben Routen ihren speziellen, ortstypischen Schwerpunkt. Sinn und Hintergrund des Projekts ist es, diese selten gewordenen Lebensräume wieder mehr ins Bewusstsein der Menschen zu rücken.

Deshalb hat der Landkreis Lindau die Broschüre mit den sieben Streuobst-Wanderwegen, die zusammen mit dem Bund Naturschutz konzipiert und ausgedruckt worden sind, in frischem Layout neu aufgelegt. Der Leser erhält Informationen zu allen Touren sowie ein Verzeichnis der Direktvermarkter, bei denen hausgemachte und regionale Produkte erhältlich sind. Die 52-seitige Broschüre ist bei den örtlichen Tourist-Informationen kostenlos erhältlich.

## Die sieben Wanderwege im Überblick:

### Route 1

„Obstbau im Wandel am Bodensee“ – Im Hinterland des Bodensees lässt sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft beobachten. Weg-



Auf den sieben Streuobst-Wanderwegen zwischen Bodensee und Westallgäu werden die artenreichen Lebensräume mit all ihren Besonderheiten vorgestellt.

FOTO: DPA

verlauf: Parkplatz bei Wasserburg – Winterberg – Antoniuskapelle – Selmnau – Hattgau (Einkehrmöglichkeit) – Parkplatz; Schwierigkeit: einfache Rundtour, die überwiegend auf Wander- und Forstwegen verläuft, teilweise gibt es einige kurze, asphaltierte Abschnitte; Gehzeit: eineinhalb Stunden; Länge: 5,3 Kilometer.

### Route 2

„Chancen im Streuobstbau“ – Im Hinterland des Bodensees werden Chancen und Wege aufgezeigt, wie die artenreichen Obstwiesen für künftige Generationen bewahrt werden können. Wegverlauf: Parkplatz am Freizeitzentrum Oberreitnau (Einkehrmöglichkeit) – Aussichtspunkt – Hangnach – Humbertsweiler – Grünlach – Höhenreute – Am Sulzenberg – Parkplatz am Freizeitzentrum; Schwierigkeit: einfache Rundtour, die überwiegend auf Wander- und Forstwegen verläuft, teilweise gibt es einige kurze, asphaltierte Abschnitte; Gehzeit: zweieinhalb Stunden; Länge: 8,1 Kilometer.

### Route 3

„Feuer und Flamme“ – Die Bakterienkrankheit Feuerbrand hat die Streuobstwiesen im Leiblachtal bedroht. Der Weg führt dennoch an einigen Streuobstbeständen vorbei. Beispielsweise die Rote Pichelbirne hat dem Feuerbrand getrotzt. Wegverlauf: Parkplatz Waldschenke Sigmarszell – (Einkehrmöglichkeit) – Hangnach – Hubers – Laiblachsbühl – Egghalden – Witzigmann – Bösenreutin (Einkehrmöglichkeit) – Hangnach – Parkplatz Waldschenke (alternativer Startpunkt Bösenreutin); Schwierigkeit: Weg führt auf wenig befahrenen Nebenstraßen durch das Leiblachtal (mit einigen kleineren Steigungen); Gehzeit: zweieinhalb Stunden; Länge: 8,8 Kilometer.

### Route 4

„Bienen, Most und Brennerei“ – Zahlreiche Obsterzeuger, mehrere Brennereien und eine Mosterei bieten direkten Einblick in die Kunst der Obstverarbeitung. Wegverlauf: Parkplatz in Schlachters (Einkehrmöglichkeit) – Abstecher zur Obstbauschule – zurück nach Schlachters –

Heimholz – Wildberg (Einkehrmöglichkeit) – Schwätzen (saisonal Einkehrmöglichkeit) – Hüttenweiler – Mollenberg – Heimholz – Schlachters – Parkplatz (alternativer Startpunkt in Wildberg); Schwierigkeit: abwechslungsreiche Wanderung, die überwiegend auf wenig befahrenen Nebenstraßen verläuft; Gehzeit: zweieinhalb Stunden; Länge: 8,6 Kilometer.

### Route 5

„Alten Obstbäumen auf der Spur“ – Der Weg führt an mehreren sehenswerten, alten Streuobstbeständen vorbei. Besonders eindrucksvoll ist der alte Obstgarten direkt am Leiblachtal. Wegverlauf: Parkplatz Leiblachtal Heimenkirch (Einkehrmöglichkeit) – Mapprechts – Unterried – Menzen – Berg – Oberhäuser – Buhmühle – Parkplatz Leiblachtal; weitere Einkehrmöglichkeiten in Meckatz und Wolfertshofen; Schwierigkeit: Einfache Wanderung, die überwiegend auf Wander- und Forstwegen verläuft, teilweise gibt es asphaltierte Abschnitte; Gehzeit: drei Stunden; Länge: 9,4 Kilometer (214 Höhenmeter).

### Route 6

„Vom Allgäuer Kalvill bis zum Zabergäu“ – Die Wanderer erfahren viel Wissenswertes über Entstehung, Vielfalt und Eigenschaften der Obstsorten. Sehenswert ist der vom Markt Scheidegg angelegte Sortengarten im Landschaftlichen Kurpark mit seinen 60 Apfel- und Birnensorten. Wegverlauf: Parkplatz am Kurhaus Scheidegg (Einkehrmöglichkeit) – Kurpark – Ablers – Häuslings – Hagspiel (Einkehrmöglichkeit) – Unterstein – Häuslingsmühle – Forst (Einkehrmöglichkeit) – Parkplatz am Kurhaus; weitere Einkehrmöglichkeit in Katzenmühle (saisonal); Schwierigkeit: aussichtsreiche Tour auf Forstwegen und wenig befahrenen Nebenstraßen mit kleineren Steigungen; Gehzeit: eineinhalb Stunden; Länge: 9,8 Kilometer.

### Route 7

„Hoch hinaus – Streuobst im Allgäu“ – Auf Informationstafeln erfahren Wanderer viel über die Vielfalt Allgäuer Obstsorten und den Streuobstanbau in Hochlagen. Sehenswert ist die große Streuobstwiese in Schönnau. Sie beherbergt verschiedene Obstsorten, die im rauen Klima des Allgäus gut gedeihen. Wegverlauf: Parkplatz Streuobstwiese Schönnau (Einkehrmöglichkeit) – Auf dem Buch – Schneit – Altensberg – Gestratz (Einkehrmöglichkeit) – Heilmathaus Zwirckenberg – Altensberg – Bad Altensberg – Schneit – Scheidholz – Schönnau; Schwierigkeit: aussichtsreiche Tour auf Forstwegen und wenig befahrenen Nebenstraßen mit kleineren Steigungen; Gehzeit: dreieinhalb Stunden; Länge: 10,8 Kilometer.

Alle Strecken sowie weitere Wanderungen und Radtouren sind auch abrufbar unter  
www.touren.landkreis-lindau.de

# Naturschützer sind gegen neues Gewerbegebiet in Nonnenhorn

Die Gemeinde hat die Fläche am Längenberg extra dafür gekauft

LI-Z 10.7.19

NONNENHORN (lz) - Anfang des Jahres hat sich der Nonnenhorner Gemeinderat dafür entschieden, am Längenberg ein neues Gewerbegebiet zu schaffen. Der Lindauer Bund Naturschutz (BN) hat allerdings jede Menge Einwände gegen die Änderung des Flächennutzungsplans und den Bebauungsplan. Die Naturschützer lehnen das Vorhaben ab.

Das Gewerbegebiet entspreche nicht dem so genannten Anbindegebiet des Landesentwicklungsprogramms schreibt der BN in einer Pressemitteilung. „Die vorgesehene Fläche befindet sich nördlich der LI 16 in bisher rein landwirtschaftlich genutztem Bereich. Es ist keine vier-spurig ausgebaute Straße, keine angrenzende Bebauung oder Gewerbe vorhanden.“

lddggm\_10\_Jul\_SV

Somit sei das Vorhaben auch ein Eingriff in das an dieser Stelle intakte, durch Obstbau geprägte, Gebiet. „Die Erholungsfunktion der erlebbaren freien Landschaft geht unwiederbringlich verloren“, schreibt der BN, der außerdem eine Zersiedelung der Landschaft fürchtet. „Mit der Eröffnung eines erst noch kleinen Gewerbegebietes auf der nördlichen Seite der LI 16 in diesem Bereich wird der Anfang für weitere Bebauung gelegt. Dies belegen die Erfahrungen an vielen anderen Stellen, nicht zuletzt im Bereich Hege der Gemeinde Wasserburg“, so die Naturschützer.

Würde am Längenberg ein Gewerbegebiet entstehen, dann fehle diese Fläche außerdem der Landwirtschaft. „Steigende Pacht- und Kaufpreise aufgrund von Verknappung geeigneter Flächen sind die Folge“, schreibt der BN. Diese Entwicklung könne nur dadurch gestoppt werden, dass keine landwirtschaftlichen Flächen weiter umgewidmet werden. Auch die Erschließung der Fläche kritisiert der Bund Naturschutz. Denn die einspurige, sehr enge Straße, die von Osten her zu dem Gebiet führt, sei für den starken Verkehr, den die Gewerbeansiedlung nach sich ziehen wird, nicht geeignet.

„Die geplante Fläche wird von Westen und Süden durch alten Baumbestand und Heckenstrukturen begrenzt“, schreibt der BN. Die dort heimische Fauna würde durch die Bebauung nachhaltig gestört. „Nonnenhorn besitzt ohnehin nur noch wenige solcher der Biotopver-

netzung dienenden Baum- und Heckenstrukturen. Diese für Kleinlebewesen, Fledermäuse und Vögel bedeutsamen Leitlinien könnten durch die Gewerbeansiedlung nachhaltig gestört werden“, so der BN. Gerade für die Biotopvernetzung seien diese Baum- und Strauchstrukturen von erheblichem Wert und sollten nachhaltig geschützt und gestärkt werden. Es stünde außerdem zu befürchten, dass hier Brut- und Lebensstätten geschützter Tiere verloren gehen.

Der Nonnenhorner Gemeinderat hatte Anfang des Jahres das Verfahren eingeleitet, mit dem er ein neues Gewerbegebiet einrichten will. Auf dem 0,82 Hektar großen Dreieck zwischen LI 16 und der LI 6, das die Gemeinde eigens dafür gekauft hat,

wollen die Räte ortsansässige Gewerbebetriebe stärken und dadurch Arbeitsplätze schaffen.

Das Gebiet nordöstlich der Kreisstraße LI 16 und südlich der Kreisstraße LI 6 nennt sich nach seinem Flurnamen, Längenberg. Wie Nonnenhorns Bürgermeister Rainer Krauß dem Gemeinderat damals in Erinnerung rief, habe die Gemeinde das Terrain extra gekauft, um gewerbliche Flächen ausweisen zu können. Mit der Ausweisung des Gewerbegebiet für ortsansässige Betriebe will die Gemeinde ein ausgewogenes Angebot an Arbeitsplätzen sichern und gleichzeitig den Standort Nonnenhorn für die Betriebe stärken, indem die Gemeinde ihnen durch das neue Gebiet ermöglicht sich zu erweitern.

17

16.

7.

19



## Hotel „Mia“: Paradies für Insekten und Kleintiere entsteht

Obstkisten über Obstkisten werden zurzeit im Grünen Klassenzimmer in Kooperation mit dem BUND Naturschutz Lindau sowie dem Naturerlebniszentrum Allgäu (NEZ) in Immenstadt als weitere Blühbotschaft verzaubert in ein großes Paradies für

Hummel, Biene, Käfer und Co. Am Donnerstag sammelten und bauten Kinder einer Geburtstagsrunde gemeinsam mit der Naturgruppe und engagierten Jugendlichen des BUND Naturschutz Lindau einen ganz natürlichen Unterschlupf für die Tiere mit Zapfen verschie-

dener Nadelbäume, Pflanzen mit röhrenförmigem Stengel, Rinde und durchlöcherter Holzklötzen. Das neu eröffnete Hotel „Mia“, benannt nach dem Geburtstagskind, ist der Anfang. Weitere Obstkisten warten darauf, von Kindern gefüllt zu werden. Foto: R. Krause

# Mit neuem Lkw-Parkplatz dürfen Fruchtsäfte erweitern

LI-2.

31.7.19

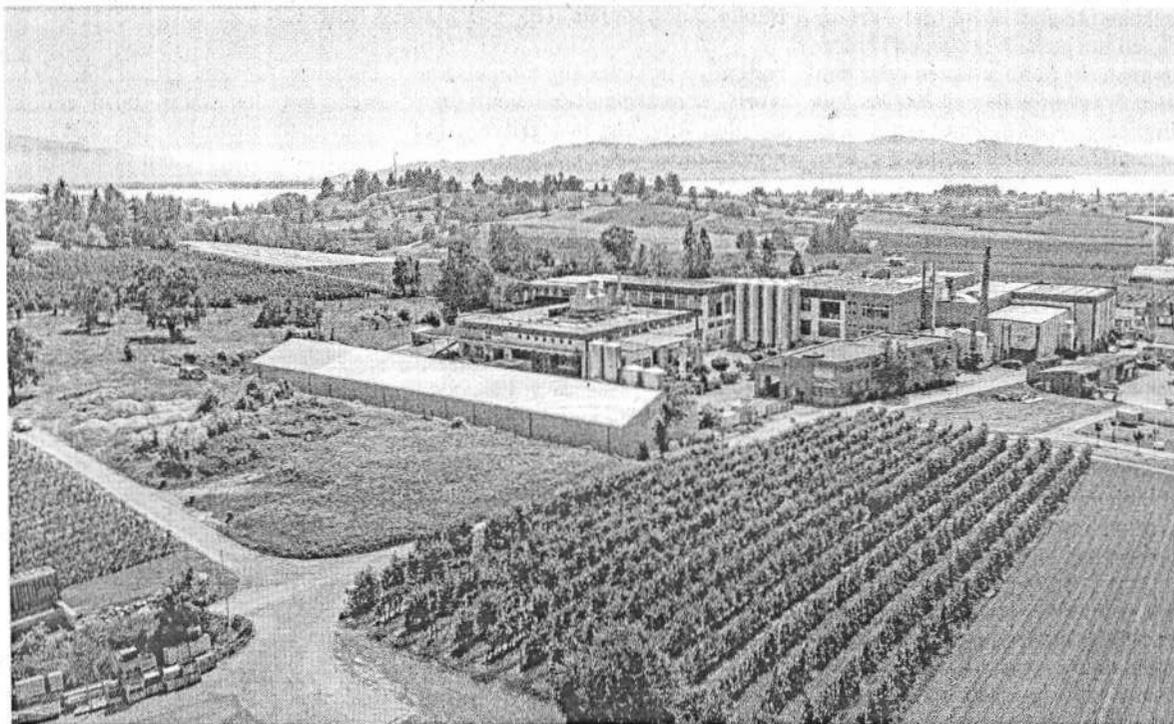
Von Dirk Augustin

Stadtrat entscheidet im September endgültig über Neubaupläne des Saffherstellers

LINDAU - Weil die Bodensee-Fruchtsäfte auf ihrem Grundstück Parkplätze für nachts ankommende Lastwagen schaffen wollen, will eine Mehrheit im Stadtrat der Erweiterung zustimmen. Damit kann der Betrieb nach jahrelangem Streit im kommenden Jahr mit den Bauarbeiten beginnen.

Auf viel Kritik hatte Eigentümer Klaus Widemann im Verlauf der Jahre schon reagiert. Zuletzt blieben noch die massiven Bedenken der Anwohner, dass Lastwagen nachts auf der Straße stehen und vor den Wohnhäusern mit eingeschalteten Kühlaggregate oder sogar mit laufendem Motor warten, bis sie morgens auf das Firmengelände Ähren können. Stadträte hatten nach Vorstellung der Pläne im Juni angedeutet, dass sie unter diesen Umständen das ganze Vorhaben ablehnen würden.

Lindaus Chef-Stadtplaner Kay Koschka berichtete nun, dass Widemann die Pläne um einen Parkplatz für Lastwagen erweitert habe. Dieser liegt am Nordrand des Grundstückes, also abseits der Wohnhäuser, zudem hinter einer Lärmschutzwand, aber vor dem nachts verschlossenen Tor zum Firmengelände. Zwölf Lastwagen sollen dort Platz haben, obwohl in den vergangenen Jahren in keiner Nacht mehr als fünf Laster den Fruchtsaffhersteller erreichten.



Weil der Eigentümer zum Schutz der Nachbarn einen Parkplatz für nachts ankommende Lastwagen schaffen will, stellt eine Mehrheit im Stadtrat die Genehmigung für die Erweiterung in Aussicht. FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

Diese Änderungen habe Widemann erst kurz vor der Sitzung des Stadtrats vorgelegt, sodass die Zeit zu kurz war, um alles in die Pläne und Verträge einzuarbeiten. Deshalb hat der Stadtrat zwar grundsätzlich über das Vorhaben diskutiert, ebenso über die Einwendungen der Anlieger. Der endgültige Beschluss ist aber erst möglich, wenn im Herbst die geänderten Verträge vorliegen.

Wilhelm Böhm (CSU) sagte unter diesen Vorzeichen seine Zustimmung zu. Zusätzlich sollte die Stadt vor den Wohnhäusern noch ein absolutes Halteverbot für die Zeit zwischen 18 und 7 Uhr erlassen, damit die Anwohner bei Verstößen die Polizei rufen können. Stefan Büchele (CSU) ergänzte, dass zumindest einzelne Anwohner unter diesen Umständen einverstanden seien mit der

Erweiterung. Auch Oliver Eschbauer (BU) will zustimmen, weil die 120 Lindauer Obstbauern und die vielen Nebenerwerbslandwirte ihr Obst ohne lange Fahrwege abliefern können: „Ich bin dankbar, dass die Familie Widemann hier expandiert.“

Angelika Rundel (SPD) sowie Max Strauß und Alexander Kiss (BL) halten eine Erweiterung in Schönau angesichts der nahen Wohnbebau-

ung für nicht verträglich. Dafür kämen inzwischen zu viele Lastwagen von weiter in die Fruchtsafffabrik. Das mache eine Umsiedlung der Firma ins Gewerbegebiet nötig. Kritik übten die Gegner am Bund Naturschutz (BN), der dem Vorhaben zustimme, obwohl dies die Drummlandschaft zerstöre. Kiss sprach vom „Sündenfall“ des BN, der in diesem Fall den „Heimatschutz“ hinter die wirtschaftlichen Interessen stelle. Der BN ist dem Saffhersteller bei einem Streuobstprojekt verbunden.

Dem widersprachen Karl Schober (CSU), Uwe Birk (SPD), Ulrich Jöckel (FDP), Roland Freiberg (BU) und Günther Brombeiß (FB), denn diese Debatte hätten Stadtrat und Bürger bereits bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans vor knapp zehn Jahren geführt und entschieden. Nun müsse sich der Unternehmer darauf verlassen können, dass seine teuren Planungen auf dieser Grundlage zum Erfolg führen, zumal er sein ursprüngliches Vorhaben inzwischen erheblich abgespeckt habe. „Da wird alles getan, damit ich zustimmen kann“, sagte Schober. Auch Jürgen Müller (LI) sieht die Bedenken weitgehend ausgeräumt.

Ob irgendwann weitere Vergrößerungen möglich sind, stellten die Redner ausdrücklich infrage, wiesen aber darauf hin, dass dies ihre Nachfolger im Stadtrat auf entsprechenden Antrag der Eigentümer entscheiden müssen, wenn dies jemals erforderlich sein sollte.

LZ  
6.8.19

# CSU will das Parkhaus, der BN nicht

## Immer mehr Gruppen positionieren sich im Vorfeld des angekündigten Bürgerbegehrens

Von Dirk Augustin

LINDAU - Angesichts des angekündigten Bürgerbegehrens gegen das Parkhaus am Karl-Bever-Platz beziehen immer mehr Gruppen Stellung. Die CSU spricht sich klar für das Parkhaus aus, der Bund Naturschutz ist dagegen.

Die CSU warnt vor dem Bürgerbegehren. Der Neubau sei Teil des Verkehrskonzepts. Ohne das Parkhaus werde es in Lindau zum „Verkehrsinfarkt“ kommen, sagt Fraktionschef Thomas Hummler voraus. „Wer das Parkhaus verhindert, schadet den Lindauer Interessen und den Bürgern“, schreibt Hummler in einer Pressemitteilung. Zwar wolle die Basis der Bunten Liste alles daran setzen, das Auto aus der Stadt zu verbannen, doch die Wirklichkeit sehe anders aus. Lindau habe zwar einen guten Stadtbus, der zudem in den Verbund des Bodo eingebunden ist. Zudem schaffe die Stadt mit der Bahn AG „eine deutlich verbesserte Anbindung an das europäische Schienennetz“ durch den Bahnknoten Lindau und die zugehörigen Elektrifi-

zierungen der Strecken von Lindau nach München und Ulm.

„Das wird sicherlich Entlastungen auch auf der Straße mit sich bringen“, schreibt Hummler, dennoch werden seiner Meinung nach viele Lindauer und Gäste weiter mit dem Auto fahren. Der Stadtrat habe vor diesem Hintergrund lange und ausführlich über Verkehr und Parken in Lindau geredet. Weitere Gesprächsrunden hält Hummler für überflüssig: „Neue Erkenntnisse wird es keine mehr geben.“ Die Ansichten der Bunten Liste seien weder im Stadtrat noch in der Bürgerschaft mehrheitsfähig.

**Hummler: Verzicht ist „fatal“**

Hummler hielte den Verzicht auf das Parkhaus für „fatal“, denn Leidtragende wären vor allem Inselbewohner, Mitarbeiter der dortigen Geschäfte und Gaststätten sowie deren Kunden, die keine adäquaten Parkplätze mehr finden würden. Der daraus folgende Parksuchverkehr würde nicht nur die Insel, sondern auch Aeschach und Reutin treffen. Letztlich würden Autofahrer „dort alles

komplett zuparken“.

Hummler widerspricht dem Vorwurf, der Stadtrat sei bei diesem Thema untätig. Zudem habe die Stadt IHK, Einzelhandelsverband und Vertreter der Hotellerie in Gespräche eingebunden, die allesamt das Parkhaus für richtig hielten. Das sei auch ein Erfolg der CSU, die dafür seit Jahren eine Mehrheit gesucht habe. Mit Erfolg, so Hummler: „Das Vorhaben ist ausgeschrieben, und im Herbst können die Aufträge vergeben werden.“

Hummler verweist zudem darauf, dass die Stadtverwaltung seit Monaten geeignete Flächen untersuche, die als Ersatzparkflächen in den kommenden beiden Jahren, also während der Bauphase des Parkhauses und während der Gartenschau, dienen könnten. Verhandlungen mit Privateigentümern laufen. Leider habe der Stadtrat „einige geeignete Flächen bereits mehrheitlich abgelehnt“, verweist Hummler auf das Aus für die Wiese neben dem Friedhof, die laut Verwaltung ein Auffangparkplatz werden sollte.

Ganz anders ist die Position des

Bund Naturschutz, der ausdrücklich das Bürgerbegehren unterstützt, wie der BN mitteilt. „Wir freuen uns sehr, dass insbesondere junge und bis jetzt wenig in der Öffentlichkeit bekannte Menschen sich in dem Bürgerbegehren engagieren“, erklärt BN-Kreisvorsitzender Erich Jörg. Das zeige, wie brisant die Planungen der Stadt am Karl-Bever-Platz seien. Bei allem Lob dafür, dass die Stadt die Schindlerwiese ausdrücklich als Grünfläche erhalten will, habe der BN schon im Rahmen des Verfahrens für den Bebauungsplan den Plänen für das Parkhaus und ein Hotel am Karl-Bever-Platz widersprochen. Die Naturschützer schreiben von zwei „monströsen Massivbauten“ am Eingang zur Insel. „Wie können Planer und Befürworter dies unserer Stadt und vor allem der Insel als touristischem Glanzpunkt nur antun?“, fragt Jörg. Da seien Augenmaß, Gefühl für Ästhetik und die Sorge für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung verloren gegangen.

In ihrer Pressemitteilung erkennen die Naturschützer an, dass der Seeparkplatz wegen der Garten-

schau wegfällt, sodass es vor allem während der Großveranstaltung zu einem Engpass bei Parkplätzen auf und vor der Lindauer Insel kommen werde. Der BN kann sich aber nur ein provisorisches Parkdeck auf dem Beverplatz vorstellen, das nach dem Ende der Gartenschau spurlos wieder abgebaut werden soll. Das hatten Verwaltung und Stadtratsmehrheit abgelehnt, weil es zu teuer wäre und keine dauerhafte Lösung des Parkproblems böte.

„Es muss klar sein: Die Stadt kann nicht für jeden Besucher einen Parkplatz bereithalten. Ein Grundrecht auf einen Parkplatz gibt es nicht“, schreibt der BN in der Mitteilung. Wenn die Stadt ihrem Ruf gerecht werden wolle, klimafreundlich zu handeln, dürfe sie den Autoverkehr nicht mehr so vorrangig behandeln wie bisher. Die Lindauer Naturschützer rufen die Lindauer deshalb auf, das Bürgerbegehren zu unterstützen und sich in die Listen einzutragen. Jörg: „Wir hoffen sehr, dass das Bürgerbegehren und ein etwaiger Bürgerentscheid ein großer Erfolg werden.“

# „Den Sorgersweg nicht überschreiten“

## BN zur Erweiterung der Bodenseefruchtsäfte

LINDAU (Lz) - Die Kreisgruppe Lindau des BUND Naturschutz in Bayern (BN) äußert sich zum Beschluss des Lindauer Stadtrates für eine Erweiterung der Lindauer Bodenseefruchtsäfte GmbH in Schönau.

Der Lindauer Stadtrat hat auf seiner jüngsten Sitzung mehrheitlich beschlossen, dass die Lindauer Bodenseefruchtsäfte ihren Betrieb am Standort in Schönau erweitern dürfen. Das Projekt, seit Jahren in der Planung und in der Diskussion, ist nicht unumstritten. Insbesondere Nachbarn befürchteten mehr Lärm und Abgase durch die Zunahme des Lkw-Verkehrs. Diese Besorgnisse scheinen nun ausgeräumt zu sein. Besondere Kritik musste sich zum wiederholten Male der BUND Naturschutz (BN) gefallen lassen, schreibt die Kreisgruppe weiter. Sei es vor Jahren die CSU gewesen, so übe jetzt Alexander Kiss von der Bunten Liste (BL) Kritik am BN und spreche vom „Sündenfall“ der Naturschützer. Diesem Vorwurf tritt nun Erich Jörg, der Lindauer Kreisvorsitzende des BN, entgegen.

Tatsache sei, dass der jetzt zu bebauende Bereich bereits seit 1985 im Flächennutzungsplan als Gewerbefläche verankert sei und vor etwa zehn Jahren erneuert wurde. Die Stadt Lindau habe der Firma in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder Erweiterungen zugestanden und somit den Standort festgeschrieben. Es sei dem BN von Anbeginn bewusst gewesen, dass das Vorhaben der Firma mit erheblichen Bedenken in Bezug auf das Landschaftsbild verbunden sei. Für die Naturschützer war es nach reiflichen Überlegungen und vielfältigen Diskussionen das kleinere Übel. Eine Verlagerung des Betriebs oder Teile davon in die freie Landschaft irgendwo in der näheren Umgebung hätte viel schlimmere Folgen nach sich gezogen, so die Kreisgruppe.

Der sei auch klar bedeutet worden, dass die nunmehrige Erweiterung der Schlusspunkt sein müsse. Der Sorgersweg dürfe nicht mehr überschritten werden, denn dort beginnen nach Angaben des BN reihum die landschaftlichen Vorbehaltsgebiete. Der BN stand im Jahre 2014 unter dem Eindruck, dass eine Landtechnikfirma aus Bechtersweiler oben das tat, was der BN unter allen Umständen

vermeiden wollte: Sie gab ihre alte Betriebsstätte auf und siedelte neu in einem landschaftlichen Vorbehaltsgebiet mit Zustimmung der Stadt Lindau an. Das sollte sich nicht wiederholen. Zudem habe bei der Zustimmung eine Rolle gespielt, dass in unmittelbarer Nachbarschaft bereits ein größerer landwirtschaftlicher Betrieb ist, der keine landschaftliche Zierde darstelle. Von einer Zerstörung gar des Drumlinhügels will der BN nichts wissen. Der Hügel werde zwar im Nordbereich angeschnitten, was schon jetzt der Fall sei, aber in seinem sonstigen Umfang werde er nicht angetastet. Entschieden wehrt sich der BN gegen die Unterstellung, die Zustimmung des BN fuße möglicherweise auf der Verbindung zwischen der Fruchtsaftfirma und der Kreisgruppe beim Streuobstapfelsaftprojekt. Der BN bekomme dafür keinerlei Zuwendungen, was ihm gar durch Delegiertenbeschlüsse von 1993 und 2007 verboten sei. Nach Auskunft der Lindauer Naturschützer handelt es sich hierbei um das größte Artenschutzprojekt im Landkreis. Über 100 Bauern und eine Gemeinde betreiben und pflegen nach BN-Vorgaben etwa 1500 Streuobstbäume. In den Zeiten des Insektensterbens sei das ein ganz wichtiger Beitrag zur Stützung der Artenvielfalt. „Wir haben das alles ganz säuberlich voneinander getrennt“, stellt Erich Jörg klar.

Besonderen Wert legt die Lindauer Kreisgruppe auf die Feststellung, dass es keine Sonderentscheidung „Fruchtsäfte“ gegeben habe. Auch in anderen Fällen im Landkreis, wo es um Erweiterungen an Firmenstandorten gegangen sei, hätte der BN ähnlich entschieden. Der BN verweist auf Beispiele in Heimenkirch, Hergatz, Hergensweiler, Lindenberg, Nonnenhorn, Opfenbach, Stiefenhofen oder Lindau am Heuriedweg. Der immer wieder erhobene Vorwurf, der BN sei ein „kompromissloser Neinsager“, wo wie es jüngst in Schreiben von Oberbürgermeister Gerhard Ecker oder Scheideggs Erstem Bürgermeister Ulrich Pfanner an die Kreisgruppe Lindau gestanden habe, zerlege sich allein vor diesem Hintergrund in alle Einzelteile, schreibt der Lindauer Naturschützer Erich Jörg abschließend in der BN-Personalmitteilung.

**NACHRUF:** Gerhard Achmann, langjähriges Mitglied des BN-Beirates, ist am 25. April im Alter von 87 Jahren verstorben. Als Vorstandsmitglied der BN-Kreisgruppe Lindau vertrat er von 1996 bis 2013 die Region Allgäu-Bodensee im BN-Beirat. Loyal und eloquent vertrat er den BN auf vielen Terminen inner- und außerhalb des Verbands. Sein Wirken, für das er die Goldene Ehrennadel des Verbands erhielt, und seine Persönlichkeit bleiben unvergessen.

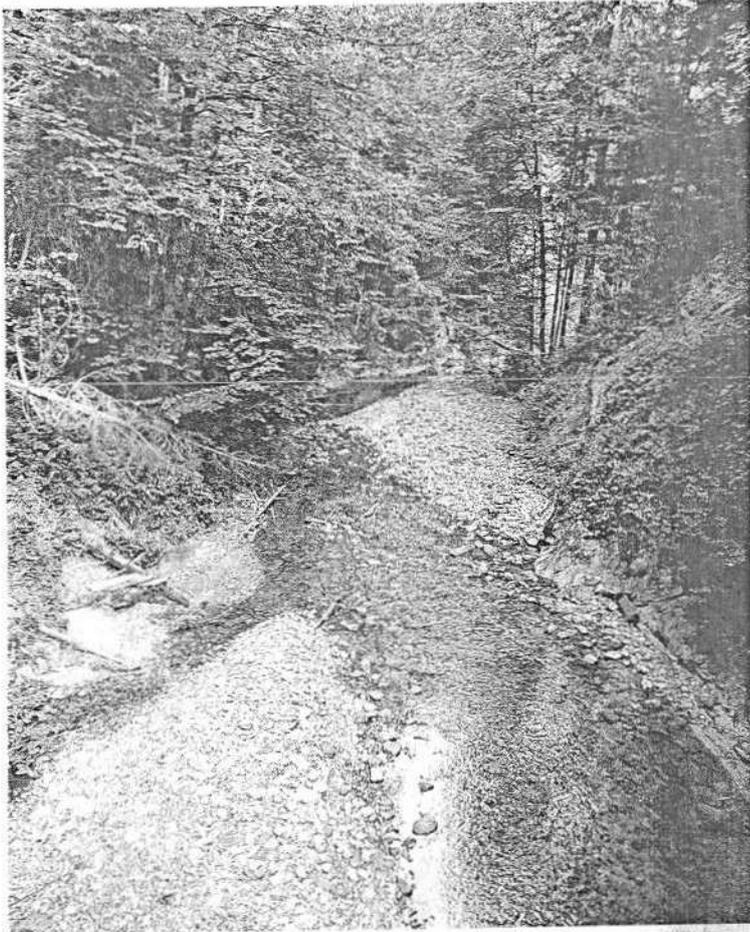


Foto: privat

### IHR ANSPRECHPARTNER

Schwaben: Thomas Frey  
Tel. 0 89 / 54 82 98-64  
thomas.frey@bund-naturschutz.de

WA 23.8.19



### Familienwanderung im Kesselbachtobel

Eine Wanderung durch den Kesselbachtobel bietet die Gebietsbetreuerin des Bund Naturschutz, Isolde Miller, heute Nachmittag an. Treffpunkt ist um 14 Uhr am Sportplatz in Scheffau. Gutes Schuhwerk ist erforderlich. Die Wanderung dauert zirka drei Stunden und findet nur bei gutem Wetter statt.

Foto: BN

WA 22.8.19

SCHEIDEGG/SCHEFFAU

### Familienwanderung durch den Kesselbachtobel

Die Gebietsbetreuung des Bund Naturschutz veranstaltet am kommenden Freitag, 23. August, ab 14 Uhr eine Familienwanderung durch den Kesselbachtobel. Die Wanderung führt über den Scheffauer Steg nach Hirschbergsau, dann durchs Katzenloch und an der Katzenmühle vorbei zurück nach Scheffau. Die grenzüberschreitende Exkursion mit Gebietsbetreuerin Isolde Miller hat viele Facetten. Brotzeit sollte mitgenommen werden, gutes Schuhwerk ist erforderlich. Die etwa dreistündige Wanderung entfällt bei starkem Regen. Treffpunkt ist am Sportplatz in Scheffau.

LZ 20.8.19

### Geführte Wanderung im Kesselbachtobel

LINDAU (Lz) - Die Tobel im Westallgäu sind eine Besonderheit. Man geht durch tiefe Schluchten mit geheimnisvollen Wäldern, entlang plätschernder Bachläufe auf steilen Pfaden. Am Freitag, 23. August, ab 14 Uhr, lädt die Gebietsbetreuung des BUND Naturschutz zu einer Familienwanderung durch den Kesselbachtobel ein. Die Wanderung führt über den Scheffauer Steg nach Hirschbergsau, dann durchs Katzenloch und an der Katzenmühle vorbei zurück nach Scheffau.

Allein die Namen versprechen eine abwechslungsreiche Rundwanderung. Gebietsbetreuerin Isolde Miller vom BUND Naturschutz führt durch den Kesselbachtobel in die freie Landschaft. Es ist eine grenzüberschreitende Exkursion mit vielen Facetten geboten. Am besten sollten Teilnehmer eine Brotzeit mitnehmen und gutes Schuhwerk anziehen. Die rund dreistündige Wanderung fällt bei starkem Regen aus.

WA 28.8.19

### G'schwind aufg'schnappt

Die Woche im Überblick

„Wir haben diesen Standort als indiskutabel angesehen, weil er die Westallgäuer Landschaft zerstört.“

Das sagt Erich Jörg, Kreisvorsitzender des BUND Naturschutz Lindau zum geplanten Gewerbegebiet Argental „In der Au“.



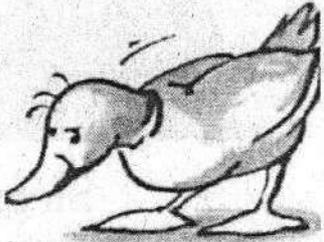
Der BUND Naturschutz lädt am 23. August zur Wanderung durch den Kesselbachtobel.

LZ 27.8.19

Gesagt im  
Landkreis

**„Wir hätten  
kaufen können,  
aber nur so zur  
Verfügung  
stellen, das ist  
für viele  
Eigentümer  
schwierig“**

Claudia Grießer,  
Geschäftsstellenleiterin des  
BN-Kreisverbandes



Wt  
30.8.19

# Im Einklang mit der Natur – sofern es geht

Umwelt Vier Gebietsbetreuer fungieren im Allgäu als Ansprechpartner, Vermittler, Organisatoren und Projektbetreuer

VON SIMONE HÄRTLE

Allgäu Berge, Seen, Tobel, Grünland, Wälder – das Allgäu ist eine vielfältige Region. Zur Nachhaltigen Entwicklung der Natur- und Kulturlandschaft sind deswegen schon seit vielen Jahren sogenannte Gebietsbetreuer im Einsatz. Sie sind

eine Schnittstelle zwischen Behörden und Bürgern, Diplomaten im Dienste der Umwelt, Projektbetreuer, Organisatoren und vieles mehr. In ganz Bayern werden 55 herausragende Gebiete betreut, im Allgäu sind es vier: die Allgäuer Hochalpen, der Ostallgäuer Alpenrand, das Günztal und der Landkreis

Lindau mit seinen Mooren, Tobeln und dem Bodenseeufer. Jeder Gebietsbetreuer arbeitet für einen Träger. Das kann zum Beispiel der Bund Naturschutz oder eine Stiftung sein. Zuschüsse gibt es vom Bayerischen Naturschutzfond. Ein Manko: Die Stellen sind auf drei Jahre begrenzt.

Die vier Allgäuer sind sich dennoch einig, einen Traumjob gefunden zu haben. Etwa zwei Drittel ihrer Arbeitszeit verbringen sie im Büro, wo sie zum Beispiel Projekte bearbeiten oder Anträge stellen. Oft, wenn auch nicht so oft wie sie gerne würden, sind sie draußen in ihren Gebieten unterwegs. Dabei

sprechen sie mit den Menschen vor Ort, machen Exkursionen mit Besuchergruppen, behalten die Tier- und Pflanzenwelt im Auge und vieles mehr.

Jedes Gebiet bringt dabei seine ganz eigenen Besonderheiten und Herausforderungen mit sich. Ein kleiner Überblick.

## Zurück zum Original

**Günztal** Das robuste Allgäuer Braunvieh soll in der Aue grasen. Biotopverbund wichtig

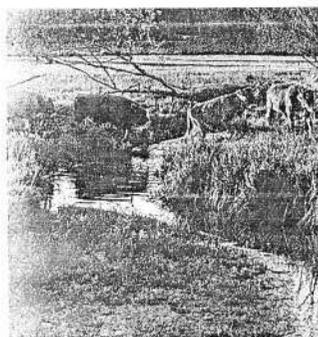
**Unterallgäu** Peter Guggenberger-Waibel ist als Gebietsbetreuer für das Günztal zuständig – und damit für einen Bereich, in dem viel intensive Landwirtschaft betrieben wird. Ihm ist es wichtig, einen Biotopverbund im Wassereinzugsgebiet der Günz zu schaffen und die Tier- und Pflanzenpopulation zu erhalten und zu verknüpfen. Er versucht, Landwirte davon zu überzeugen, in der Günzau auf eine intensive Nutzung der Flächen zu verzichten und führt viele Gespräche. „Das Volksbegehren Artenvielfalt hat für uns teilweise einen Rückschlag bedeutet. Einige Landwirte, die sich schon länger für die Umwelt eingesetzt haben, fühlten sich verunglimpft.“ Manch einer habe seine Bemühungen ganz eingestellt. Jetzt gelte es, wieder zu-

einanderzufinden. Ohnehin hält er nicht viel davon, in Aktionismus zu verfallen und überall Blümmischungen anzusäen. Wichtig seien durchdachte und langfristige Konzepte.

Der Träger, für den Guggenberger-Waibel arbeitet, ist die Stiftung Kultur-Landschaft Günztal. Sie steht hinter dem Projekt „Günztal Weiderind“, in das auch der Gebietsbetreuer involviert ist. Das Ziel: In der Günzau soll Original Allgäuer Braunvieh gehalten werden. Und zwar nicht für die Milch-, sondern für die Fleischproduktion. „Acht Betriebe mit über 100 Rindern machen schon mit.“ Dabei geht es um Renaturierung durch Beweidung. Auf die Schnelle geht das nicht. „Naturschutz ist anders als Straßenbau, wo mit behördlichem Beschluss von A nach B gebaut wird. Wir müssen die Ämter mit einer guten Idee überzeugen und selber Geld mitbringen“, sagt der Landespfleger und Landschaftsarchitekt.



Peter Guggenberger-Waibel



Renaturierung durch Beweidung in der Günzau. Foto: Susanne Mölle

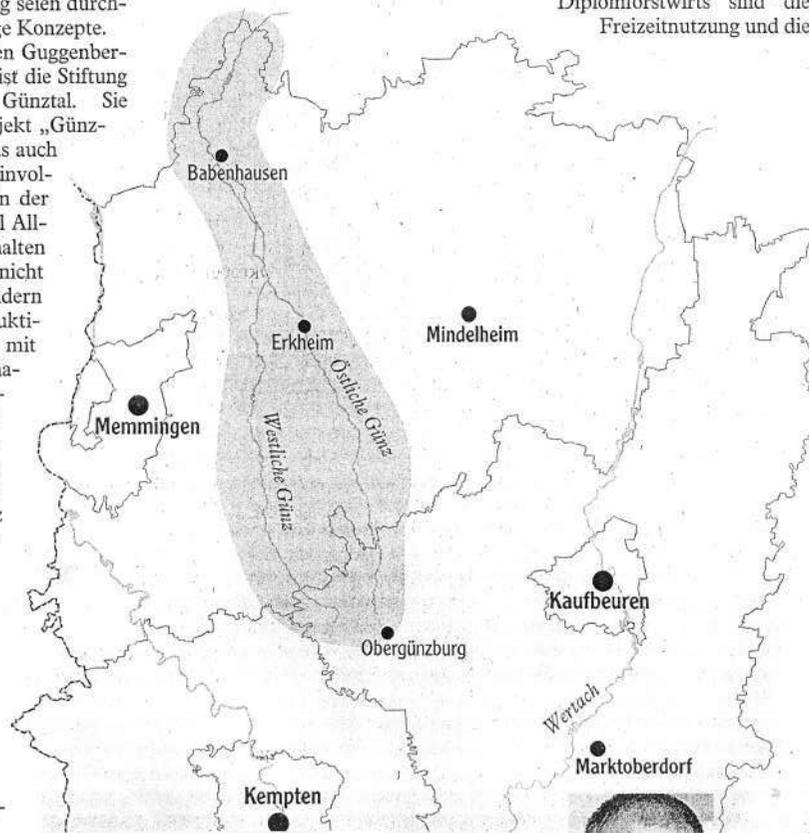
## Nicht nur Maximalertrag

**Ostallgäuer Alpenrand** Für einen artenreichen Wald ist auch Totholz entscheidend

**Ostallgäu** Der Ostallgäuer Alpenrand ist das Gebiet von Thomas Hennemann. Die Hauptthemen des Diplomforstwirts sind die Freizeinnutzung und die

Umsetzung von Naturschutzkonzepten in den Wäldern. „Da ist viel Überzeugungsarbeit gefragt“, sagt Hennemann. „Wir sprechen mit vielen Akteuren, aber diese reden oft nicht miteinander, da geht es auch um Befindlichkeiten. Andere scheuen sich davor, mit Behörden zu kommunizieren. Als Gebietsbetreuer kann ich vermitteln.“

Hennemann erklärt, der Lebensraum für Tiere und Pflanzen könne oft schon durch Kleinigkeiten verbessert werden. „Wenn der Sturm eine Tanne abbricht, muss man sie nicht gleich absägen“, sagt er. Der Dreizehenspecht beispielsweise benötigt totholzreiche Fichtenwälder, um überleben zu können. Denn in den abgestorbenen Bäumen findet er Insekten, die als seine Nahrungsgrundlage dienen. „Die größte Bedrohung für die Artenvielfalt im Wald stellt der Mensch dar, indem er durch eine ‘saubere’ Bewirtschaftung zu wenig Totholz in den Wäldern belässt“, sagt Hennemann. Er versucht, die Eigentümer davon zu überzeugen, auf den maximalen Ertrag zu verzichten. Ein Anreiz dabei sind Fördergelder, die dann ausbezahlt werden, wenn sich die Waldbesitzer für die Umwelt einsetzen. Der sogenannte „Vertragsnaturschutz“ ist ohnehin ein großer Bestandteil der Arbeit der Gebietsbetreuer.





In Sachen Natur- und Umweltschutz nur Waldbesitzer und Landwirte in die Pflicht zu nehmen, hält Hennemann für zu kurz gedacht. „Jeder Einzelne ist gefragt.“ Sein Steak beim Discounter zu kaufen und auf den Einweggrill zu legen sei definitiv nicht der richtige Weg.

## Worte und Taten

**Moore, Tobel, Ufer** Beim Umgang mit Besuchern ist Aufklärung wichtig

**Lindau** Wenn es um Moore, Tobel und das Bodenseeufer im Landkreis Lindau geht, ist Isolde Miller die richtige Ansprechpartnerin. Sie betreut dieses Gebiet seit 2003 und hat zahlreiche Projekte vorangebracht. Besonders am Herzen lag ihr die Renaturierung des Hagspielmoors bei Scheidegg (Westallgäu). Es galt, das Gebiet zu Bewässern und Gräben zu schließen, um so ein Ausbluten des Moores zu verhindern. Miller redete unter anderem mit Landbesitzern und beauftragte Firmen. Wie wichtig bei größeren Vorhaben die Kommunikation zwischen den verschiedenen Beteiligten ist, weiß sie nur zu gut. „Wir Gebietsbetreuer nehmen dabei eine Sonderstellung ein. Wir sind Fachpersonal, aber eben keine Behördenvertreter.“

Die Landespflegerin sieht es auch als ihre Aufgabe, die Menschen an den Naturschutz heranzuführen.

Am Bodenseeufer wächst das Bodensee-Vergrissmeinnicht. Immer wieder komme es vor, dass Besucher die Pflanze ausgraben und im heimischen Garten wieder einsetzen – wo sie verkümmert. „Ich versuche nicht, die Leute halten, sondern zu halten sondern Aufklärungsarbeit zu leisten“

Wichtige Lebensräume im Landkreis Lindau sind auch die Tobel. Bei einer Kartierung, welche Arten dort Zuhause sind, wurde sogar ein bis dato unbeschriebener Käfer gefunden. Dass Umweltschutz in der Politik in aller Munde ist, freut sie. Eine gewisse Skepsis bleibt. „Von einigen Behörden ist zur Zeit viel Gutes zu hören. Ich bin gespannt, ob die Versprechen gehalten werden.“



Henning Werth

## An einem Strang ziehen

**Allgäuer Hochalpen** In den Bergen treffen viele Interessen aufeinander. Diplomatie ist nötig

**Oberallgäu** „Der Tourismus ist bei uns das dickste Brett“, sagt Hennig Werth. Sein Gebiet sind die Allgäuer Hochalpen mit einer Fläche von 20800 Hektar. Was ihn freut: Mittlerweile sähen die Gemeinden vor Ort das Schutzgebiet nicht mehr als Hindernis, sondern als Alleinstellungsmerkmal. Er sei Naturschützer, Diplomat und Ansprechpartner und versuche, mit Gemeinden und Grundbesitzern an einem Strang zu ziehen. Gut geklappt habe das beim Scheidertobel am Fellhorn, wo viele Birkhühner leben. Jahrzehnte lang seien dort Wintersportler abseits der Piste unterwegs gewesen. Dann habe das Landratsamt das Gebiet zeitlich begrenzt gesperrt. „Die Grundbesitzer stellen Schneestangen auf, die Polizei kontrolliert und auch die Bergbahnen machen mit.“

Der Gebietsbetreuer ist Biologe, sein Träger ist der Landesbund für

Vogelschutz. Der Umgang von Besuchern mit den Tieren bereitet ihm aber oft Sorge. Als im Internet publik gemacht wurde, dass der vom Aussterben bedrohte Steinrötel in den Allgäuer Hochalpen einen Brutplatz hat, seien Vogelbegeisterte von überallher angereist. „Manche sind so nahe an den Brutplatz gegangen, dass die Tiere ihren Nachwuchs nicht füttern konnten“, berichtet Werth. Einige hätten sogar im Schutzgebiet gezeltet. Der Gebietsbetreuer hat sich dafür eingesetzt, dass der Brutort nicht mehr für jedermann online nachlesbar war.

Dass Werth Experte für die Allgäuer Hochalpen und Vögel ist, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Die kuwaitische Botschaft hatte sich einmal an ihn gewandt, weil Interesse an Steinadlern bestand. Dieser Anfrage ist der Biologe aber ausnahmsweise nicht nachgegangen.



Das Hagspielmoor bei Scheidegg wurde renaturiert. Foto: Bund Naturschutz

# WA Plus Sept./2019

## Wasserfälle und Moorseen

Vielseitiges Programm der Westallgäuer Wanderwochen

**Weiler (erb).** Ob tiefe Schluchten, faszinierende Ausblicke, Wasserfälle oder dunkle Moorseen – beim Wandern gewinnt und erlebt man viele unvergessliche Eindrücke. Seit Jahren gibt es die Westallgäuer Wanderwochen, die mittlerweile ein fester Bestandteil im Westallgäuer Herbst sind. In diesem Jahr finden sie vom 27. September bis 12. Oktober statt.

Bei den geführten und kulinarischen Wanderungen gehen die Teilnehmer auf den Spuren der Wandertrilogie Allgäu oder in die alpine Bergwelt. Teilnehmende Orte sind Weiler-Simmerberg, Lindenberg, Scheidegg und Oberreute.

### Natur mit allen Sinnen

In Weiler geht es am 27. September „Kulinarisch & musikalisch rund um den Oberberg und die Hausbachklamm“. Gestartet wird die mittelschwere Wanderung um 13 Uhr auf dem Kirchplatz in Weiler. Am gleichen Tag findet eine weitere leichte Wanderung statt unter dem Titel „Mit der Gebietsbetreuerin unterwegs im Plenterwald und den Mooren bei Trogen“ mit Abstecher zum



**„Wandern ist eine Tätigkeit der Beine und ein Zustand der Seele.“**  
(Josef Hofmiller)

Foto: Tourismus-Information Weiler

Entschenstein. Treffpunkt für die etwa dreistündige Tour ist der ehemalige Gasthof Traube in Schnellern um 15 Uhr. Zu einer zweistündigen Abendwanderung treffen sich Wanderfreunde um 17.30 Uhr am Hotel Waldsee, um die „Natur mit allen Sinnen zu genießen“. Und so gibt es jeden weiteren Tag bis zum 12. Oktober Neues bei den vielseitigen Wanderungen.

**INFO:** Die Teilnahme ist für Urlaubsgäste mit der Allgäu-Walser-Card kostenlos (ausgenommen Transferkosten und andere Extras). Anmeldung bis 12 Uhr am Vortag bei allen Tourist-Infos. Das vollständige Programm gibt es im Internet unter [www.weiler-simmerberg.de](http://www.weiler-simmerberg.de) oder als Broschüre in den Tourismusbüros.

Wir freuen uns über jede Zuschrift, die sich mit der Zeitung und ihrem Inhalt auseinandersetzt. Die Einsender vertreten ihre eigene Meinung. Kürzungen bleiben in jedem Fall vorbehalten.

## Unsinniges Prestigeprojekt

Zum Bericht „Wir werden unseren Weg gehen“ vom 27. August, in dem es um die Klage des Bundes Naturschutz gegen das interkommunale Gewerbegebiet im Argental und die Reaktion des Zweckverbandes darauf ging.

Der viel zu hohe Flächenverbrauch ist ein Thema, das in den Medien und in der Bevölkerung täglich diskutiert wird. Sogar der Minister für Landesentwicklung, Aiwanger, stellte am 18. März 2019 laut einer dpa-Pressemitteilung fest, dass bei der Privilegierung von interkommunalen Gewerbegebieten in Bezug auf das gelockerte Anbindegebot über das Ziel hinausgeschossen worden sei. Vielmehr „müsse bei Gewerbegebieten und Industrie auf der grünen Wiese außerhalb von Ortschaften der Rückwärtsgang eingelegt werden.“

Von diesen Entwicklungen unangefochten strebt der Zweckverband weiterhin die schnelle bauliche Umsetzung des umstrittenen Gewerbegebietes mitten in der freien Landschaft an. Anstatt die gesellschaftlichen und rechtlichen Ent-

wicklungen sowie die Situation in Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt zu berücksichtigen und den umstrittenen Entscheidungsprozess für das Gewerbegebiet zu überdenken, werden die Planungen unverdrossen durchgezogen, munter Geld ausgegeben – sind ja nur Steuergelder – und drohende Probleme kleingeredet.

Mit der Einrichtung dieses Zweckverbandes ist eine Einwirkung durch die Gemeinderäte nicht mehr möglich und der Öffentlichkeit wird bei Sitzungen des Zweckverbandes in schon fast grotesker Weise jede konkrete Information vorenthalten. Diese üblen politischen Schachzüge machen es nun nötig, Gerichte damit zu belasten, dieses unsinnige Prestigeprojekt zu stoppen.

Das wirtschaftliche Risiko bei erfolgreicher Klage des Bund Naturschutzes hat ausschließlich der Zweckverband zu verantworten.

Bedauerlich eigentlich, dass man vernünftige Politik heute vor Gericht einklagen muss.

**Wolfgang und Petra Vögel, Gestratz**

## Hoffen auf 19 die Richter

Zum Bericht „Wir werden unseren Weg gehen“ vom 27. August, in dem es um die Klage des Bund Naturschutz gegen das interkommunale Gewerbegebiet im Argental ging.

„Als die bayrische Staatsregierung das Landesentwicklungsprogramm durch den damaligen Heimatminister und jetzigen Ministerpräsidenten geändert hat, war der Grund der, dass Gewerbegebiete an Autobahnen und sonstigen großen Straßen gebaut werden können, um eine optimale Verkehrsanbindung zu gewährleisten, was durchaus sinnvoll ist. Allerdings konnte selbst Markus Söder in seinen kühnsten Träumen nicht ahnen, dass findige Kommunalpolitiker dieses missbrauchen, und zwischen zwei idyllisch gelegenen Dörfern ohne Rücksicht auf Natur- und Artenschutz auf sieben Hektar Fläche ein Gewerbegebiet mitten in die Landschaft bauen. Den beiden Dörfern wird dadurch ein völlig unkalkulierbares Verkehrsaufkommen beschert.

Wer der Aussage, es werde auf Dauer nur verkehrsarmes Gewerbe angesiedelt, glaubt, muss schon reichlich naiv und blauäugig sein. Man kann nur hoffen, dass die Richter am Verwaltungsgericht diesen Missbrauch stoppen, damit sich nicht noch weitere Gemeinden solche absurden Vorhaben überlegen.  
**Wolfgang Boneberg, Gestratz**

BZ 7.9.19

# Der „Wäsenkrieg“ in Lindau

Bund Naturschutz Feier- und Erinnerungsveranstaltung am 21.09.

Anlässlich des 40. Jubiläums der Wäsenrettung lädt die Kreisgruppe Lindau des Bundes Naturschutz am Samstag, 21. September 2019, zu einer Feier- und Erinnerungsveranstaltung ein.

„Vor 40 Jahren waren große Teile der Lindauer Bevölkerung im wahrsten Sinn des Wortes in Aufruhr. Nie vorher, aber auch nie nachher wurde heftiger und leidenschaftlicher um ein ökologisches Thema gestritten. Der Bezirk Schwaben wollte im Landschaftsschutzgebiet am bayerischen Bodenseeufer in Lindau-Zech eine große, international ausgerichtete Jugendbildungs- und Begegnungsstätte bauen. Daneben plante auch der berühmte Erfinder Dr. Felix Wankel in unmittelbarer Nachbarschaft einen größeren Anbau an sein bestehendes Forschungsinstitut, ebenfalls im Landschaftsschutzgebiet gelegen. Um die Bebauung zu ermöglichen, hob die Mehrheit des Lindauer Kreisstages unter Führung des damaligen Landrats Klaus Henninger den Landschaftsschutz auf. Das und viele andere Umstände führten zum sogenannten ‚Wäsenkrieg‘,

der unter dieser Bezeichnung in die Lindauer Stadtgeschichte einging“, schreibt Erich Jörg, 1. Vorsitzender der Kreisgruppe Lindau (Bodensee) des Bundes Naturschutz in Bayern e. V.

Und weiter: „Am Ende der höchst emotionalen Auseinandersetzungen siegte der Wille des Volkes über die staatliche Macht. Das Bodenseeufer in Lindau-Zech blieb von einer Massivbebauung verschont. Der Gesamtbereich von der Leuchtenbergvilla bis hinüber zum Zeltplatz in Zech ist heute der bedeutendste Natur- und Erholungsraum am bayerischen Bodenseeufer. Die Stadt Lindau hat dazu nach der Wäsenauseinandersetzung viel beigetragen.“

Aus Anlass dieses Jubiläums will die Kreisgruppe Lindau (Bodensee) des Bundes Naturschutz in Bayern e. V. (BN) an dieses bedeutende Ereignis auf dem Sektor des Landschafts- und Naturschutzes erinnern. So lädt der BN am Samstag, 21. September 2019, an historischer Stätte zu einer Feier- und Erinnerungsveranstaltung ein. „Wir wollen an die Menschen erinnern und ihnen danken, dass

sie vor 40 Jahren in einem Großeinsatz für den Naturschutz erfolgreich gelitten und gekämpft haben“, erklärt Erich Jörg. Er selbst war schon vor 40 Jahren in diesem Widerstand vertreten.

Die Veranstaltung beginnt um 10 Uhr am Wäsenparkplatz an der Eichwaldstraße nahe der Einmündung in die Fraunhoferstraße. Ein Rundgang führt um das damals umstrittene Gebiet. Auf dem Rundweg gibt es Musik und Gedichte u. a. von Rainer Maria Rilke und Ausschnitte aus einer Schilderung eines Spaziergangs am Bodensee von Nobelpreisträger Hermann Hesse. Für die musikalische Begleitung sorgen der Alphornbläser Hermann Kohler und eine Musikgruppe der Musikschule Holdereggen unter Leitung von Stefan Hilger. Am Endpunkt des Rundgangs nahe des Forschungsinstituts sprechen Zeitzeugen.

Weiter gibt es eine symbolische Baumpflanzaktion von vier Bäumen – einer für jedes Jahrzehnt. Die eigentliche Pflanzaktion kann erst vorgenommen werden, wenn der Laubfall stattgefunden hat. Die Veranstaltung ist öffentlich. BZ

LZ 18.9.19

## Eine Geschichte des Gelingens

Zur LZ-Serie „40 Jahre Wäsenkrieg“: Auch Gelungenes in den Blick nehmen, daran erinnern – das tut Not in diesen Zeiten, um nicht Opfer von lähmender Tatenlosigkeit und Resignation zu werden.

Dass dies auch dem Bund Naturschutz Lindau ein Anliegen ist, davon zeugt die Ankündigung einer Gedenkfeier. Diese war ursprünglich auf dem großen grünen Freigelände im Landschaftsschutzgebiet, dem Wäsen, angedacht, der vor 40 Jahren durch engagiertes, heftiges Ringen auf breiter Ebene vor massiver Bebauung bewahrt wurde. Eine informative Ankündigung der Kreisgruppe Lindau, verbunden mit einer Einladung, daran teilzunehmen, führte zu folgender Reaktion des Grundstückseigentümers „Bezirk Schwaben“: „Leider müssen wir Ihnen mitteilen, dass sich der Bezirk Schwaben gegen diese Veranstaltung auf seinem Grundstück ausspricht.“

Nun galt es, nach einer Alternative zu suchen, und sie wurde gefunden: Laut Ankündigung kann nun

dieses Erinnern an einer großen Grünfläche der Stadt, in der Nähe des Wäsen stattfinden, umrahmt von kurzen musikalischen und literarischen Farbtupfern, anekdotischen Einwüfen von damals Beteiligten und einer Baumpflanzaktion. Das klingt danach, als ob die Herzen leicht gemacht werden sollten, um sie für die Bewahrung unserer zauberhaften Uferlandschaften, für die schützenswerte Hülle von Mutter Erde schlagen zu lassen.

Ich werde mich dabei auch verbunden fühlen mit unserer Jugend, die bangend auf sich und die nachfolgenden Generationen eine dunkle Zukunft zukommen sieht. Denn diese Gedenkstunde am Wäsen wird auch deren berechnete Forderungen untermauern. Und sie sendet ihnen die Botschaft aus: Sich-stark-Machen, Dranbleiben hat hier vor 40 Jahren zum Erfolg geführt. Ein Stück Boden wurde Euch nicht unter den Füßen weggezogen.

Sibylla Gasch, Lindau

LINDENBERG

WA 10.9.19

### Exkursion durch die Lindenerger Moore

Eine Exkursion durch die Vielfalt der Lindenerger Moore findet am Freitag, 13. September, mit Isolde Miller vom Bund Naturschutz statt. Miller stellt dabei die Lebensräume und ihre Pflanzen- und Tierwelt vor und erläutert auch, warum gerade die Moorlandschaften besonders wichtig für den Naturschutz sind und wie sie geschützt und renaturiert werden können. Treffpunkt der zwei- bis dreistündigen Wanderung ist um 15 Uhr an der Promenade am Waldsee. Die Veranstaltung entfällt bei Regen.

LZ 10.9.19

### Mit Isolde Miller das Moor entdecken

LINDENBERG (Iz) - Bund-Naturschutz-Gebietsbetreuerin Isolde Miller führt am Freitag, 13. September, von 15 bis 17.30 Uhr durch die Lindenerger Moore. Treffpunkt für die zwei- bis dreistündige Wanderung ist an der Promenade am Waldsee in Lindenberg. Bei starkem Regen entfällt die Veranstaltung.

Der Bereich um den Lindenerger Waldsee ist laut Bund Naturschutz eine abwechslungsreiche Landschaft. Dort ist deutlich zu sehen, wie die Eiszeit einst das Allgäu geformt hat, und wie unterschiedliche Nutzungen den Charakter der Landschaft prägen. Wälder, Moore, Streuwiesen und Grünland wechseln sich ab. Isolde Miller stellt diese vielfältigen Lebensräume und ihre Pflanzen- und Tierwelt vor. Sie erläutert auch, warum gerade die Moorlandschaften besonders wichtig für den Naturschutz sind und wie man sie schützen oder renaturieren kann.

### Herbstliche Expedition ins Degermoos

ACHBERG (Iz) - Die Initiative „Achberg blüht“ lädt zusammen mit Isolde Miller vom Bund Naturschutz am Freitag, 11. Oktober, zu einer interessanten Moorwanderung ins Degermoos ein. Treffpunkt ist um 15 Uhr am Bahnübergang Oberrützenbrugg (gegenüber Bikeremühle). Von Esseratsweiler aus gibt es um 14.30 Uhr vom Kirchplatz aus Fahrgemeinschaften nach Oberrützenbrugg. Der Beitrag ist eine freiwillige Spende an den Bund Naturschutz.

WEILER-SIMMERBERG

WA 23.9.19

### Unterwegs im Plenterwald und den Mooren bei Trogen

Eine dreistündige Wanderung in die Trogener Moore veranstaltet die Gebietsbetreuung des Bund Naturschutz am Freitag, 27. September. Isolde Miller informiert dabei über die Entstehung, Pflege und den Schutz dieses Naturschutzgebietes. Treffpunkt ist um 15 Uhr beim Parkplatz des ehemaligen Gasthofs Traube in Schnellers. Die Veranstaltung entfällt bei Regen.

LZ 22.8.19

### BN wandert durch den Kesselbachtobel

KREIS LINDAU (Iz) - Der Bund Naturschutz lädt an diesem Freitag, 23. August, zu einer Familienwanderung durch den Kesselbachtobel ein. Die Wanderung führt über den Scheffauer Steg nach Hirschbergsau, dann durchs Katzenloch und an der Katzenmühle vorbei zurück nach Scheffau. Teilnehmer sollten für die dreistündige Wanderung eine Brotzeit mitnehmen und gutes Schuhwerk anziehen. Bei starkem Regen fällt die Tour aus. Treffpunkt ist um 14 Uhr beim Sportplatz in Scheffau. Eine Anmeldung ist nicht nötig.

### BUND auf Wanderschaft

REGION (Iz) - Die Gebietsbetreuung des BUND lädt für Dienstag, 8. Oktober, 15 Uhr, im Rahmen der Westallgäuer Wanderwochen zu einer Exkursion durch den Ellhofer Tobel ein. Gebietsbetreuerin Isolde Miller führt durch den Tobel. Treffpunkt ist am Ortsausgang in Richtung Simmerberg. Bei starkem Regen fällt die Exkursion aus. Die Führung ist kostenfrei.

LZ 26.9.19

### Ausflug in die Trogener Moore

LINDAU (Iz) - Der Bund Naturschutz lädt für Freitag, 27. September, ab 9 Uhr zu einer herbstlichen Wanderung in die Trogener Moore ein. Diese sind als Naturschutzgebiet von großer Bedeutung, heißt es in einer Ankündigung.

Dort findet sich eine Kombination aus unterschiedlicher, wertvoller Lebensräume in direkter Nachbarschaft: Streuwiesen, Hochmoorbereiche - teils renaturiert und die einzigartigen Plenterwälder des Westallgäus. In Begleitung von Gebietsbetreuerin Isolde Miller erfahren die Besucher mehr über die Entstehung, Nutzung, Pflege und den Schutz dieses Naturschutzgebietes. Spannend ist auch der Abstecher zum Geotop 'Enschenstein', einer riesigen Nagelfluhfelsen, der aus dem Sandstein herauspräpariert ist.

Treffpunkt für die etwa dreistündige Wanderung im Rahmen der „Bayern Tour Natur“ und der Allgäuer Wanderwochen ist am ehemaligen Gasthof Traube in Schnellers. Bei Regen entfällt die Veranstaltung.

Teilnehmer aus dem Raum Lindau können sich zur Bildung von Fahrgemeinschaften im Naturschutzhausle melden, Telefon 08382 / 88 75 64 oder E-mail an [isolde.miller@bund-naturschutz.de](mailto:isolde.miller@bund-naturschutz.de)

WA 7.10.19

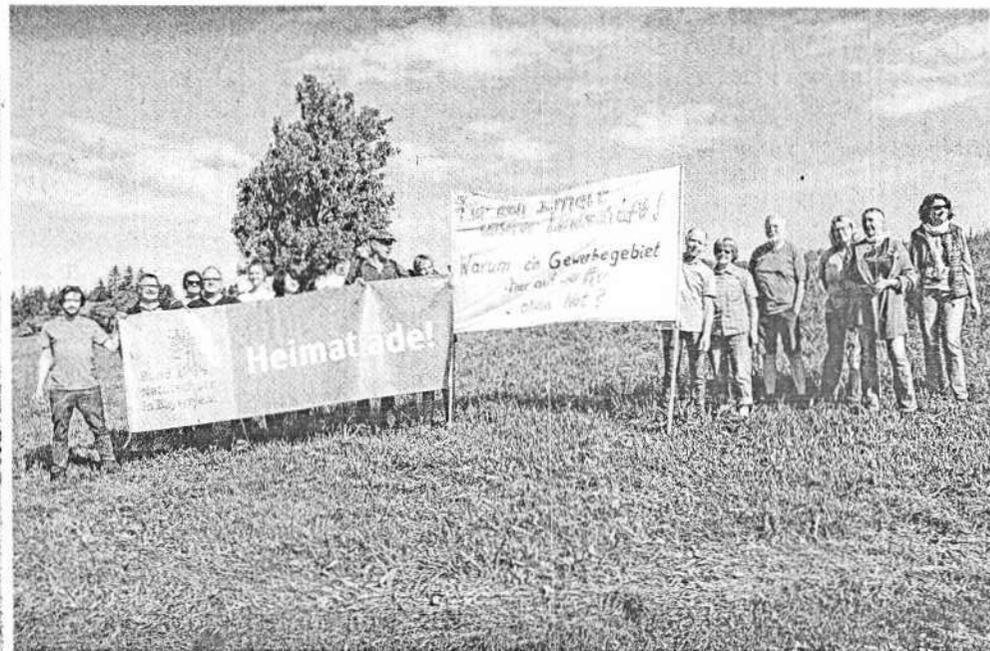
RÖTHENBACH

### Pläne für Generationendorf scheitern an Umweltschutz

Aus für ein 30-Millionen-Euro-Projekt im Westallgäu: Pläne für ein Generationendorf in Röthenbach sind gescheitert. Der Verbund Allgäu-Stift wollte eine Anlage mit Pflegezentrum und zwölf Häusern bauen, in denen Junge und Alte, Pflegebedürftige und Familien, Menschen mit und ohne Behinderung leben, sich gegenseitig unterstützen und professionell betreut werden. Die Untere Naturschutzbehörde verlangt aber, dass ein 0,4 Hektar großes Toteisloch (ein von Gletscherresten geformter Kessel) und angrenzende Feuchtwiesen erhalten bleiben. Kleiner lassen sich das Konzept aber nicht umsetzen, heißt es bei Allgäu-Stift. Die Gemeinde Röthenbach hat damit einen Konflikt weniger: Gegen das Projekt hatte sich eine Bürgerinitiative formiert. Auch der Bund Naturschutz war dagegen.

LZ 11.10.19

WA 13.9.19



## Interkommunales Gewerbegebiet Argental: Beim Spatenstich zeigen auch die Projektgegner Präsenz

Gestern ist der Startschuss für das 6,4 Hektar große Interkommunale Gewerbegebiet Argental gefallen, das zwischen den Ortschaften Gestratz und Grünenbach entstehen soll. Johannes Buhmann, Bürgermeister von Gestratz und Zweckverbandsvorsitzender versprach, das Gewerbegebiet „in die Landschaft der Au einzubetten“ sowie „mit der Natur und nicht gegen sie zu arbeiten.“ Mit dabei waren (von links) Ru-

dolf Bildstein vom Ingenieurbüro IWA in Kempten, Helmut Merath vom Zweckverband sowie die Bürgermeister der Argentalgemeinden Stephan Höß, Markus Eugler, Martin Schwarz und Johannes Buhmann, Martin Wucher vom Bauamt Argental sowie Florian Eugler vom Bauunternehmen Max Wild. Auch die Gegner des Projekts zeigten Präsenz. Etwa 20 Anwohner und Mitglieder des Bund Naturschutz

(BN) verließen ihrem Unmut mit Plakaten Ausdruck. Sie befürchten ein erhöhtes Verkehrsaufkommen und gravierende Eingriffe in die Natur. Der Bund Naturschutz klagt vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München gegen das Gewerbegebiet „In der Au“ und versucht derzeit mit einem Eilantrag das Bauprojekt zu stoppen, sagte Erich Jörg, Lindauer Kreisvorsitzender des BN. Text/Foto: Anja Worschch

# LZ „Am See Natur und nicht Beton“ prägt die Stadt

16.9.19 OB Steurer kämpft im Wäsen-Krieg ab Sommer '79 gegen Landrat und Neubau am Ufer (4)

Von Evi Eck-Gedler

LINDAU - Die Kehrtwende von Oberbürgermeister Josef Steurer in der Diskussion über den Bebauungsplan Auf den Wäsen und die geplante Jugendbildungsstätte markiert im Juli 1979 den Beginn eines äußerst emotionalen Schlagabtauschs: den Wäsen-Krieg. Auf der einen Seite 7000 Bürger, Naturschützer und OB, auf der anderen der Bezirk Schwaben, CSU-Stadt- und Kreisräte und vor allem Landrat Klaus Henninger. Als Höhepunkt des Protestes gegen Neubauten am Seeufer gilt der Abend des 20. Septembers in der restlos überfüllten Sängerkirche. Das damalige Motto halten Naturschützer bis heute hoch: „Am See Natur und nicht Beton!“

Erstmals während seiner Amtszeit nutzt OB Steurer dieses Recht: Er setzt den Stadtratsbeschluss zum Bebauungsplan Auf den Wäsen einen Tag nach der Sitzung aus. Es beginnen hitzige Diskussionen, ob das geplante rund 180 Meter lange Gebäude für die Jugendbegegnungsstätte Bezugsfall für unzählige Folgeanträge entlang des Seeufers werden könnte. Fast zeitgleich fallen zwei Beschlüsse: Der damals CSU dominierte Kreistag beschließt, den Bereich des Landschaftsschutzgebiets zu verringern und so die Bauvorhaben von Wankel und Bezirk zu ermöglichen, außerdem ordnet der Landrat den Vollzug des Stadtratsbeschlusses zum Bebauungsplan an. Der Oberbürgermeister legt dagegen Widerspruch ein, welchen die Regierung von Schwaben für unzulässig erklärt. Steurer geht vors Verwaltungsgericht.



„Am See Natur und nicht Beton“: Weil vor 40 Jahren Tausende Lindauer zusammen mit Naturschützer Horst Stern und später auch OB Josef Steurer auf die Barrikaden gegangen sind, können Lindauer heute im Bereich Auf den Wäsen ein unverbautes Bodenseeufer genießen. FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

Text Fortsetzung ↓

Text Fortsetzung

"Am See Natur und nicht Beton"....."

Mitte August schaltet sich das bayerische Umweltministerium in den Wäsen-Krieg ein: Die dort Verantwortlichen bitten den Bezirk Schwaben, das Vorhaben Jugendbegegnungsstätte in Lindau zu überdenken. Der Landtagsabgeordnete Günter Wirth hinterfragt, ob der Landkreis Lindau überhaupt das Landschaftsschutzgebiet verändern darf.

Unterdessen formiert sich in der Stadt massiver Widerstand: Ein sogenanntes Bürgerkomitee gründet sich, appelliert in ganzseitigen Anzeigen an die „Bürger von Lindau“, sammelt Unterschriften. Am 1. September erscheint in der LZ das Amtsblatt der Stadt Lindau, unterzeichnet von Staurers Stellvertreter, dem

CSU-Bürgermeister Josef Euringer: Darin wird die öffentliche Auslegung des Bebauungsplans Nr. 75 Auf den Wäsen angekündigt. Tausende Lindauer demonstrieren zu der Zeit mit einem Aufkleber auf ihren Wagen: „Am See Natur und nicht Beton!“ Es ist der Schlachtruf des Wäsen-Kriegs.

Das Verwaltungsgericht lehnt die Klage des OB ab. Während der Landrat in Leserbriefen auf „bindende Vereinbarungen“ pocht und dem Naturschützer Stern vorwirft, er wolle mit seinem Widerstand gegen die Jugendbegegnungsstätte nur seinen Erzfeind Wankel treffen, mobilisiert das Bürgerkomitee die Öffentlichkeit. Eine weitere Unterschriftenaktion unterstützen am Ende weit über 8000 Lindauer. Und zur Protestversammlung drängen am 20. Septem-

ber über 1200 Bürger in die alte Sän-gerhalle, viele weitere stehen auf dem Vorplatz: Sie erleben flammen-de Plädoyers für den Schutz von Natur und Landschaft von OB Steurer, Horst Stern, dem Alpenvereinsvorsitzenden Eckhart Prandner und dem Landesvorsitzenden des Bund Naturschutz, Hubert Weinzierl.

Fünf Tage später erreicht die Redaktion dann ein Fernschreiben des Lindauer Landtagsabgeordneten und Landtagspräsidenten Franz Heubl: Er verkündet darin, dass im Wäsen keine Jugendbegegnungsstätte gebaut wird. Das bekräftigt Heubl in einem weiteren Schreiben Anfang Oktober: Das Grundstück des Bezirks im Bereich Auf den Wäsen werde „ausschließlich für Freizeit und Erholung“ genutzt. Es werde dort nicht gebaut.

Es gibt in jenen Herbstwochen noch das ein oder andere kleinere Wortgefecht. Die Stadt versucht, ein Alternativgrundstück zu finden. Im Lindauer Landratsamt nimmt Anfang Oktober ein hauptamtlicher Naturschützer seine Arbeit auf. Der Bezirkstag erklärt in der letzten Oktoberwoche den Standort am Bodenseeufer für erledigt: „Das Projekt der Jugendbegegnungsstätte in Lindau ist nun endgültig vom Tisch“, heißt es in der LZ-Ausgabe vom 30. Oktober.

Sieben Jahre später eröffnet die Jugendbildungs- und Begegnungsstätte in Babenhausen. Der Lindauer Bebauungsplan Auf den Wäsen ist nie in Kraft getreten. Was bleibt, ist der Schlachtruf jener Zeit vor 40 Jahren: „Am See Natur und nicht Beton!“

In einer kleinen Serie hat die Lindauer Zeitung zurückgeblickt auf den Streit um das Zecher Seeufer, der vor 40 Jahren zum sogenannten Wäsen-Krieg eskaliert ist. „40 Jahre Wäsen-Rettung“ ist für den Bund Naturschutz der Anlass für eine Feierstunde am Bodenseeufer:

Am Samstag, 21. September, wollen sich damalige Mitstreiter und heutige Umweltschützer um 10 Uhr am Wäsen-Parkplatz treffen, während eines Uferspaziergangs gibt es Musik und literarische Texte. In der Nähe des einstigen Wankel-Instituts werden Zeitzeugen wie der heutige Vorsitzende des Bund Naturschutz, Erich Jörg, an die Monate des Wäsen-Kriegs erinnern.

# Bürger ist nur noch Geldgeber

WA  
18.  
9.  
19

Betrifft: Fotos und Text am 3. September über den Spatenstich zum „Interkommunalen Gewerbegebiet in der Au“.

Vor dem Slogan „Profis ohne Grenzen“ heben acht Profis zum Spatenstich an. Einmal mehr wurde deutlich, dass beim Projekt „Interkommunales Gewerbegebiet in der Au“ die Kommune, der Bürger nur noch die Rolle des Steuergeldgebers spielen sollen. Oder wie kann es angehen, dass wir als Bürger Informationen nicht erhalten und nicht einmal den Termin des Spatenstichs erfahren sollen? Dafür mussten wir bei der Presse anrufen. Der öffentliche Teil der Zweck-

verbandssitzungen ist schon lange zur Farce verkommen.

Dies in einer Situation, in der in der öffentlichen Meinungsbildung ein Umdenken hinsichtlich des Umgangs mit Flächenverbrauch stattfindet, die Lockerung des Anbindegebots auch in der Landespolitik wieder in Frage gestellt wird und eine Klage gegen das Projekt ansteht.

Unverdrossen wird weitergemacht, als erkenne man keine Grenzen. Zumindest die Projektgegner machen darauf aufmerksam.

Sonja Kugler, Gestratz

## Briefe an die Lokalredaktion

Wir freuen uns über jede Zuschrift, die sich mit der Zeitung und ihrem Inhalt auseinandersetzt. Die Einsender vertreten ihre eigene Meinung. Kürzungen bleiben in jedem Fall vorbehalten.

WA 17.9.18

### Warum nicht Urteil abwarten?

Betrifft: Fotos und Text am 3. September vom Spatenstich zum „Interkommunalen Gewerbegebiet in der Au“.

Es ist schon bemerkenswert, mit welchem Sarkasmus Johannes Buhmann redet. Ein Gewerbegebiet in die freie Landschaft zu bauen, ist nur gegen die Natur möglich. Warum es nicht möglich ist, das Urteil des Verwaltungsgerichts abzuwarten, ist für mich, auch angesichts des CSU-Mautdebakels, nicht nachvollziehbar.

Michael Jäger, Röthenbach

# Bund Naturschutz feiert das freie Bodenseeufer am Wäsen

Wäsen-Krieg (5): „Wollen den Menschen danken, die im Großeinsatz für den Naturschutz erfolgreich gekämpft haben“

L2  
18.9.19

Von Evi Eck-Gedler

LINDAU - Vier junge Bäume sollen symbolisieren, worüber sich Naturschützer wie der Lindauer BN-Vorsitzende Erich Jörg freuen: Vor 40 Jahren haben Tausende Lindauer erfolgreich für den Erhalt eines unverbauten Bodenseeufer gekämpft. Ihr Aufstand hat letztlich dafür gesorgt, dass weder der Bezirk Schwaben den Plan einer rund 180 Meter langen Jugendbildungsstätte umgesetzt hat, noch ist das einstige Wankel-Institut erweitert worden. Mit einer Feierstunde will der BN nun an den legendären höchst emotionalen Wäsen-Krieg erinnern.

„Nie vorher, aber auch nie nachher wurde heftiger und leidenschaftlicher um ein ökologisches Thema gestritten“, stellt Erich Jörg heute fest. Er ist ein junger Mann gewesen, als sich vor gut 40 Jahren die Diskussionen um die beiden Bauwünsche Wankel und Jugendbildungsstätte im Bereich Auf den Wäsen am Zecher Ufer hochschaukelten. Hat miterlebt, wie öffentliche Vorwürfe, Scha-

densersatzforderungen, Beleidigungsklagen tiefe Gräben in der Stadt und zerbrochene Freundschaften hinterließen. „Am Ende der höchst emotionalen Auseinandersetzungen siegte der Wille des Volkes über die staatliche Macht“, schreibt Jörg heute. „Das Bodensee-

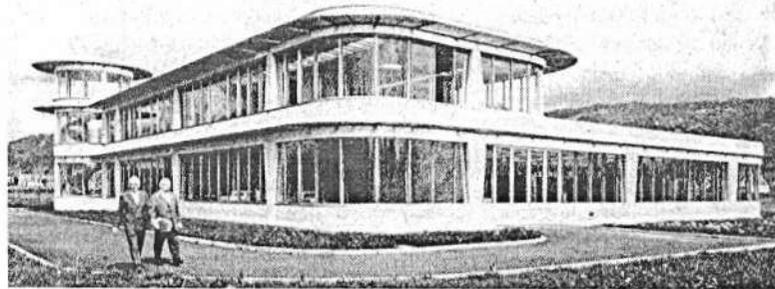
ufer in Zech blieb von einer Massivbebauung verschont.“ Das nun 40 Jahre nach jenem Wäsen-Krieg der Gesamtbereich von der Leuchtenberg-Villa bis zum Campingplatz Zech „der bedeutendste Natur- und Erholungsraum am bayerischen Bodenseeufer ist“, dazu habe die Stadt

viel beigetragen, ist der Vorsitzende des Bund Naturschutz im Kreis Lindau überzeugt.

Das Datum seiner Feierstunde am Samstag, 21. September, hat der BN bewusst gewählt: Am Tag zuvor ist es genau 40 Jahre her, dass über 1200 Lindauer in einer restlos überfüllten Inselhalle mit dem Naturschützer Horst Stern und Oberbürgermeister Josef Steurer an der Spitze demonstrierten - ihr Schlachtruf „Am See Natur und nicht Beton“ wirkt bis in heutige Zeiten nach. „Wir wollen mit dieser Veranstaltung an die Menschen erinnern und ihnen danken, dass sie vor 40 Jahren in einem Großeinsatz für den Naturschutz gelitten und erfolgreich gekämpft haben“, sagt Jörg.

Treffpunkt ist um 10 Uhr am Wäsen-Parkplatz. Von dort aus startet ein Rundgang um jenes Gebiet, auf dem seinerzeit der Bebauungsplan Auf den Wäsen angedacht gewesen ist. Unterwegs werden Texte unter anderem von Rilke und Hesse vorgelesen, musikalisch begleitet auf dem Weg der Alphornbläser Her-

mann Kohler und junge Musiker aus der Lindauer Musikschule. Am Ende des Rundgangs in der Nähe des einstigen Wankel-Instituts werden Zeitzeugen über die Ereignisse aus dem Sommer 1979 berichten. Schließlich will der Bund Naturschutz vier junge Bäume pflanzen: Sie sollen an den Kampf für ein unverbautes Bodenseeufer erinnern.



Das Wankel-Institut in den 1960er-Jahren, fotografiert an dessen Südwestecke: Das Foto zeigt links Felix Wankel zusammen mit seinem Geschäftspartner Hutzenlaub, als das Institut noch korrekt „Technische Forschungs- und Entwicklungsstelle der Fraunhofer-Gesellschaft (TES) in Lindau“ hieß. Erst 1973 erwarben Wankel und Hutzenlaub das Institut selbst.

BILDQUELLE/REPRO: TES IN DER SAMMLUNG SCHWEIZER

In einer kleinen Serie hat die Lindauer Zeitung zurückgeblickt auf den Streit um das Zecher Seeufer, der vor 40 Jahren zum sogenannten Wäsen-Krieg eskaliert ist. Am Samstag, 21. September, wollen sich damalige Mitstreiter und heutige Umweltschützer um 10 Uhr am Wäsen-Parkplatz treffen, während eines Uferspaziergangs gibt es Musik und literarische Texte. In der Nähe des einstigen Wankel-Instituts werden Zeitzeugen wie der heutige Vorsitzende des Bund Naturschutz Erich Jörg an die Monate des Wäsen-Kriegs erinnern.

WA 20.9.19

# Als der Naturschutz siegte

**Jubiläum** Vor 40 Jahren bedrohten zwei Bauvorhaben einen sensiblen Uferbereich in Lindau-Zech. Eine Feierstunde erinnert an den „Wäsen-Krieg“, den beherzte Bürger gewonnen haben

VON EVI ECK-GEDLER

Lindau An einen Sieg des Naturschutzes erinnern vier junge Bäume am Lindauer Seeufer: Vor 40 Jahren haben Tausende Lindauer erfolgreich für den Erhalt eines unverbauten Bodenseeufer gekämpft. Ihr Aufstand hat dafür gesorgt, dass das in einem sensiblen Uferbereich in Lindau-Zech beheimatete Wankel-Institut weder erweitert wurde, noch der Bezirk Schwaben den Plan einer rund 180 Meter langen Jugendbildungsstätte an dieser Stelle

umgesetzt hat. Mit einer Feierstunde am morgigen Samstag um 10 Uhr am Wäsen-Parkplatz will der Bund Naturschutz (BN) nun an den legendären „Wäsen-Krieg“ erinnern.

„Nie vorher, aber auch nie nachher wurde heftiger und leidenschaftlicher um ein ökologisches Thema gestritten“, stellt BN-Vorsitzender Erich Jörg heute fest. Er war ein junger Mann, als sich die Diskussionen um die beiden Bauwünsche Wankel und Jugendbildungsstätte im Bereich Auf den Wäsen am Zecher Ufer hochschaukel-

ten. Öffentliche Vorwürfe, Schadensersatzforderungen und Beleidigungsklagen hinterließen tiefe Gräben in der Stadt, Freundschaften zerbrochen. „Am Ende der höchst emotionalen Auseinandersetzungen siegte der Wille des Volkes über die staatliche Macht“, erklärt Jörg heute. „Das Bodenseeufer in Zech blieb von einer Massivbebauung verschont.“ Dass nun 40 Jahre nach jenem Wäsen-Krieg der Gesamtbereich von der Leuchtenberg-Villa bis zum Campingplatz Zech „der bedeutendste Natur- und Erho-

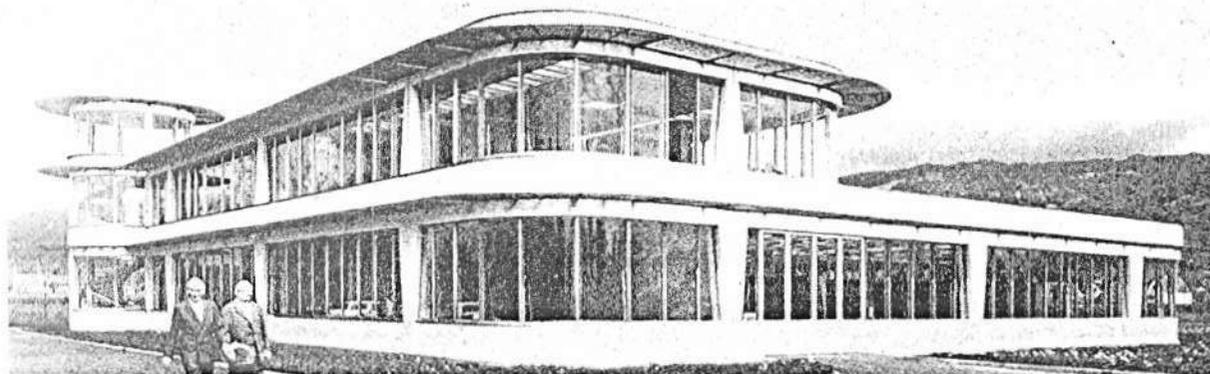
lungsraum am bayerischen Bodenseeufer ist“, dazu habe die Stadt viel beigetragen, ergänzt er.

Am heutigen 20. September ist es 40 Jahre her, dass über 1200 Lindauer in einer restlos überfüllten Inselhalle mit dem Naturschützer Horst Stern und Oberbürgermeister Josef Steuer an der Spitze demonstrierten. Ihr Schlachtruf „Am See Natur und nicht Beton“ wirkt bis in heutige Zeiten nach.

Mit der Feierstunde will der BN an diese Menschen erinnern. Sie beginnt mit einem Rundgang um jenes

Gebiet des vorgesehenen Bebauungsplans Auf den Wäsen. Unterwegs werden Texte vorgetragen, musikalisch begleitet der Alphornbläser Hermann Kohler und junge Musiker aus der Musikschule.

Am Ende des Rundgangs in der Nähe des einstigen Wankel-Instituts werden Zeitzeugen über die Ereignisse aus dem Sommer 1979 berichten. Schließlich will der Bund Naturschutz vier junge Bäume pflanzen: Sie sollen an den Kampf für ein unverbautes Bodenseeufer erinnern. (ee/sz)



Das Wankel-Institut in den 1960er-Jahren, fotografiert an dessen Südwestecke: Das Foto zeigt links Felix Wankel zusammen mit seinem Geschäftspartner Hutzenlaub, als das Institut noch korrekt „Technische Forschungs- und Entwicklungsstelle der Fraunhofer-Gesellschaft (TES) in Lindau“ hieß. Erst 1973 erwarben Wankel und Hutzenlaub das Institut selbst.

Bildquelle/Repro: TES in der Sammlung Schweizer



Am Schweizer Bodenseeufer, in Staad bei Rorschach, hat Felix Wankel ein Gebäude im Stil des Lindauer Hauses errichtet, nachdem er die Auseinandersetzung um den Erweiterungsbau in Lindau-Zech verloren hatte. Heute ist darin der RO-80-Club der Schweiz beheimatet sowie eine Technologie-Entwicklungsfirma. Foto: Charly Schweizer

# „Der Wald ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“

Die Waldbesitzervereinigung Westallgäu wirbt bei Kommunalpolitikern für Wegebau und Holznutzung vor Ort

SIGMARSZELL (olwi) - In Zeiten von Trockenheit, Käferbefall und Sturmschäden sieht die Waldbesitzervereinigung (WBV) Westallgäu im Wald mehr denn je „eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“, wie WBV-Geschäftsführer Andreas Täger bei einem forstpolitischen Waldspaziergang in Thumen (Gemeinde Sigmarszell) deutlich machte. Mit Blick auf Klimaschutz und Naherholung profitiere letztlich jeder von einem intakten Wald, nicht nur dessen Besitzer bei der Vermarktung.

Allerdings gibt es derzeit große Probleme: Zwar sei die Trockenheit im Landkreis Lindau ebenso wenig markant wie die Folgen von Sturmschäden in anderen Regionen Deutschlands. Doch Schneebruch gibt es auch hier – und auch der Borkenkäfer hat sich in den Wäldern des Westallgäus und in Richtung Bodensee breit gemacht. Wichtig sei hier eine rasche Waldpflege, so Täger. Doch viele der zahlreichen privaten Waldbesitzer kümmern sich weniger

denn je um ihren Wald. Denn die Holzpreise sind niedrig wie lange nicht, so WBV-Mitarbeiter Dirk Stapelfeldt. Umso wichtiger sei es, dass die Kommunen in der Region das heimische Holz nutzen, appellierte Täger an die anwesenden Bürgermeister, Kreisräte und nicht zuletzt Landrat Elmar Stegmann. Konkret nannte Täger den möglichen Neubau der Antonio-Huber-Schule des Landkreises, die in Holz erfolgen sollte. Aber auch die Diskussion um den Ersatz von Holzdecken am Lindenberg Gymnasium griff der WBV-Geschäftsführer auf. Die „öffentliche Hand sollte eine Vorbildfunktion einnehmen“, so Täger und nicht auf eine Rigips-Decke wechseln.

Das Unterholz bei Thumen hatte die WBV nicht zufällig als Ort für den forstpolitischen Waldspaziergang ausgewählt. Denn es befindet sich teilweise in einem kritischen Zustand. Und das liegt vor allem an fehlenden Forstwegen, machte Sta-

pelfeldt deutlich. So sei eine zeitgemäße Waldbewirtschaftung nicht mehr möglich – mit der Folge, dass die notwendige Waldverjüngung nicht stattfinde.

WBV-Vorsitzender Peter Freytag stellte die in vielen Bereichen des Westallgäus vorhandene Vielfalt der Baumarten heraus. Sie bleibe aber nur erhalten, wenn eine regelmäßige Waldpflege stattfinde. Denn: „Wo nicht gearbeitet wird, bricht der Wald zusammen.“ Isolde Miller vom Bund Naturschutz unterstrich:

„Wir brauchen dringend Mischwälder.“ Auch die regelmäßige Arbeit in den Wäldern stellte sie nicht in Frage. Ein Waldumbau in manchen Bereichen sei dringend notwendig. Aber: „Wir brauchen auch Zellen, wo der Wald sich selbst überlassen ist.“ Ein gutes Beispiel für sie ist die Rohrachschlucht: „Hier haben auch Urwaldrelikte ihre Chance.“

Wie groß die Probleme vor Ort sein können, zeigte der frühere Sigmarszeller Bürgermeister Walter Matzner anhand eines Weges im Unterholz auf. Dieser habe nach einem Hangrutsch seine Funktion als Zufahrtsweg nicht mehr erfüllt. Doch selbst nach drei Jahren voller Ge-

## „Wir brauchen dringend Mischwälder.“

Isolde Miller vom Bund Naturschutz

spräche mit den Forst-eigentümern sei keine Einigung möglich gewesen, um den Weg neu zu bauen. Die Folge: Zahlreiche Waldparzellen lassen sich derzeit nicht anfahren und entsprechend

nicht bewirtschaften.

Hier spielt hinein, dass es oft viele kleine Waldgrundstücke mit verschiedenen Besitzern gibt, die größtenteils durch Erbteilung entstanden sind. Eine Forstflurneuerung könne eine Lösung sei, so Stapelfeldt. Aber er weiß aus Erfahrung: Der Tausch von Grundstücken sei schon innerhalb von Familien „so etwas

von schwierig“. Allerdings: „Wir würden größere Einheiten begrüßen.“ Eine staatlich geförderte Flurbereinigung im Wald wäre aus Sicht von Freytag Aufgabe der Politik.

Stapelfeldt sprach eine mögliche Ersatzvornahme durch Kommune oder Landkreis an, wenn sich Waldbesitzer nicht um ihren Wald kümmern. Die beurteilte Landrat Stegmann als „kritisch“ und müsse im Einzelfall genau betrachtet werden. Die Kommunalpolitik könne rund um die Probleme der Waldbesitzer wenig leisten, stellte Stegmann zudem fest. Hier sei der Freistaat oder der Bund gefragt. Die von der WBV angemahnte Nutzung des Holzes finde hingegen längst statt. Der Landkreis prüfe bei allen Bauvorhaben, ob sich heimisches Holz verwenden lasse. Nicht immer sei das aber so einfach, wie von Täger angesprochen. Das Aufstocken der Mittelschule für die Räume der Antonio-Huber-Schule mit einer Holzkonstruktion sei beispielsweise nicht möglich.

Ein Bild, zwei Probleme: Dirk Stapelfeldt zeigt den Teilnehmern eine vom Borkenkäfer befallene Rinde – und steht dabei vor einem vom Schneebruch zerstörten Baum, dessen Reste bis heute nicht entfernt wurden.

FOTO: OLAF WINKLER



LE 21.9.19

# 27 Mehr als 1300 Menschen streiken fürs Klima

21.9.19 So groß war Fridays for Future in Lindau vorher noch nie – etwa die Hälfte sind Erwachsene

Von Julia Baumann  
und Carina Müller

LINDAU - Es ist kurz vor zwölf, als sich hunderte Menschen vor dem Alten Rathaus auf der Lindauer Insel versammeln. Zu den Schülern gesellen sich immer mehr Erwachsene. Als Emily Schneider die Fridays-for-Future-Demo eröffnet, steht sie vor 1300 Demonstranten. Ein absoluter Rekord, denn bei der bislang größten Lindauer Klimademonstration waren 400 Menschen. Den Startschuss für die 14-jährige Emily um fünf vor zwölf – aus gutem Grund.

Die Symbolik ist bewusst gewählt, wie Emily-Mitstreiterin Keona Schroff nach gut einer Stunde Demonstration ihrem Publikum erklärt. Wenn wir fünf vor zwölf sagen, Lindau heißt das, es ist höchste Eisenbahn“, schreibt sie. Es sei eine regelrechte Frechheit, dass junge Menschen für ihre Zukunft streiken müssten. „Haben die wirklich geglaubt, dass es niemand merkt, wenn sie unseren einzigen Planeten zerstören?“

„Die“, das sind die Erwachsenen. Allerdings sind unter ihnen mittlerweile offenbar einige, die die Forderungen der Schüler ernst nehmen. Denn mindestens die Hälfte der Streikenden am Freitagmittag ist weit über 18 Jahre alt. Unter ihnen sind viele Arbeitnehmer, die sich extra die Zeit für die Demonstration genommen haben.



So viele waren es noch nie: 1300 Menschen streiken am Freitag in Lindau für den Klimaschutz.

FOTO: CARINA MÜLLER

Text Fortsetzung



Text Fortsetzung  
"Mehr als 1300 Menschen....."

Matthias Kramer hat sich für den Streik freinehmen müssen, denn in Deutschland gibt es kein politisches Streikrecht. Möchten Arbeitnehmer während der Arbeitszeit streiken, müssen sie sich Urlaub nehmen oder Überstunden abarbeiten. Kramers Arbeitgeber wisse aber Befehl und hat den Urlaub genehmigt.

Für Jürgen Dillmann aus Kressbronn kommt sein flexibles Arbeitsmodell gelegen. Am Tag des Streiks arbeitet er von zu Hause aus. An seinem Arbeitsort in Ravensburg findet keine Demonstration statt, deshalb kam er mit seinem Sohn in Lindau mit. Sein Chef wisse Bescheid und gönne seine Teilnahme, aber die verbleibende Arbeitszeit hole er nach.

Mir Hannes Lichtner liegt der Streik auch während seiner Arbeitszeit, mit seiner Teilnahme arbeitet er aber. Er ist Lehrer an der Freien Schule in Lindau und nimmt mit seiner Klasse gemeinsam teil. „Das war aber in der Klasse demokratisch abgestimmt, das habe nicht ich beschlossen“, erklärt er. Auf die Fra-

ge, ob er wohl auch ohne die Initiative seiner Klasse am Streik teilnehmen würde, antwortet er: „Wahrscheinlich ja, aber auch nur, wenn mein Fehlen nicht zu Lasten meiner Kollegen ist.“

Katja Dell aus Wasserburg ist selbstständig und kann daher auch selbst bestimmen, wann sie arbeitet.

Dass sie sich für die Klimademo Zeit nimmt, ist für sie selbstverständlich. „Weil ich es sehr traurig finde, dass Kinder allein auf die Straße müssen, um für ihre Zukunft zu streiken.“

Robert Franken ist mit seiner ganzen Familie zum Streik nach Lindau gekommen. Und das, obwohl eigentlich ein besonderes Familienfest ansteht: Seine Eltern Renate und Harry Franken feiern Goldene Hochzeit. „Heute ist unsere Goldene Hochzeit, aber das hier ist wichtiger“, steht auf dem Schild, das Harry Franken in die Luft hält. Auch Ro-

bert Frankens Frau und Sohn sind mit dabei, die Familie kommt aus Bayreuth und ist in Lindau im Urlaub.

„Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut“, „Rettet die Pole, raus aus der Kohle“ tönt es durch Lindaus Straßen. Der Zug führt vom Alten Rathaus durch die

Maximilianstraße und die Cramergasse vorbei am Marktplatz und durch die Fischergasse an den Hafen. Neben „Opas Future“

„Wenn wir fünf vor zwölf sagen, dann heißt das, es ist höchste Eisenbahn.“

Keona Schroff

sind auch ganz junge Demonstranten dabei. Zum Beispiel der neunjährige Jonah, der sich auch in seiner Freizeit um das Klima sorgt: „Wenn ich für meine Kaninchen Löwenzahn sammel, dann sammel ich auch immer die Plastikbecher ein“, erzählt er. Auf der Demo ist er gemeinsam mit seiner Mutter, aber auch viele seiner Mitschüler seien bei dem Streik dabei.

Durch den Inselgraben geht es zurück vors Alte Rathaus, wo auch OB-Kandidat Daniel Obermayr und Erich Jörg, Vorsitzender des Bund Naturschutz, kurze Reden halten. Martin Koch vom Fotostudio Koch hat ihnen dafür seinen Balkon zur Verfügung gestellt. Daniel Obermayr freut sich, dass so viele Menschen gekommen sind. Und dass darunter auch welche sind, mit denen er sich „in Sachfragen nicht einig“ ist. Erich Jörg erinnerte einen Wäsenkrieg, dessen Ausgang ebenfalls eine große Errungenschaft für das Klima gewesen sei, und lädt alle Streikenden für Samstagvormittag um zehn in den Wäsen ein, wo das Jubiläum des Kriegs gefeiert wird.

Fridays for Future ist in Lindau mittlerweile zu einer gut organisierten Ortsgruppe gewachsen. „Wir sind jetzt zehn Schülerinnen und Schüler im festen Team“, erklären Emily Schneider und Weda Lanzendorfer, „so lassen sich auch richtige Aktionen planen und durchführen“. Das zeige sich auch in den kommenden Tagen, während der sich die Lindauer Gruppe an der deutschland-

weiten Klimawoche beteiligt. Direkt nach Abschluss der Demo machen sich die Schülerinnen und Schüler, anlässlich des Weltkindertages, auf den Weg zum Laternenbasteln mit jüngeren Kindern in der freien Schule. Am Abend wird es einen Laternenumzug geben und für das Wochenende sind eine Baumpflanzaktion und ein Kleiderkreisel geplant.

„97 Prozent der Wissenschaftler aus 800 Ländern sind sich einig, dass es den menschengemachten Klimawandel gibt“, sagt Weda in ihrem Redebeitrag zum Ende. „Fast alle hier würden lieber zur Schule gehen als für das Klima zu streiken.“

Noch mehr Fotos und Videos gibt es auf

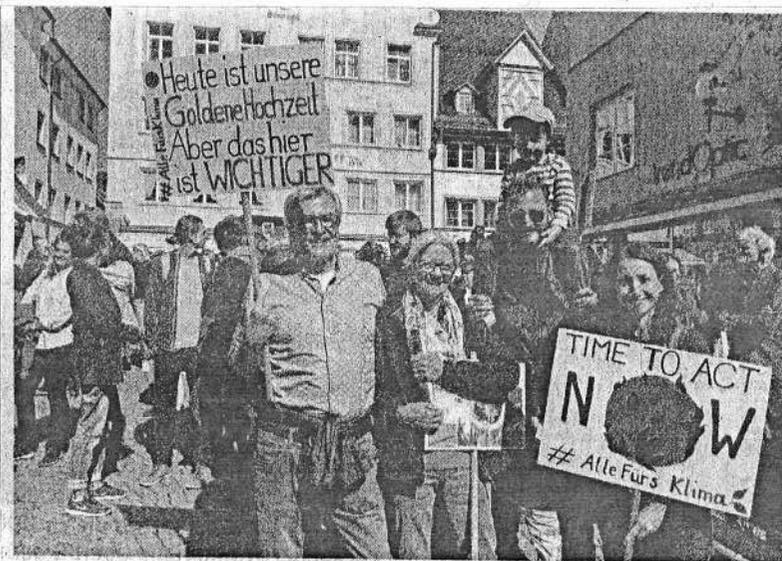
📍 [www.schwaebische.de/klimastreik-li](http://www.schwaebische.de/klimastreik-li)

Der Kleiderkreisel findet am Samstag, 21. September, von 13 bis 15 Uhr an der Freien Schule Lindau statt. Die Baumpflanzaktion am Sonntag, 22. September. Weitere Infos gibt es auf dem Instagram-Kanal der Gruppe: @fridaysforfuture.lindau



Emily Schneider ist eine der Hauptorganisatorinnen.

FOTO: CARINA MÜLLER



Harry und Renate Franken feiern ihre Goldene Hochzeit.

FOTO: ROBERT FRANKEN

LINDENBERG

WA 10.9.19

### Exkursion durch die Lindener Moore

Eine Exkursion durch die Vielfalt der Lindener Moore findet am Freitag, 13. September, mit Isolde Miller vom Bund Naturschutz statt. Miller stellt dabei die Lebensräume und ihre Pflanzen- und Tierwelt vor und erläutert auch, warum gerade die Moorlandschaften besonders wichtig für den Naturhaushalt sind und wie sie geschützt und renaturiert werden können. Treffpunkt der zwei- bis dreistündigen Wanderung ist um 15 Uhr an der Promenade am Waldsee. Die Veranstaltung entfällt bei Regen.

LZ 10.9.19

### Mit Isolde Miller das Moor entdecken

LINDENBERG (Iz) - Bund-Naturschutz-Gebietsbetreuerin Isolde Miller führt am Freitag, 13. September, von 15 bis 17.30 Uhr durch die Lindener Moore. Treffpunkt für die zwei- bis dreistündige Wanderung ist an der Promenade am Waldsee in Lindenberg. Bei starkem Regen entfällt die Veranstaltung.

Der Bereich um den Lindener Waldsee ist laut Bund Naturschutz eine abwechslungsreiche Landschaft. Dort ist deutlich zu sehen, wie die Eiszeit einst das Allgäu geformt hat, und wie unterschiedliche Nutzungen den Charakter der Landschaft prägen. Wälder, Moore, Streuwiesen und Grünland wechseln sich ab. Isolde Miller stellt diese vielfältigen Lebensräume und ihre Pflanzen- und Tierwelt vor. Sie erläutert auch, warum gerade die Moorlandschaften besonders wichtig für den Naturhaushalt sind und wie man sie schützen oder renaturieren kann.

WEILER-SIMMERBERG

WA 23.9.19

### Unterwegs im Plenterwald und den Mooren bei Trogen

Eine dreistündige Wanderung in die Trogener Moore veranstaltet die Gebietsbetreuung des Bund Naturschutz am Freitag, 27. September. Isolde Miller informiert dabei über die Entstehung, Pflege und den Schutz dieses Naturschutzgebietes. Treffpunkt ist um 15 Uhr beim Parkplatz des ehemaligen Gasthofs Traube in Schnellers. Die Veranstaltung entfällt bei Regen.

LZ 22.8.19

### BN wandert durch den Kesselbachtobel

KREIS LINDAU (Iz) - Der Bund Naturschutz lädt an diesem Freitag, 23. August, zu einer Familienwanderung durch den Kesselbachtobel ein. Die Wanderung führt über den Scheffauer Steg nach Hirschbergsau, dann durchs Katzenloch und an der Katzenmühle vorbei zurück nach Scheffau. Teilnehmer sollten für die dreistündige Wanderung eine Brotzeit mitnehmen und gutes Schuhwerk anziehen. Bei starkem Regen fällt die Tour aus. Treffpunkt ist um 14 Uhr beim Sportplatz in Scheffau. Eine Anmeldung ist nicht nötig.

### BUND auf Wanderschaft

REGION (Iz) - Die Gebietsbetreuung des BUND lädt für Dienstag, 8. Oktober, 15 Uhr, im Rahmen der Westallgäuer Wanderwochen zu einer Exkursion durch den Ellhofer Tobel ein. Gebietsbetreuerin Isolde Miller führt durch den Tobel. Treffpunkt ist am Ortsausgang in Richtung Simmerberg. Bei starkem Regen fällt die Exkursion aus. Die Führung ist kostenfrei.

LZ 7.10.19

### Ausflug in die Trogener Moore

LINDAU (Iz) - Der Bund Naturschutz lädt für Freitag, 27. September, ab 9 Uhr zu einer herbstlichen Wanderung in die Trogener Moore ein. Diese sind als Naturschutzgebiet von großer Bedeutung, heißt es in einer Ankündigung.

Dort findet sich eine Kombination aus unterschiedlichen, wertvollen Lebensräumen in direkter Nachbarschaft: Streuwiesen, Hochmoorbereiche - teils renaturiert und die einzigartigen Plenterwälder des Westallgäus. In Begleitung von Gebietsbetreuerin Isolde Miller erfahren die Besucher mehr über die Entstehung, Nutzung, Pflege und den Schutz dieses Naturschutzgebietes. Spannend ist auch der Abstecher zum Geotop 'Emschenstein', eine riesigen Nagelfluhfelsen, der aus dem Sandstein herauspräpariert ist.

Treffpunkt für die etwa dreistündige Wanderung im Rahmen der „Bayern Tour Natur“ und der Allgäuer Wanderwochen ist am ehemaligen Gasthof Traube in Schnellers. Bei Regen entfällt die Veranstaltung.

Teilnehmer aus dem Raum Lindau können sich zur Bildung von Fahrgemeinschaften im Naturschutzhaus melden, Telefon 08382 / 88 75 64 oder E-mail an [isolde.miller@bund-naturschutz.de](mailto:isolde.miller@bund-naturschutz.de)

WA 7.10.19

RÖTHENBACH

### Pläne für Generationendorf scheitern an Umweltschutz

Aus für ein 30-Millionen-Euro-Projekt im Westallgäu: Pläne für ein Generationendorf in Röthenbach sind gescheitert. Der Verbund Allgäu-Stift wollte eine Anlage mit Pflegezentrum und zwölf Häusern bauen, in denen Junge und Alte, Pflegebedürftige und Familien, Menschen mit und ohne Behinderung leben, sich gegenseitig unterstützen und professionell betreut werden. Die Untere Naturschutzbehörde verlangt aber, dass ein 0,4 Hektar großes Toteisloch (ein von Gletscherresten geformter Kessel) und angrenzende Feuchtwiesen erhalten bleiben. Kleiner lasse sich das Konzept aber nicht umsetzen, heißt es bei Allgäu-Stift. Die Gemeinde Röthenbach hat damit einen Konflikt weniger: Gegen das Projekt hatte sich eine Bürgerinitiative formiert. Auch der Bund Naturschutz war dagegen. (aa)

LZ  
23.9.19

# Vermächtnis und Auftrag“: Widerstand lohnt sich

40 Jahre Wäsenkampf – Spaziergang zeigt, was Naturschützer erhalten haben

Von Yvonne Roither

LINDAU - Eindrücklicher als mit diesem Spaziergang hätte der Bund Naturschutz (BN) nicht zeigen können, wie sehr sich der Kampf vor 40 Jahren gelohnt hat: Die etwa 30 Frauen und Männer, die der Einladung des BN in den Wäsen gefolgt sind, haben bei strahlendem Sonnenschein die einzigartige Natur am See genossen. Aus Dankbarkeit für die Menschen, die mit viel Engagement verhindert haben, dass diese Grünflächen zugemauert wurden, hat der BN am Samstag symbolisch vier Bäumchen vor dem Wankel-Gebäude gepflanzt. Die echten werden im Oktober folgen.

„Wenn hier der Anfang gemacht worden wäre, dann wäre jetzt alles zugebaut“, sagt Isolde Miller, Gebietsbetreuerin beim BN, und zeigt auf die grüne Wiese. Die war seinerzeit eine „heiß umstrittene Fläche“, wie Erich Jörg, Vorsitzender des BN, betont. Mit ihrer „Umrundung“ wollten die BN bei einem Spaziergang „einen Eindruck davon erschaffen, was wir erhalten haben“.



Am See Natur und nicht Beton: Der Bund Naturschutz feiert das freie Bodenseeufer am Wäsen mit einem Spaziergang. An der Spitze Erich Jörg (rechts), Vorsitzender des BN, einer der Mitstreiter vor 40 Jahren.

FOTO: YVONNE ROITHER

Text  
Fortsetzung

## „Widerstand lohnt sich“

40 Jahre nach dem Wäsen-Krieg: BN feiert unverbautes Bodenseeufer. Seite 15



FOTO: ROI

# Text Fortsetzung:

## "Vermächtnis und Auftrag: Widerstand...."

### „Demonstration der Freude und der Dankbarkeit“

Den Termin dazu haben die Verantwortlichen genau gewählt. Am 20. September war es genau 40 Jahre her, dass über 1200 Lindauer in der überfüllten Sängerrhalle mit dem Naturschützer Horst Stern und Oberbürgermeister Josef Steurer an der Spitze demonstrierten. Ihr Schlachtruf „Am See Natur und nicht Beton“ wirkt bis heute nach. Auch wenn der BN 40 Jahre später nur eine vergleichsweise kleine Gruppe zu dem morgendlichen Spaziergang inspizieren kann und auch Jörg „etwas mehr erwartet hätte“, kann das die Stimmung nicht trüben. Als er am Ufer spaziert, sagt Jörg: „Da sieht man, dass sich Widerstand lohnt.“ Der Bund Naturschutz wolle sich daher bei allen bedanken, die sich vor 40 Jahren so für den Naturschutz eingesetzt haben.

Einige der damaligen Mitstreiter und Zeitzeugen sind dabei. Gertraud und Klaus Burger, Eckart Prandner, aber auch der frühere Landratsamtsjurist Günter Wiest, der 1979 im bayerischen Umweltministerium arbeitete, reißen sich in die Spaziergänger ein. Auf dem Weg betrachten sie nicht nur alte Zeitungsausschnitte

und Pläne, sondern tauschen auch immer wieder Erinnerungen aus über den Kampf gegen die umstrittenen Bauvorhaben, die Erweiterung des Wankel-Gebäudes und der Bau der Jugendbildungs- und -begegnungsstätte. Zwischendurch gibt es immer wieder einen kleinen Stopp, bei dem BN-Geschäftsstellenleiterin Claudia Grießer, Isolde Miller und die Künstlerin Sibylle Gasch Besinnliches in Form von Hesse- und Rilke-Gedichten rezitieren. Alphornbläser Hermann Kohler umrahmt die einzelnen Etappen vor teils einzigartiger Kulisse musikalisch. Als im Hintergrund Hohentwiel und Zeppelin vorbeiziehen, kommt Gänsehautstimmung auf.

### „Das hätte auch für den Eichwald gelten sollen“

„Das ist eine Demonstration der Freude und Dankbarkeit“, sagt Erich Jörg am Ende des Spaziergangs vor dem Wankel-Gebäude. Er erinnert

an eine „bewegte Zeit über Wochen und Monate“, an das Engagement der Leute aus dem Bürgerkomitee und betont immer wieder: „Wir können uns über das, was damals gelungen ist und der Nachwelt erhalten ist, freuen.“ Schließlich sei der Raum zwischen dem Zeltplatz und dem Leuchtenbergareal der bedeutendste Naherholungsraum in Lindau. Was die Menschen mit dem Kampfspruch „Am See Natur und nicht Beton“ erstritten hätten, sei „Vermächtnis und Auftrag zugleich“. Deshalb kämpfte der Bund Naturschutz auch gegen das Thermen-Projekt. „Was damals für den Wäsen galt, hätte auch für den Eichwald gelten sollen“, so die Überzeugung von Erich Jörg.

Eckart Prandner erinnert daran, dass in den 70er Jahren erst der Landschaftsschutzgedanke erwachte. Bis dahin habe man mehr an die Wirtschaft und den Aufbau gedacht. Als Vorsitzender des Alpenvereins wollte auch er angesichts eines derart

massiven Baukörpers im Naturschutzgebiet Farbe bekennen. „Der Naturschutz der Alpen kann nicht am Pfänderrücken vor unserer Haustüre enden“, so seine Überzeugung. Für ihn war das Wirken von Horst Stern von ausschlaggebender Bedeutung. „Seinen Einsatz sollten wir besonders würdigen.“

„Ich bin heute noch stolz auf diese schöne grüne Wiese, wo wir fast jede Woche laufen“, sagt Gertraud Burger. Dafür habe sie gekämpft, obwohl sie als einzige Frau im Bürgerkomitee auch Anfeindungen ausgesetzt war. Die CSU, der sie damals noch angehörte, wollte sie sogar „beurlauben“. Doch der Einsatz habe sich gelohnt. Anders als im Eichwald, wie sie betont: „Ich hoffe, dass das das letzte schlechte Beispiel ist, und dann am See wirklich Natur und nicht Beton herrscht.“

„Was würde Ihnen diese schöne Natur nutzen, wenn Sie keinen Zugang hätten?“, fragt Günter Wiest. Er

erinnert daran, dass dort in den 70er Jahren Zäune standen und es der „hier viel gescholtenen Landrat Henninger“ gewesen sei, der sich an entsprechende Verhandlungen gemacht habe. Dass man heute diese Natur so genießen könne, sei zwei Faktoren zu verdanken: dem Engagement der Bürgerschaft, die eine Bebauung verhinderte, aber auch „der stillen unspektakulären Arbeit der Behörden“, die sich für den freien Seezugang eingesetzt haben. „Das gehört beides zusammen, obwohl es getrennte Sachverhalte sind.“

Zu den Klängen des Querflötentrios um Stefan Hilger vom MV Wasserburg pflanzen Isolde Miller und Claudia Grießer symbolisch kleine Bäumchen. Die echten sollen Ende Oktober, Anfang November folgen, wenn sie nicht mehr im Laub stehen. Die kleine Feier endet mit einem gemeinsamen Kanon und dem Versprechen, sich auch in Zukunft für die Natur einzusetzen.

# WJ 24.09.19 „Jeder profitiert von einem intakten Wald“

## Forstpolitik Waldbesitzervereinigung Westallgäu wirbt bei Kommunalpolitikern für Wegebau und Holznutzung vor Ort

**Sigmarszell** In Zeiten von Trockenheit, Käferbefall und Sturmschäden sieht die Waldbesitzervereinigung (WBV) Westallgäu im Wald mehr denn je „eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“. Das hat WBV-Geschäftsführer Andreas Täger bei einem forstpolitischen Waldspaziergang in Thumen (Gemeinde Sigmarszell) deutlich gemacht. Mit Blick auf Klimaschutz und Naherholung profitiere letztlich jeder von einem intakten Wald, nicht nur dessen Besitzer bei der Vermarktung.

Allerdings gibt es derzeit große Probleme: Trockenheit und die Folgen von Sturmschäden seien im Landkreis Lindau zwar nicht so markant wie in anderen Regionen Deutschlands, doch Schneebruch gibt es auch hier – und der Borkenkäfer hat sich in den Wäldern des Westallgäus und in Richtung Bodensee ebenfalls breit gemacht.

Wichtig sei deshalb eine rasche Waldpflege, betonte Täger. Doch viele der zahlreichen privaten Waldbesitzer kümmern sich weniger denn je um ihren Wald. „Denn die Holzpreise sind niedrig wie lange nicht“, erklärte WBV-Mitarbeiter Dirk Stapelfeldt. Umso wichtiger sei

es, dass die Kommunen das heimische Holz nutzen, appellierte Täger an die Bürgermeister, Kreisräte und Landrat Elmar Stegmann.

Konkret nannte Täger den möglichen Neubau der Antonio-Huberschule des Landkreises, die in Holz erfolgen sollte. Aber auch die Diskussion um den Ersatz von Holzdecken am Lindenberger Gymnasium griff der WBV-Geschäftsführer auf. Die „öffentliche Hand sollte eine Vorbildfunktion einnehmen“ und nicht auf eine Rigips-Decke wechseln, sagte Täger.

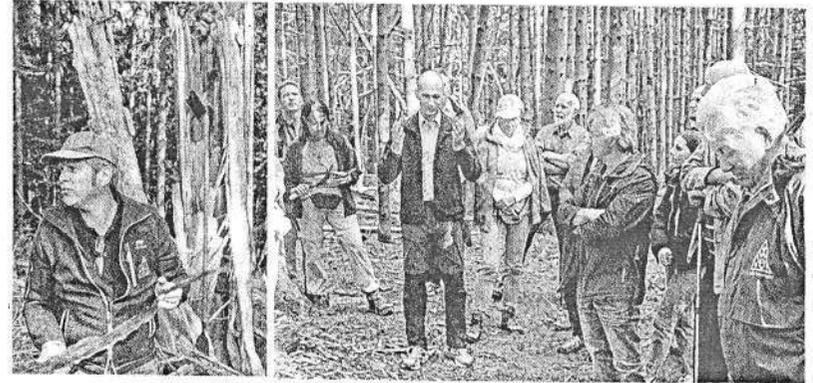
Das Unterholz bei Thumen hatte die WBV nicht zufällig als Ort für den forstpolitischen Waldspaziergang ausgewählt. Denn es befindet sich teilweise in einem kritischen Zustand. Und das liegt vor allem an fehlenden Forstwegen, machte Stapelfeldt deutlich. So sei eine zeitgemäße Waldbewirtschaftung nicht mehr möglich – mit der Folge, dass die notwendige Waldverjüngung nicht stattfinde.

WBV-Vorsitzender Peter Freytag stellte die in vielen Bereichen des Westallgäus vorhandene Vielfalt der Baumarten heraus. Sie bleibe aber nur erhalten, wenn eine regelmäßige

Waldpflege stattfinde. Denn: „Wo nicht gearbeitet wird, bricht der Wald zusammen.“ Isolde Miller vom Bund Naturschutz unterstrich: „Wir brauchen dringend Mischwälder.“ Auch die regelmäßige Arbeit in den Wäldern stellte sie nicht in Frage. Ein Waldumbau in manchen Bereichen sei dringend notwendig. Aber: „Wir brauchen auch Zellen, wo der Wald sich selbst überlassen ist.“ Ein gutes Beispiel für sie ist die Rohrachschlucht: „Hier haben auch Urwaldrelikte ihre Chance.“

Wie groß die Probleme vor Ort sein können, zeigte der frühere Sigmarszeller Bürgermeister Walter Matzner anhand eines Weges im Unterholz auf. Dieser habe nach einem Hangrutsch seine Funktion als Zufahrtsweg nicht mehr erfüllt. Doch selbst nach drei Jahren voller Gespräche mit den Forsteigentümern sei keine Einigung möglich gewesen, um den Weg neu zu bauen. Die Folge: Zahlreiche Waldparzellen lassen sich derzeit nicht anfahren, also auch nicht bewirtschaften.

Eine Rolle spiele dabei, dass es oft viele kleine Waldgrundstücke mit verschiedenen Besitzern gibt, die größtenteils durch Erbteilung ent-



Was den Waldbesitzern Sorgen bereitet, erfuhren Kommunalpolitiker beim forstpolitischen Waldspaziergang in Thumen. Dirk Stapelfeldt (links) zeigte den Teilnehmern eine vom Borkenkäfer befallene Rinde – und stand dabei vor einem vom Schneebruch zerstörten Baum, dessen Reste bis heute nicht entfernt wurden. Fotos: Olaf Winkler

standen sind. Eine Forstflurneuerung könne eine Lösung sein, sagte Stapelfeldt. Aber er weiß aus Erfahrung: Der Tausch von Grundstücken sei selbst innerhalb von Familien „so etwas von schwierig“.

Wenn sich Waldbesitzer nicht um ihren Wald kümmern, sollte die Kommune oder der Landkreis eingreifen, schlug Stapelfeldt vor. Diese sogenannte Ersatzvornahme beurteilte Landrat Stegmann als „kritisch“ und müsse im Einzelfall genau betrachtet werden. Die Kom-

munalpolitik könne rund um die Probleme der Waldbesitzer wenig leisten, sagte der Landrat. Hier sei der Freistaat oder der Bund gefragt.

Die angemahnte Nutzung des Holzes gebe es hingegen längst. Der Landkreis prüfe bei allen Bauvorhaben, ob sich heimisches Holz verwenden lasse. Das sei aber nicht immer so einfach. Das Aufstocken der Mittelschule für die Antonio-Huberschule mit einer Holzkonstruktion ist laut Stegmann beispielsweise nicht möglich. (ovi)

WA 27.9.19

# „Wir werden unseren Weg gehen“

WA 27.09.19

**Verfahren** Der Bund Naturschutz klagt gegen das interkommunale Gewerbegebiet im Argental und sieht darin einen Präzedenzfall in Bayern. Zweckverbandsvorsitzender Buhmann sieht dem Gerichtsverfahren gelassen entgegen

VON ANJA WORSCHKECH

**Argental** Der Bund Naturschutz (BN) wird Klage gegen das Interkommunale Gewerbegebiet im Argental einreichen. Das hat der Vorsitzende der Kreisgruppe, Erich Jörg, gestern mitgeteilt. Überraschend kommt das für den Vorsitzenden des Zweckverbandes, Johannes Buhmann, nicht. Der Bebauungsplan ist vergangene Woche vom Landratsamt genehmigt und kürzlich im Gemeindeblatt veröffentlicht worden. Damit ist dieser rechtskräftig – und Klagen sind möglich. Buhmann reagiert gelassen auf das Verfahren, dass die BN-Kreisgruppe Lindau verfolgt: „Wir werden unseren Weg gehen und keine Veränderungen vornehmen.“ Alle Vorwürfe seien nicht neu, sagt Buhmann, sondern in den vergangenen Jahren „bereits

x-mal“ diskutiert worden. Die Bagger sollen Mitte September rollen.

Der Bund Naturschutz würde das am liebsten verhindern und klagt gegen den Zweckverband und das geplante Gewerbegebiet „In der Au“ vor dem bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München. Der BN kritisiert, dass das geplante Gewerbegebiet zwischen den Kreisstraßen der Gemeinden Gestratz und Grünenbach in freier Landschaft und einem landschaftlichen Vorbehaltsgebiet liegt, das an keine Siedlungsstrukturen angebunden sei. „Wir haben von Beginn an diesen Standort als indiskutabel angesehen, weil er in eklatanter Weise die Westallgäuer Kultur- und Naturlandschaft zersiedelt und damit zerstört“, sagt Erich Jörg, Lindauer Kreisvorsitzende des BN. Als Vorbehaltsgebiet bezeichnet der Freistaat Gebiete, die nicht als

Naturschutzgebiete gelten, aber vorrangig der Landschaft dienen sollten, so Jörg. Solche Flächen seien demnach nicht für Sportstätten, Golfplätze oder eben Gewerbegebiete bestimmt. Diese Einteilung des Freistaates ist jedoch keine Vorschrift. Zudem hält der BN dem Zweckverband vor, nicht „ernst gemeint“ nach alternativen Standorten gesucht zu haben und befürchtet massiven Lkw-Verkehr durch das Projekt.

Buhmann sieht diese Sorgen als unbegründet, schließlich seien schon zu Beginn des Vorhabens Gutachten erstellt worden, die diesen Fragen nachgegangen seien. Dabei kam heraus, dass das Gebiet keine hochwertige Qualität für eine landwirtschaftliche Nutzung habe, da der Standort sehr feucht sei. Das Gewerbegebiet steht auf dem Gelände einer ehemaligen Kiesgrube, die

abgetragen, aber nicht aufgeschüttet wurde, erklärt er. Zudem wolle der Zweckverband dort kein Fuhrunternehmen ansiedeln. Es gehe um kleine und mittelständische Unternehmen, sagt Buhmann. Es werde Verkehr geben, vor allem aber von den Leuten, die dorthin zu Arbeit fahren. Zudem wurde die knapp sieben Hektar große Fläche extra so ausgewählt, dass sie über die Kreisstraßen für alle beteiligten Gemeinden gut erreichbar ist.

Der Zweckverband habe eine Standortanalyse gemacht und verschiedene Möglichkeiten in Maierhöfen und Schönau geprüft, sagt Buhmann. Oft sei es aber an der Tatsache gescheitert, dass die Grundstücke nicht zur Verfügung standen. Der Zweckverband beruft sich auf das Landesentwicklungsprogramm (LEP), das im Jahr 2017 geändert

wurde. Demnach sind interkommunale Gewerbegebiete in freier Landschaft in Ausnahmefällen zulässig, wenn es das Orts- und Landschaftsbild nicht beeinträchtigt und zerstört.

Der BN sieht einen gravierenden Eingriff und hat schon im Vorfeld der Klage ein Gutachten erstellen lassen, das er dem Gericht vorlegen will. „Wer diesen gravierenden Eingriff hier verneine, dem ist wohl nichts mehr heilig“, sagt der Kreisvorsitzende. Die Klage ist laut Jörg ein Präzedenzfall, weil die Thematik um die Ausnahmefälle bayernweit noch nicht geklärt ist. Diese wird derzeit vom Verwaltungsgericht geprüft. Der Baustart des Gewerbegebietes ist auf eigenes Risiko des Bauherren rechtens, teilt das Landratsamt mit. Falls der Klage später statt gegeben werde, müsse er mit Konsequenzen rechnen.

AZ

28.9.19

# Allgäu-Rundschau

SAMSTAG, 28. SEPTEMBER 2019 NR. 225

[www.all-in.de](http://www.all-in.de)

## Was passiert mit unserem Müll?

**Entsorgung** Auf Allgäuer Wertstoffhöfen landen jedes Jahr Hunderttausende Tonnen an Abfall. Vieles wird wiederverwertet oder für die Erzeugung von Strom verbrannt. Ein geringer Teil geht ins Ausland

Bild u. Text



# Bild und Text zu

## „Was passiert mit unserem Müll?“

VON FELIX FUTSCHIK

Allgäu „Man sieht auf den Bildern im Fernsehen ja auch Verpackungen aus Deutschland“, sagt Karl Heinz Lumer, Geschäftsführer des Zweckverbands für Abfallwirtschaft Kempten (ZAK). Er meint damit die Bilder von Plastikmüll an Stränden oder in Meeren, die in den Nachrichten gezeigt werden. Der Frage, was mit den Plastikverpackungen aus dem Allgäu passiert, gehen jetzt der ZAK und der Lindauer Bund Naturschutz (BUND) nach. BUND-Kreisvorsitzender Ulrich Jörg will in einem Brief an den Zweckverband wissen, „was mit dem gesammelten Plastikmüll aus den Wertstoffhöfen und -inseln geschieht“. Doch die Antwort müssten andere geben, sagt Lumer. Denn der ZAK sammle zwar den Restmüll und die Wertstoffe, doch die Verantwortung, was damit passiert, liege bei den Dualen Systemen (siehe Infokasten).

Im vergangenen Jahr sind im ZAK-Gebiet (Kempten, Landkreise Oberallgäu und Lindau) insgesamt knapp 166.000 Tonnen Abfall angefallen: also beispielsweise Bioabfälle, Restmüll, Altpapier und Leichtverpackungen. „Unter Leichtverpackungen fallen zum Beispiel die Salsami-Packungen“, sagt Lumer – und diese landen im Gelben Sack. Etwa 4000 Tonnen Plastikmüll sind 2018 zusammengekommen. Gesammelt vom ZAK, weiterverwertet von den Dualen Systemen.



4000 Tonnen Plastikmüll, sogenannte Leichtverpackungen, sind im ZAK-Verband 2018 angefallen. Im Ostallgäu sind es 2700 Tonnen pro Jahr. Laut den Unternehmen, die für die Sortierung verantwortlich sind, gelangt davon ein kleiner Teil zur Weiterverarbeitung im Ausland.

Archivfoto: Ralf Lienert

### Was steckt hinter dem Dualen System?

● **Entstehung** Hintergrund des Dualen Systems (DS) war die 1991 in Kraft getretene Verpackungsverordnung. Darin wurde die Wirtschaft dazu verpflichtet, in Umlauf gebrachte Verpa-

ckungen einer Verwertung zurückzuführen. So entstand neben dem kommunalen ein weiteres Abfallsystem mit heute neun Anbietern.

● **Ziel** Damit sollen Verpackungen lan-

ge und ressourcenschonend im Wertstoffkreislauf bleiben.

● **Kontrolle** Die Unternehmen des DS arbeiten mit zertifizierten Firmen zusammen, die von Sachverständigen

kontrolliert werden. Damit das Plastik den Kreislauf nicht verlässt, wird es dokumentiert. Die Daten geben Auskunft über die Sammlung, Sortierung und Verwertung. (fut)

# Was mit unserem Müll passiert 22.10.19

## Entsorgung: Auf Allgäuer Wertstoffhöfen landen jedes Jahr Hunderttausende Tonnen an Abfall

Von Felix Futschik

KREIS LINDAU - „Man sieht auf den Bildern im Fernsehen ja auch Verpackungen aus Deutschland“, sagt Karl-Heinz Lumer, Geschäftsführer des Zweckverbands für Abfallwirtschaft Kempten (ZAK). Er meint damit die Bilder von Plastikmüll an Stränden oder in Meeren, die in den Nachrichten gezeigt werden. Der Frage, was mit den Plastikverpackungen aus dem Allgäu passiert, gehen jetzt der ZAK und der Lindauer Bund Naturschutz (BN) nach. BN-Kreisvorsitzender Erich Jörg will in einem Brief an den Zweckverband wissen, „was mit dem gesammelten Plastikmüll aus den Wertstoffhöfen und -inseln geschieht“. Doch die Antwort müssten andere geben, sagt Lumer. Denn der ZAK sammle zwar den Restmüll und die Wertstoffe, doch die Verantwortung, was damit passiert, liege bei den Dualen Systemen.

Im vergangenen Jahr sind im ZAK-Gebiet (Kempten, Landkreise Oberallgäu und Lindau) insgesamt knapp 166 000 Tonnen Abfall angefallen: also beispielsweise Bioabfälle, Restmüll, Altpapier und Leichtverpackungen. „Unter Leichtverpackungen fallen zum Beispiel die Salami-Packungen“, sagt Lumer – und diese landen im Gelben Sack. Etwa 4000 Tonnen Plastikmüll sind 2018 zusammengekommen. Gesammelt vom ZAK, weiterverwertet von den Dualen Systemen.

### Sortiert wird in Deutschland

Beim ZAK-Verband ist für diese Verpackungen das Unternehmen Zentek in Köln zuständig. Für Zentek übernimmt wiederum die Firma „Heinz Entsorgung“ in München die weitere Sortierung. Laut Zentek-Pressesprecherin Sandra Gaffry erfolgt diese Sortierung ausschließlich in Deutschland – die Verwertung finde ebenfalls im Bundesgebiet und zum Teil auch im Ausland statt. „Eine genaue Angabe über die Verwertung der Plastikverpackungen vom ZAK ist nicht möglich“, antwortet Gaffry auf Nachfrage unserer Zeitung. Denn



Etwa 4000 Tonnen Plastikmüll, sogenannte Leichtverpackungen, sammelt der ZAK jedes Jahr in seinen Wertstoffhöfen, wie hier in Lindau. Ein Teil davon gelangt ins Ausland.

ARCHIVFOTO: CHRISTIAN FLEMMING

mehrere Bereiche aus Bayern, unter anderem das ZAK-Gebiet, werden zusammen erfasst. Aus diesem Bereich bleiben 84 Prozent in Deutschland, etwa sieben Prozent gehen nach Luxemburg und Österreich, ein geringer Teil in die Niederlande (1,1 Prozent) und Italien (0,3 Prozent). „Sie werden weiter aufbereitet und meist als Regranulat dem Wertstoffkreislauf zurückgeführt“, sagt Otto Heinz, Geschäftsführer von „Heinz Entsorgung“. Er nennt ein Beispiel: „Als wiederverwerteter Stoff erhalten die Materialien dann ein zweites Leben, etwa als Getränkekasten.“

Rund 40 Prozent des angelieferten Plastikmülls werde, weil er nicht recycelbar ist, energetisch verwertet. Konkret: Er wird für die Erzeugung von Strom und Wärme verbrannt.

### 500 Kilo Abfall pro Person

Jeder Bürger aus dem ZAK-Gebiet verursacht durchschnittlich laut Lumer etwa eine halbe Tonne Abfall pro Jahr. Der Teil, der nicht an die Dualen Systeme geht, liegt in der Verantwortung des ZAK. Davon gehen etwa 30 Prozent in die Verbrennungsanlage, der Rest wird laut Lumer in Deutschland wiederverwer-

tet. Zum Beispiel wird Bauschutt für den Bau von Straßen oder Lärmschutzwänden verwendet.

Der Landkreis Ostallgäu sammelt laut Pressesprecher Thomas Brandl pro Jahr etwa 75 000 Tonnen Abfälle aus Haushalten. Drei Viertel davon sind Wertstoffe, also Altpapier, Altglas, Bauschutt und pflanzliche Abfälle. Daraus wird beispielsweise Kompost gemacht, der als Dünger eingesetzt wird.

Die Abfälle werden laut Brandl nur an Betriebe in Deutschland weitergegeben. Das Ostallgäu sammelt die Plastikverpackungen nicht im

gelben, sondern im grünen Sack. Im Jahr sind dies etwa 2 700 Tonnen.

Das Duale System Grüner Punkt mit Sitz in Köln übernimmt die Weiterverwertung für das Ostallgäu. „93 Prozent der gesammelten Abfälle bleiben in Deutschland“, sagt Pressesprecher Norbert Völl. Zum Beispiel in Eisfeld in Thüringen: Aus der Verpackung von Gummibärchen etwa wird dort Granulat hergestellt, das wiederum für neue Produkte benötigt wird. „Wir arbeiten auch daran, dass zukünftig aus alten Folien wieder neue gemacht werden können“, sagt Norbert Völl.

WA 2.10.19

# Zweckverband hält trotz Kritik an Plänen fest

**Interkommunales Gewerbegebiet** Während der Bund Naturschutz klagt, will Vorsitzender Johannes Buhmann mit dem Beschluss ein Signal setzen. Die Räte sehen die Verkehrsbelastung vertretbar, es gibt aber eine Gegenstimme

VON ANJA WORSCHER

**Gestratz** Der Zweckverband hält an der Erschließung des Interkommunalen Gewerbegebiets „In der Au“ fest. Das hat der Verband bei seiner Versammlung beschlossen. Kontroverse Diskussionen gab es wegen der Klage des Bund Naturschutz samt Eilantrag allerdings nicht – zumindest nicht im öffentlichen Teil der Sitzung. Einzelne Zweckverbandsräte erklärten nur kurz ihre Position. Franz-Peter Seidl stimmte als einziger gegen eine Erschließung, da man nie wisse, wie eine solche Klage ausgehe.

Auf 6,4 Hektar Fläche soll das gemeindeübergreifende Gewerbegebiet zwischen Gestratz und Grünenbach entstehen und Platz für kleine und mittelständische Unternehmen schaffen. 4,2 Hektar Fläche werden im Gegenzug dazu ökologisch aufgewertet, erklärte Buhmann. Er betonte bei der Versammlung erneut, das Gebiet „in die Landschaft einbetten“ und „mit der Natur, statt gegen die Natur“ arbeiten zu wollen. Möglich wurde dieses Vorhaben erst durch eine Auflockerung des sogenannten Anbindegebots im Landesentwicklungsprogramm. Bis 2017 galt die Regel, dass Baugebiete nur angrenzend an bestehende Siedlungen ausgewiesen werden dürfen, um eine Zersiedelung zu vermeiden und Freiflächen zu erhalten. Jetzt gibt es Ausnahmen für Interkommunale Gewerbegebiete.



Die Projektgegner haben auf der Fläche des geplanten Gewerbegebiets zwischen Gestratz und Grünenbach ein Plakat aufgestellt, um ihren Unmut über den Flächenverbrauch zum Ausdruck zu bringen. Der Zweckverband hält an seinem Vorhaben fest. Verbandsrat Winfried Holzer kritisierte den unsachlichen Ton, der ihm von einzelnen Bürgern aufgrund des Projekts entgegenschlägt.



# Text-Fortsetzung "Zweckverband hält trotz . . . ."

In der Öffentlichkeit regt sich seit Beginn der Planungen für das Gewerbegebiet Widerstand. Der Bund Naturschutz (BUND) klagt per Eilverfahren gegen das Bauvorhaben, um einen sofortigen Baustopp zu erwirken. Auch beim Spatenstich Mitte September kamen einige Projektgegner aus den umliegenden Gemeinden, um zu protestieren. Seit kurzem hängt auch ein Plakat neben den Aufstellern der Baufirma mit der ironischen Aufschrift: „Mörtel her, Mörtel her, die Wanne ist schon wieder leer. Dort hinten ist noch grün zu sehn, es wird in grau bald untergehn.“ Die Kritik der Gegner bezieht sich auf den Flächenverbrauch und das Verkehrsaufkommen.

Johannes Buhmann sieht in der

Klage des BUND keine Veranlassung, sich „von unserem Weg abbringen zu lassen.“ Dem Vorhaben liege ein genehmigter Bebauungsplan durch das Landratsamt und der Regierung von Schwaben zugrunde, sagte Buhmann. Zudem sei in einem Gutachten detailliert das Verkehrsaufkommen analysiert worden. Der Berechnung geht die Annahme voraus, dass im Gewerbegebiet maximal 320 Mitarbeiter beschäftigt sein werden. In dem Gutachten ist von etwa 1000 Fahrzeugen die Rede, die sich zu zwei Dritteln auf Grünenbach und zu einem Drittel auf Gestratz verteilen. Das seien in der Stunde maximal 25 Autos mehr in Gestratz, sagte Buhmann. Auch Grünenbachs

Bürgermeister Markus Eugler sieht die Anzahl für seine Gemeinde vertretbar, wenn man bedenke, dass sich die rund 600 Fahrzeuge über den ganzen Tag verteilen. Aktuell liege das Verkehrsaufkommen im Ort bei etwa 3500 Fahrzeugen pro Tag, sagte Eugler. Der Großteil der Grünenbacher komme mit dem Verkehrsaufkommen zurecht, sagte Eugler.

Franz-Peter Seidl stimmte als einziger gegen den Beschluss, mit der Erschließung fortzufahren. Der Fachanwalt für Verwaltungsrecht machte aber deutlich, dass er damit nicht das Projekt anzweifelt. Der Bebauungsplan sei von den übergeordneten Behörden nicht leichtfertig genehmigt worden. Zudem er-

klärte Seidl, dass bei Gutachten immer auch ein Mengenzuschlag mit einberechnet werde. „Jeder Gutachter weiß, dass er eventuell vor Gericht landet.“ Daher seien die 1000 Fahrzeuge großzügig kalkuliert.

Auch bei der Klage des BUND gebe es nichts zu beanstanden, das sei absolut rechtens. Seidl machte aber deutlich, dass bei der weiteren Erschließung des Gebiets Steuergelder in die Hand genommen werden. „Und wir müssen ehrlich und fair sein – keiner kann abschließend sagen, wie die Klage beschieden wird.“ Sein Vorschlag lautete daher, abzuwarten, bis das Eilverfahren entschieden ist. Klagen könne man nur, wenn ein genehmigter Bebau-

ungsplan vorliegt, stellte Buhmann klar. Und auch dieser habe bereits Geld gekostet, argumentierte er. Bürgermeister Höß erkundigte sich, wie lange ein solches Eilverfahren in der Regel dauere und ob es daher sinnvoll sei, die Wintermonate – in denen sowieso keine Bautätigkeiten möglich sind – abzuwarten.

## Eilverfahren dauert halbes Jahr

Mit etwa sechs Monaten sei zu rechnen, erklärte Buhmann. Ihm sei es aber wichtig, „ein Signal zu setzen“, da der Bebauungsplan akribisch ausgearbeitet und genehmigt wurde. Der Zweckverband sieht daher keinen Anlass, das Bauprojekt zu stoppen.

WA 5.10.19

# Das Generationendorf ist vom Tisch

**Modellprojekt** Allgäu-Stift scheitert mit seinem Vorhaben in Oberhäuser an einem Biotop. In kleiner Variante lässt sich das innovative Konzept nicht umsetzen, erklärt Vorstandsvorsitzender Prestel. Jetzt stellt sich die Frage, was noch möglich ist

VON INGRID GROHE

**Röthenbach** Es sollte ein Projekt mit Modellcharakter sein. Ein Zukunftskonzept, wie es laut den Initiatoren in ganz Deutschland noch nicht realisiert wurde. Allgäu-Stift wollte beim Josefsheim in Röthenbach ein Generationendorf bauen, in dem Junge und Alte, Pflegebedürftige und Familien, Menschen mit und ohne Behinderung in bezahlbaren Wohnungen leben und sich gegenseitig unterstützen. Zugleich war geplant, alle Formen professioneller Betreuung anzubieten. Das ambitionierte und kontrovers diskutierte Vorhaben scheitert nun am Umweltschutz. Bei einem Behördentermin am Landratsamt erklärte die Untere Naturschutzbehörde, dass nicht nur ein 0,4 Hektar großes Toteisloch ausgespart bleiben muss, sondern auch die angrenzenden Nass- und Feuchtwiesen.

Die Gemeinde Röthenbach hat damit ein konfliktträchtiges Thema

weniger. Gegen das 30-Millionen-Projekt hatte sich eine Bürgerinitiative formiert, die über 500 Unterschriften sammelte. Auch die Kreisgruppe des Bund Naturschutz positionierte sich klar. Ein Hauptargument der Gegner war die Dimension der geplanten Siedlung, die aus zwölf Häusern mit 100 Wohnungen und einem Pflegezentrum bestehen sollte. Sie verwiesen auf Flächenversiegelung, Verkehr und Eingriff in die gewachsene Dorfstruktur.

Dass Allgäu-Stift nun gescheitert ist, liegt an einem sogenannten Toteisloch auf dem überplanten Gelände. Es ist nach der letzten Eiszeit, vor gut 10 000 Jahren, entstanden, als eine abflusslose Senke verlandete und Moor entstand. Hier entwickelte sich eine besondere Flora mit seltenen Orchideen und gefährdeten Pflanzenarten. Seit 1997 ist die Senke als Biotop kartiert.

Diese Senke hatten Allgäustift und seine Planer durchaus im Blick und erklärten wiederholt, das Bio-

top erhalten, beziehungsweise renaturieren zu wollen. Sie hatten allerdings nicht damit gerechnet, auch die umgebenden Feuchtwiesen nicht bebauen zu dürfen. „Wir haben das Biotop eher unter dem Aspekt Amphibien und Kleintiere gesehen und deshalb einen großen Bogen darum gemacht“, sagt Dr. Philipp Prestel, Vorstandsvorsitzender der gemeinnützigen Stiftungsgesellschaft Allgäu-Stift. Zudem habe eine Machbarkeitsstudie ergeben, dass das Vorhaben „grundsätzlich möglich“ sei.

Überrascht waren laut Prestel die Planer wie auch die Vertreter von Allgäu-Stift, „dass das Landratsamt nicht nur die Bodensenke mit Toteisloch, sondern auch einen nicht unwesentlichen Teil der angrenzenden Wiesenflächen wegen dieses Toteislochs als nicht bebaubar bewertet“. Dass es die Feuchtwiesen zum schützenswerten Biotop zählt, hat das Landratsamt indes bereits im April auf Nachfrage des *Westallgäu-*

*ers* erklärt. Die Projektentwickler freilich hofften, dass die Behörde „einen gewissen Ermessensspielraum hat und diesen zugunsten des Generationendorfs nutzt“.

Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Und da nun ein „nicht unwesentlicher Teil der vorgesehenen Fläche“ nicht mehr zur Verfügung steht, sei das Konzept des integrativen Generationendorfs für 180 bis 200 Menschen an diesem Standort nicht realisierbar, sagt Philipp Prestel. Es gehe jetzt lediglich um eine reine Wohn- und Betreuungsplatzlösung für halb so viele Bewohner.

## Im Kleinformat nicht möglich

Bei einem erneuten Termin im Landratsamt will Allgäu-Stift nächstens erörtern, was auf der Restfläche möglich ist. „Wir prüfen, ob in Röthenbach-Oberhäuser eine inhaltlich und kapazitätsmäßig auf die neue Situation angepasste Quartiersentwicklung mit barrierefreiem Wohnangebot für Menschen mit

und ohne Handicap sinnvoll und machbar ist“, sagt Prestel und stellt zugleich klar: „Das wird kein Generationendorf im Kleinformat.“

In einer kleineren Variante lassen sich laut Prestel die vielen Bausteine des ursprünglichen Konzepts nicht realisieren. Er nennt als Beispiele niederschwellige Angebote für Menschen mit Behinderung, Familien- und Kinderangebote sowie Integrationsmodelle. Um solche Visionen nachhaltig umzusetzen, sei professionelle Begleitung und Koordination nötig. „Unser Konzept war gut durchdacht“, betont Prestel.

Der Röthenbacher Bürgermeister Stephan Höß sagt zu den aktuellen Entwicklungen: „Das wäre ein interessantes Projekt gewesen, aber an dieser Stelle eine Nummer zu groß.“ Allgäu-Stift gibt die Idee des integrativen Generationendorfs nicht ganz auf. Man führe andernorts Gespräche, erklärt Philipp Prestel. Allerdings nicht im Landkreis Lindau.

Bild ↓

Bild zu

"Das Generationendorf ist vom Tisch"

WT 5.10.19



Allgäu-Stift hatte Großes vor auf einem etwa 3,8 Hektar großen Gelände beim Josefsheim in Röthenbach. Die Idee eines integrativen Generationendorfs ist jedoch geplatzt. Laut Landratsamt gehören die Nass- und Feuchtwiesen um das Toteisloch (braune Fläche) zum schützenswerten Biotop und dürfen darum nicht bebaut werden. Für das ursprünglich geplante Projekt reicht somit die zur Verfügung stehende Fläche nicht. Fotos: Grohe

W\*  
8.10.  
19

# Soll Scheidegg das Feriendorf Saarland abreißen?

**Flächenfraß** Der Bund Naturschutz schlägt das der Gemeinde vor. Mit einer Renaturierung könne sie ein „einmaliges Signal“ senden. Bürgermeister Uli Pfanner lehnt das ab und argumentiert dabei auch mit dem Klimaschutz

**Scheidegg** Die Gemeinde Scheidegg soll das frühere Feriendorf Saarland in Ostkinberg abreißen und das Gelände renaturieren. Das schlägt der Bund Naturschutz vor. Dessen Kreisvorsitzender Erich Jörg spricht von einem „Leuchtturmprojekt“, das Scheidegg schaffen könnte. Bürgermeister Ulrich Pfanner hat das Ansinnen postwendend abgelehnt. Er verweist auf die Verantwortung der politisch Handelnden für die Finanzen der Gemeinde. „Eine Renaturierung und Aufgabe der bestehenden rechtlich zulässigen Nutzung des Geländes käme wirtschaftlich beinahe einem Totalverlust gleich“, schreibt er. Pfanner argumentiert allerdings auch mit dem Flächenverbrauch, wenn es um die künftige Nutzung des Areals geht.

Das Feriendorf gehört seit dem Jahr 2012 der Marktgemeinde. Sie hat es damals von einem Insolvenzverwalter übernommen. Der rechtsgültige Bebauungsplan sieht für das Areal eine touristische Nutzung vor. Die hat die Gemeinde auch im Sinn. Sie strebt eine Anlage für Familien an. Seit geraumer Zeit laufen Gesprä-

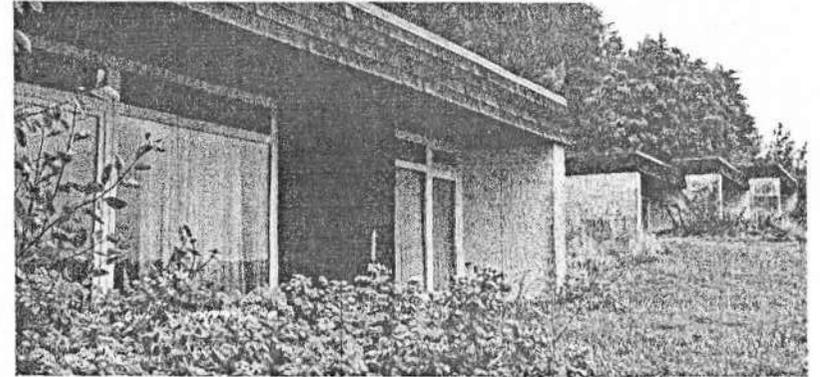
che mit einem Projektentwickler, die aus Sicht der Gemeinde auch erfolgversprechend sind.

Ursprünglich wollte die Gemeinde das Thema heuer weiter vorantreiben. Allerdings ist es in der Priorität etwas nach hinten gerutscht. Grund: Die Gemeinde arbeitet aktuell an einem Projekt für altengerechtes Wohnen am Seniorenheim St. Vinzenz. Ein entsprechender Bebauungsplan soll demnächst auf den Weg gebracht werden, bestätigt Bürgermeister Pfanner. „Das beschäftigt uns intensiv.“

Freilich will die Verwaltung auch eine Nachnutzung des Feriendorf-Areals weiter verfolgen. Dagegen regt der BN eine Renaturierung der Flächen an. Damit könne Scheidegg bundesweit punkten und ein einmaliges Signal setzen, wie dem Flächenfraß begegnet werden kann, schreibt Jörg. Die bayerische Staatsregierung, so der BN-Kreisvorsitzende, „würde das gebührend zur Kenntnis nehmen“. Grundsätzlich sieht Jörg den Tourismus an einer Grenze angelangt. Und er zweifelt angesichts der 550 000 Übernachtungen

in Scheidegg am Sinn weiteren Wachstums. „Besteht nicht die Gefahr, mit dem Aus- und Neubau von neuen Ferienanlagen einen Übertourismus zu erzeugen?“, schreibt Jörg.

Den „20-jährigen Stillstand am Ostkinberg“ wertet er als Zeichen für eine Sättigung des Tourismusmarktes für Ferienanlagen in freier Landschaft und bezweifelt, dass die Gemeinde einen Investor und Betreiber findet. In seinem Schreiben an den Bürgermeister verweist er auch auf die Bemühungen der Gemeinde in Sachen Energieeinsparung und Erzeugung von Ökostrom. Jörg: „Mit der Renaturierung könnte der Markt Scheidegg in einem weiteren Umweltschutzsegment eine herausragende Vorreiterrolle einnehmen.“ Mit einem entsprechenden Vorschlag war der BN allerdings bereits vor fünf Jahren gescheitert. Das ist wohl auch diesmal so. Jedenfalls weist der Rathauschef das Ansinnen zurück. Bürgermeister und Gemeinderäte seien verpflichtet, sorgsam mit dem Vermögen des Marktes umzugehen.



Abbruchreif sind die Bungalows des früheren Feriendorfes in Ostkinberg. Foto: cm

Dazu gehöre es, Vermögensverluste zu vermeiden, schreibt Pfanner. Bei Verstößen könnten die politisch Handelnden – Bürgermeister und Gemeinderäte – aber auch leitende Verwaltungsangestellte, schadensersatzpflichtig werden.

Zudem argumentiert der Bürgermeister auch mit dem Naturschutz. Im Zeitalter des weltweiten Tourismus' und einer beginnenden Klimaerwärmung werde sich der Tourismussektor stark wandeln. Urlaub zu Hause beziehungsweise im eigenen Land werde weiter zunehmen

und dazu beitragen, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu senken.

Um die nötigen Beherbergungskapazitäten zu schaffen, sei es grundsätzlich sinnvoll, brach liegendes Gelände zu nutzen. „Hier habe ich bereits eine gefressene Fläche“, sagt Pfanner. Und sollte der Markt tatsächlich gesättigt sein, wie Jörg annehme, werde sich kein Investor und Betreiber finden. Andernfalls „können wir einen Beitrag zu einem sinnvollen, regionalen und dadurch auch ökologischen Tourismusangebot leisten“. (pem)

# Spitze in Sachen Klimaschutz und Energieeinsparung

**Auszeichnung** Die Marktgemeinde Scheidegg hat gestern in Locarno mit dem zweitbesten Ergebnis der bayerischen Kommunen den European Energy Award in Gold erhalten. Damit werden zehnjährige Bemühungen belohnt

**Scheidegg** Die Marktgemeinde Scheidegg gilt im Allgäu als Vorreiter in Sachen Energieeinsparung und Klimaschutz. Das hat sie jetzt auch schwarz auf weiß. Eine Abordnung der Marktgemeinde hat gestern in Locarno den European Energy Award (EEA) in Gold erhalten. Bürgermeister Uli Pfanner wertet das als „Bestätigung für unsere jahrelangen intensiven Bemühungen“.

Seit gut einem Jahrzehnt beteiligt sich Scheidegg am EEA. Bei dem Zertifizierungsverfahren vergeben unabhängige Fachleute Punkte für die Anstrengungen von Kommunen in Sachen Energieeffizienz und Klimaschutz. Mit einer Zielerreichung von 79 Prozent liegt Scheidegg im Landkreis Lindau auf Platz eins. Im bayernweiten Vergleich hat Scheidegg das zweitbeste Ergebnis aller teilnehmenden EEA-Kommunen erreicht.

Die Verleihung von „Gold“ kommt nicht ganz überraschend. Als am Abend des 26. Juni das Scheidegger Energieteam das entsprechende Prüfverfahren überstanden hatte, waren die Mitglieder bereits positiv



Vertreter der Gemeinde Scheidegg und des Energieteams haben gestern Abend in Locarno die Auszeichnung entgegengenommen (von links): Ernst Dallner, Frank Seidel (Energieteamleiter), Bürgermeister Ulrich Pfanner, Jürgen Hörmann, Johannes Strasser (Europapräsident der EEA-Organisationen), Claus Seiser, Heidi Schön (Klimaschutzberaterin eza), Herbert Reichardt, Joe Scheifele, Kurt Gretter, Roland Schlechta, Gustav Ebersmann und Petra Symelka.

Foto: Gemeinde

gestimmt. Das endgültige Ergebnis des Audits war allerdings noch nicht bekannt.

Die Auszeichnung kommt nicht von ungefähr. Die Gemeinde hat in den vergangenen zehn Jahren erheb-

liche Anstrengungen in Sachen Klimaschutz unternommen. Das lässt sich an der Bewertung ablesen. Bei der ersten Analyse erreichte der Markt 39 Prozent der Punkte, heute sind es 79 Prozent. Punkte bekam die

Marktgemeinde unter anderem für die CO<sub>2</sub>-neutrale Wärme- und Stromversorgung der über 100 Jahre alten Grundschule. Die Wärme liefert das örtliche Hackschnitzelheizwerk, den Strom erzeugt eine Photo-

voltaik-Anlage auf dem Dach der Turnhalle. Sie deckt 95 Prozent des Bedarfs. Die restlichen fünf Prozent kauft die Gemeinde in Form von zertifiziertem Ökostrom zu. Auch der Einbau von 78 Daten-Loggern ins Leitungsnetz der Wasserversorgung wurde beim EEA-Audit besonders bewertet. Denn durch die dauerhafte Überwachung werden unterirdische Wasserverluste sehr schnell entdeckt, Lecks können rasch behoben werden. Das spart auch Strom, denn es muss weniger Wasser aus den Tiefbrunnen nach oben gepumpt werden.

Positiv beurteilt haben die Prüfer auch die Errichtung von sechs öffentlich zugänglichen E-Ladestationen im Ort. Darunter sind zwei Schnellladestationen. Sie sind bisher die einzigen im Landkreis, an denen E-Autos besonders rasch aufgeladen werden können.

Pfanner hebt vor allem die Arbeit des Energieteams hervor. „Es unterstützt die Verwaltung seit Jahren tatkräftig bei der Bearbeitung aller klimaschutzrelevanten Themen“, lobt der Rathauschef. (pem)

WA  
12.  
10.  
19

## Briefe an die Lokal-Redaktion **WA 15.10.19**

Wir freuen uns über jede Zuschrift, die sich mit der Zeitung und ihrem Inhalt auseinandersetzt. Die Einsender vertreten ihre eigene Meinung. Kürzungen bleiben in jedem Fall vorbehalten.

### Die Bürger sollen entscheiden

Zum Bericht „Soll Scheidegg das Feriendorf Saarland abreißen?“ vom 8. Oktober.

Zwei sehr gute Vorschläge konkurrieren miteinander. Der Kreisvorsitzende des Bund Naturschutz, Erich Jörg, schlägt vor, das Gelände der Natur zurückzugeben. Der Scheidegger Bürgermeister Ulrich Pfanner schlägt vor, das Areal entsprechend dem Bebauungsplan touristisch zu nutzen. Für beide Vorschläge gibt es starke Argumente. Für den unbefangenen Entscheider wäre es schwer, den einen oder anderen Vorschlag zu bevorzugen. Was spricht dagegen, in einer solchen Ausnahmesituation die Entscheidung in die Hände des Volkes zu legen? Die Bürger Scheideggs sollten entscheiden.

Es gab einen Landespolitiker im Landkreis, der begründete, dass Parteipolitiker wegen ihrer Sachkunde bessere Entscheidungen treffen können. Das soll im Prinzip

nicht bestritten werden. Allerdings gilt es als belegt und bewiesen, dass die hohe Qualität des Schweizer ÖPNV im Allgemeinen und der Schweizer Eisenbahn im besonderen daher kommt, weil immer wieder Volksabstimmungen den Eisenbahnverkehr reguliert haben. Volksabstimmungen sind sinnvoll. Sollte die Volksabstimmung über das Areal aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein, so würde eine nichtbindende Abstimmung sinnvoll sein. Die müsste nicht von der Gemeinde organisiert werden. Institutionen, Kirchen, Vereine und interessierte Bürger könnten die Abstimmung durchführen. Wie immer entschieden wird. Auch der Gemeinderat würde das Ergebnis nicht übersehen. Die gesamte Republik würde den Vorgang, der alle angeht, mit Interesse wahrnehmen.

**Wolfgang Meyer, Heimenkirch**

## **WA 5.10.19** Gewerbegebiet zerstört doch Natur

Zum Artikel „Bürgermeister befürchten Volksbegehren“ vom 27. September, in dem es um den Flächenverbrauch in Bayern geht.

Das Zitat von Bürgermeister Johannes Buhmann: „Wenn ich etwas baue, habe ich Fläche anders genutzt, nicht aber zerstört“, mag ja einen gewissen Wahrheitsgehalt haben. Es gilt aber nicht für das geplante Interkommunale Gewerbegebiet „In der Au“. Das Gebiet ist unzweifelhaft Natur. Wenn er dort Bäume pflanzt, hat er die Fläche anders genutzt. Vorher Natur, nachher Natur. Wenn er allerdings Gebäude und Straßen (Beton und Asphalt) einbringt, ist die Natur zerstört. Dass die Grundstoffe von Beton und Asphalt ursprünglich auch der Natur entzogen wurden, lasse ich in diesem Zusammenhang nicht gelten.

Jetzt kann jeder für sich entscheiden, ob der Eindruck von Bürgermeister Johannes Buhmann, er werde in Bezug auf das Interkommunale Gewerbegebiet als „Naturzerstörer“ dargestellt, stimmt oder nicht.

**Werner Syska, Röthenbach**

27 18.10.19

# Mehr Platz für Naturschutz

## BN kauft Grundstück in der Rohrachschlucht

SIGMARSZELL (Iz) - Fast ein Jahr zogen sich die Kaufverhandlungen, die Antragstellung und der Vollzug des Kaufes hin. Nun ist ein weiteres ökologisch wertvolles Waldgrundstück im Naturschutz- und Natura-2000-Gebiet Rohrachschlucht im Besitz des Bund Naturschutz (BN), wie die Naturschützer mitteilen. Es grenzt direkt an das vor einem Jahr eingeweihte Naturwaldreservat an.

Der Voreigentümer hatte die Grundstücksnachbarn gefragt, ob sie Interesse am Kauf des Grundstückes hätten. Nachdem dieses direkt am neu ausgewiesenen Naturwaldreservat angrenzt, dessen Einweihung gerade in Planung war, zeigte der BN großes Interesse am Kauf. Die Zustimmung des Landesverbandes wurde eingeholt, denn Eigentümer ist nicht die Kreisgruppe, sondern der Landesverband. Gebietsbetreuerin Isolde Miller stellte dem 0,7 Hektar großen Waldgrundstück direkt am Rickenbach ein gutes Zeugnis aus: „Das Grundstück ist sehr Totholzreich, es stehen viele, auch alte Eiben im Bestand, und es ist über viele Jahre nicht bewirtschaftet worden“, so die Fachfrau. So seien etliche Spechthöhlen in alten Bäumen sichtbar, und in einem Feuchtbiotop an der Grundstücksgrenze habe sie Larven von Gelbbauchunken gesehen. Auch der Kartierer für das Natura-2000-Gebiet Rohrachschlucht Boris Mittermeier riet zum Kauf, denn das Grundstück habe hohes ökologisches Potenzial. Die Nachfrage beim Bayerischen Naturschutzfonds ließ auf eine Förderung für den Ankauf hoffen. Auch die Untere Natur-

schutzbehörde im Landratsamt und die Forstdienststelle Lindau befürworteten einen Kauf des Grundstückes durch den BN, heißt es in der Pressemitteilung weiter. Nach dem Abschluss der Preisverhandlungen und den für den Förderantrag nötigen Erhebungen war die Antragstellung möglich, und der BN konnte sich über einen positiven Bescheid des Bayerischen Naturschutzfonds über eine ansehnliche Förderung zum Ankauf des Grundstückes für Naturschutzzwecke freuen. Im Förderbescheid heißt es: „Durch den Ankauf sollen die Flächen dauerhaft für Zwecke des Naturschutzes gesichert werden.“

„Diese Gelegenheit wollten wir uns nicht entgehen lassen“, freut sich Erich Jörg, Kreisvorsitzender in Lindau, über den Grundstückskauf. Nun könne das Naturwaldreservat weiter wachsen. Der entsprechende Antrag an die Landesanstalt für Wald- und Forstwirtschaft werde derzeit erarbeitet.

Gebietsbetreuerin Isolde Miller hebt den hohen Wert solcher Naturwaldreservate hervor. „Wir wollen keine Käseglocke über die Wälder stellen, aber für viele Arten und vor allem für sogenannte Urwaldreliktarten braucht es Trittsteine, die langfristig von der Nutzung ausgenommen sind. Das gilt für eine große Palette von Tier- und Pflanzenarten, die in forstwirtschaftlich genutzten Wäldern keine Überlebenschance haben.“ Ein Mosaik aus Mischwäldern mit nachhaltiger Waldnutzung und Naturwaldflächen sei der Wald der Zukunft.

# Die neuen Flächen sind ökologisch wertvoll

## Wald Bund Naturschutz kauft 0,7 Hektar großes Grundstück in der Rohrachschlucht

Sigmarszell Fast ein Jahr zogen sich die Kaufverhandlungen und die Formalitäten hin. Nun ist ein weiteres Waldgrundstück im Natura-2000-Gebiet Rohrachschlucht im Besitz des Bund Naturschutz (BN).

Der Voreigentümer hatte den BN gefragt, ob er Interesse am Kauf hätte, nachdem diese Fläche direkt an das neu ausgewiesene Naturwaldreservat grenzt. Eigentümer ist damit nun der Landesverband des Bund Naturschutz.

Gebietsbetreuerin Isolde Miller stellte dem 0,7 Hektar großen Waldgrundstück direkt am Rickenbach ein gutes Zeugnis aus: „Das Grundstück ist sehr totholzreich, es stehen viele, auch alte Eiben im Be-



**Das neue Grundstück hat laut Bund Naturschutz ein hohes ökologisches Potenzial und bietet viel Lebensräume für die Tier- und Pflanzenwelt.** Foto: Bund Naturschutz

stand, und es ist über viele Jahre nicht bewirtschaftet worden“, sagt die Fachfrau. So seien etliche

Spechthöhlen in alten Bäumen sichtbar, und in einem Feuchtbiotop an der Grundstücksgrenze habe sie

Larven von Gelbbauchunken gesehen. Auch der Kartierer für das Natura-2000-Gebiet Rohrachschlucht, Boris Mittermeier, riet zum Kauf, denn das Grundstück habe hohes ökologisches Potenzial. Vom Bayerischen Naturschutzfonds bekam der BN einen Zuschuss, um das Grundstück für Naturschutzzwecke zu kaufen. Auch die Untere Naturschutzbehörde im Landratsamt und die Forstdienststelle Lindau befürworteten den Kauf.

„Diese Gelegenheit wollten wir uns nicht entgehen lassen“, freut sich Erich Jörg, Kreisvorsitzender in Lindau. Nun könne das Naturwaldreservat weiter wachsen. Der entsprechende Antrag an die Lan-

desanstalt für Wald- und Forstwirtschaft werde derzeit erarbeitet.

Gebietsbetreuerin Isolde Miller hebt den hohen Wert solcher Naturwaldreservate hervor. „Wir wollen keine Käseglocke über die Wälder stellen, aber für viele Arten und vor allem für sogenannte Urwaldreliktarten braucht es Trittsteine, die langfristig von der Nutzung ausge- nommen sind.“

Das gelte für eine große Palette von Tier- und Pflanzenarten, die in forstwirtschaftlich genutzten Wäldern keine Überlebenschance haben. Mischwälder mit nachhaltiger Waldnutzung und Naturwaldflächen seien der Wald der Zukunft, sagt Miller. (wa)

# Wann ist das Landschaftsbild zerstört?

**Flächenverbrauch** Darüber wird der Verwaltungsgerichtshof in München entscheiden. Der Bund Naturschutz klagt gegen ein Westallgäuer Gewerbegebiet auf der grünen Wiese. Der erste Fall in Bayern, seit das Anbindegebot gelockert wurde

VON ANJA WORSCHICH

**Gestratz/Grünenbach** Im Westallgäu bahnt sich ein Rechtsstreit mit großer Tragweite für ganz Bayern an. Die Frage dreht sich darum, wann ein Gewerbegebiet in der freien Landschaft gebaut werden darf und wann nicht.

Zum konkreten Fall: Zwischen den Orten Gestratz und Grünenbach soll auf einer Fläche von 6,4 Hektar ein sogenanntes interkommunales Gewerbegebiet entstehen. Dafür haben sich die Gemeinden Röthenbach, Grünenbach, Maierhöfen und Gestratz zusammengeschlossen und einen Zweckverband gegründet. Das Bauvorhaben ist bereits genehmigt. Widerstand regt sich durch eine Bürgerinitiative und den Bund Naturschutz (BN). Der BN klagt nun per Eilantrag vor dem Verwal-

tuungsgerichtshof in München gegen das Projekt, da bereits vor wenigen Wochen offiziell Baubeginn war. Es geht um die Frage, wann davon die Rede sein kann, dass ein Landschaftsbild nachhaltig zerstört ist. Bisher gibt es dafür keine juristische Definition. Die unverbauten Landschaft gehören zu den wichtigsten Schutzgütern von Mensch und Natur, sagt Thomas Frey, BN-Regionalreferent für Schwaben.

Viele Jahre galt in Bayern das sogenannte Anbindegebot. Gewerbegebiete durften nur angrenzend an bestehende Siedlungen ausgewiesen werden und nicht auf der grünen Wiese entstehen. 2018 hat der Freistaat diese Regelung allerdings wieder gelockert. Seitdem dürfen kommunenübergreifende Gewerbegebiete auf der grünen Wiese gebaut werden, wenn sie das Landschafts-

bild nicht „wesentlich beeinträchtigen“ und keine alternativen Standorte für den Bau vorhanden sind.

Genau diese zwei Bedingungen sieht der Bund Naturschutz aber bei dem Westallgäuer Gewerbegebiet verletzt und hat das Anwaltsbüro Philipp-Gerlach aus Frankfurt beauftragt. Die Anwälte sind auf Umweltrecht spezialisiert und bereits durch ihre Klagen gegen die Rodungen im Hambacher Forst bekannt. Grundlage für die Klage des BN ist ein Gutachten der Architektin Andrea Gebhard. Sie kommt zu dem Schluss, dass sich das Landschaftsbild „In der Au“ durch das Bauprojekt zum Nachteil verändert. Das Gewerbegebiet füge sich nicht in die Landschaft ein, sondern sei von mehreren Höhenzügen in der Umgebung als Störfaktor sichtbar. Die Besonderheit des Gebietes mit sei-

ner Abgelegenheit und seinen weiten, einsehbaren Flächen werde unwiederbringlich zerstört. Zudem müssten Teile des umliegenden Waldes aufgrund der Abstandsflächen gerodet werden. „Es geht nicht darum Gewerbegebiete und damit Wirtschaftswachstum zu verhindern, sondern sie dort zu bauen, wo sie notwendig sind“, sagt Gebhard. Josef Schrott von der Bürgerinitiative sieht keinen Bedarf der heimischen Firmen für knapp sieben Hektar. Aus seiner Sicht rechtfertige auch das Argument, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, das Projekt nicht. „Wir haben im Allgäu keinen Arbeitsplatzmangel, sondern einen Arbeitskräftemangel.“

Die Bürgerinitiative kritisiert zudem die Zersiedelung und die Verkehrszunahme. Erich Jörg von der BN-Kreisgruppe Lindau missfällt,

dass sich der Zweckverband seit Beginn der Planungen für das Gebiet „In der Au“ ausgesprochen und „nicht ernsthaft“ nach alternativen Möglichkeiten gesucht habe.

Johannes Buhmann, Vorsitzender des Zweckverbandes, widerspricht. „Wir haben das Gewerbegebiet im Vorfeld intensiv geprüft und die Erkenntnis gewonnen, dass das Landschaftsbild nicht zerstört wird“, sagt er. Bei der Fläche handelt es sich um eine ehemalige Kiesgrube. „Die Flächen haben keinen großen landwirtschaftlichen Wert.“

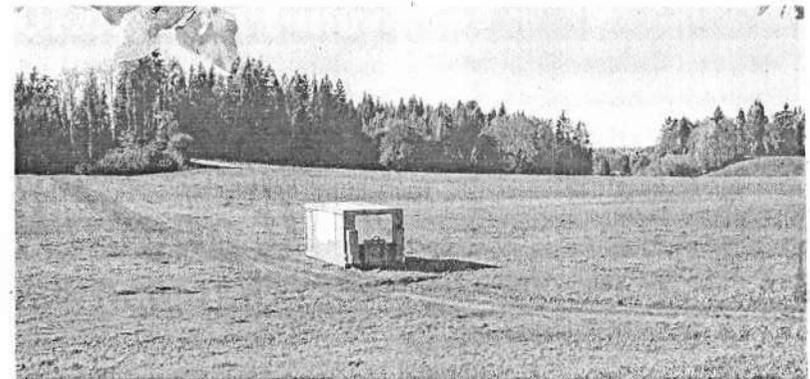
Der Zweckverband hält daher trotz der Klage an dem Projekt fest – auch um „ein Signal zu setzen“, sagte Buhmann in der vergangenen Zweckverbandssitzung. Das Projekt sei schließlich von der Regierung von Schwaben genehmigt und akribisch geprüft worden.

## Warum im Westallgäu ein Präzedenzfall vorliegt

- **Vorhaben** Der Zweckverband plant bereits seit 2013 ein interkommunales Gewerbegebiet „In der Au“. Damals galt noch das Anbindegebot.
- **Reaktion** Der Bund Naturschutz startete daraufhin eine Petition, woraufhin der Bayerische Landtag das Vorhaben 2015 kippte.
- **Aufweichung** Markus Söder, damals Ministerpräsident, lockerte 2018 die Regelung im Landesentwicklungsprogramm (LEP) wieder, „um den Kommunen mehr Freiheit“ zu geben.

- **Besonderheit** Der Bund Naturschutz sieht in dem geplanten Gewerbegebiet einen besonders brisanten Fall, da die Fläche in einem landschaftlichen Vorbehaltsgebiet liegt. Der Regionalplan Allgäu räumt hier dem Landschaftsschutz besonderes Gewicht ein.
- **Verfahren** Wann das Gericht eine Entscheidung fällt, ist noch unklar. Im Eilantrag wird zunächst über einen vorübergehenden Baustopp beraten. Diese Entscheidung fällt in der Regel innerhalb eines halben Jahres. (wor)

## Das geplante Gewerbegebiet



Der Baucontainer steht bereits: Auf einer Wiese zwischen den Westallgäuer Orten Gestratz und Grünenbach soll ein 6,4 Hektar großes Gewerbegebiet entstehen. Der Bund Naturschutz klagt dagegen. Über den Winter werden die Arbeiten wohl erst mal ruhen. Foto: Anja Worschich

# Wann ist das Landschaftsbild zerstört?

## Bund Naturschutz klagt gegen ein Westallgäuer Gewerbegebiet auf der grünen Wiese

Von Anja Worschech

**GESTRATZ/GRÜNENBACH** - Im Westallgäu bahnt sich ein Rechtsstreit mit großer Tragweite für ganz Bayern an. Die Frage dreht sich darum, wann ein Gewerbegebiet in der freien Landschaft gebaut werden darf und wann nicht.

Zum konkreten Fall: Zwischen den Orten Gestratz und Grünenbach soll auf einer Fläche von 6,4 Hektar ein sogenanntes interkommunales Gewerbegebiet entstehen. Dafür haben sich die Gemeinden Röthenbach, Grünenbach, Maierhöfen und Gestratz zusammengeschlossen und einen Zweckverband gegründet. Das Bauvorhaben ist bereits genehmigt. Widerstand regt sich durch eine Bürgerinitiative und den Bund Naturschutz (BN). Der BN klagt nun per Eilantrag vor dem Verwaltungsgerichtshof in München gegen das Projekt, da bereits vor wenigen Wochen offiziell Baubeginn war. Es geht um die Frage, wann davon die Rede sein kann, dass ein Landschaftsbild nachhaltig zerstört ist. Bisher gibt es dafür keine juristische Definition. Die unverbaute Landschaft gehöre zu den wichtigsten Schutzgütern von Mensch und Natur, sagt Thomas Frey, BN-Regionalreferent für Schwaben.

Viele Jahre galt in Bayern das sogenannte Anbindegebot. Gewerbegebiete durften nur angrenzend an bestehende Siedlungen ausgewiesen

werden und nicht auf der grünen Wiese entstehen. 2018 hat der Freistaat diese Regelung allerdings wieder gelockert. Seitdem dürfen kommunenübergreifende Gewerbegebiete auf der grünen Wiese gebaut werden, wenn sie das Landschaftsbild nicht „wesentlich beeinträchtigen“ und keine alternativen Standorte für den Bau vorhanden sind.

Genau diese zwei Bedingungen sieht der Bund Naturschutz aber bei dem Westallgäuer Gewerbegebiet verletzt und hat das Anwaltsbüro Philipp-Gerlach aus Frankfurt beauftragt. Die Anwälte sind auf Umweltrecht spezialisiert und bereits durch ihre Klagen gegen die Rodungen im

Hambacher Forst bekannt. Grundlage für die Klage des BN ist ein Gutachten der Architektin Andrea Gebhard. Sie kommt zu dem Schluss, dass sich das Landschaftsbild „In der Au“ durch das Bauprojekt zum Nachteil verändert. Das Gewerbegebiet füge sich nicht in die Landschaft ein, sondern sei von mehreren Höhenzügen in der Umgebung als Störfaktor sichtbar. Die Besonderheit des Gebietes mit seiner Abgelegenheit und seinen weiten, einseharen Flächen werde unwiederbringlich zerstört. Zudem müssten Teile des umliegenden Waldes aufgrund der Abstandsflächen gerodet werden. „Es geht nicht darum, Gewerbegebiete

und damit Wirtschaftswachstum zu verhindern, sondern sie dort zu bauen, wo sie notwendig sind“, sagt Gebhard. Josef Schrott von der Bürgerinitiative sieht keinen Bedarf der heimischen Firmen für knapp sieben Hektar. Aus seiner Sicht rechtfertige auch das Argument, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, das Projekt nicht. „Wir haben im Allgäu keinen Arbeitsplatzmangel, sondern einen Arbeitskräftemangel.“

Die Bürgerinitiative kritisiert zudem die Zersiedelung und die Verkehrszunahme. Erich Jörg von der BN-Kreisgruppe Lindau missfällt, dass sich der Zweckverband seit Beginn der Planungen für das Gebiet „In der Au“ ausgesprochen und „nicht ernsthaft“ nach alternativen Möglichkeiten gesucht habe.

Johannes Buhmann, Vorsitzender des Zweckverbandes, widerspricht. „Wir haben das Gewerbegebiet im Vorfeld intensiv geprüft und die Erkenntnis gewonnen, dass das Landschaftsbild nicht zerstört wird“, sagt er. Bei der Fläche handelt es sich um eine ehemalige Kiesgrube. „Die Flächen haben keinen großen landwirtschaftlichen Wert.“

Der Zweckverband hält daher trotz der Klage an dem Projekt fest – auch um „ein Signal zu setzen“, sagte Buhmann in der vergangenen Zweckverbandssitzung. Das Projekt sei schließlich von der Regierung von Schwaben genehmigt und akribisch geprüft worden.

### Warum im Westallgäu ein Präzedenzfall vorliegt

**Vorhaben** Der Zweckverband plant bereits seit 2013 ein interkommunales Gewerbegebiet „In der Au“. Damals galt noch das Anbindegebot.

**Reaktion** Der Bund Naturschutz startete daraufhin eine Petition, woraufhin der Bayerische Landtag das Vorhaben 2015 kippte.

**Aufweichung** Markus Söder, damals Heimatminister, lockerte 2018 die Regelung im Landesentwicklungsprogramm (LEP) wieder, „um den Kommunen mehr Freiheit“ zu geben.

**Besonderheit** Der Bund Natur-

schutz sieht in dem geplanten Gewerbegebiet einen besonders brisanten Fall, da die Fläche in einem landschaftlichen Vorbehaltsgebiet liegt.

Der Regionalplan Allgäu räumt hier dem Landschaftsschutz besonderes Gewicht ein.

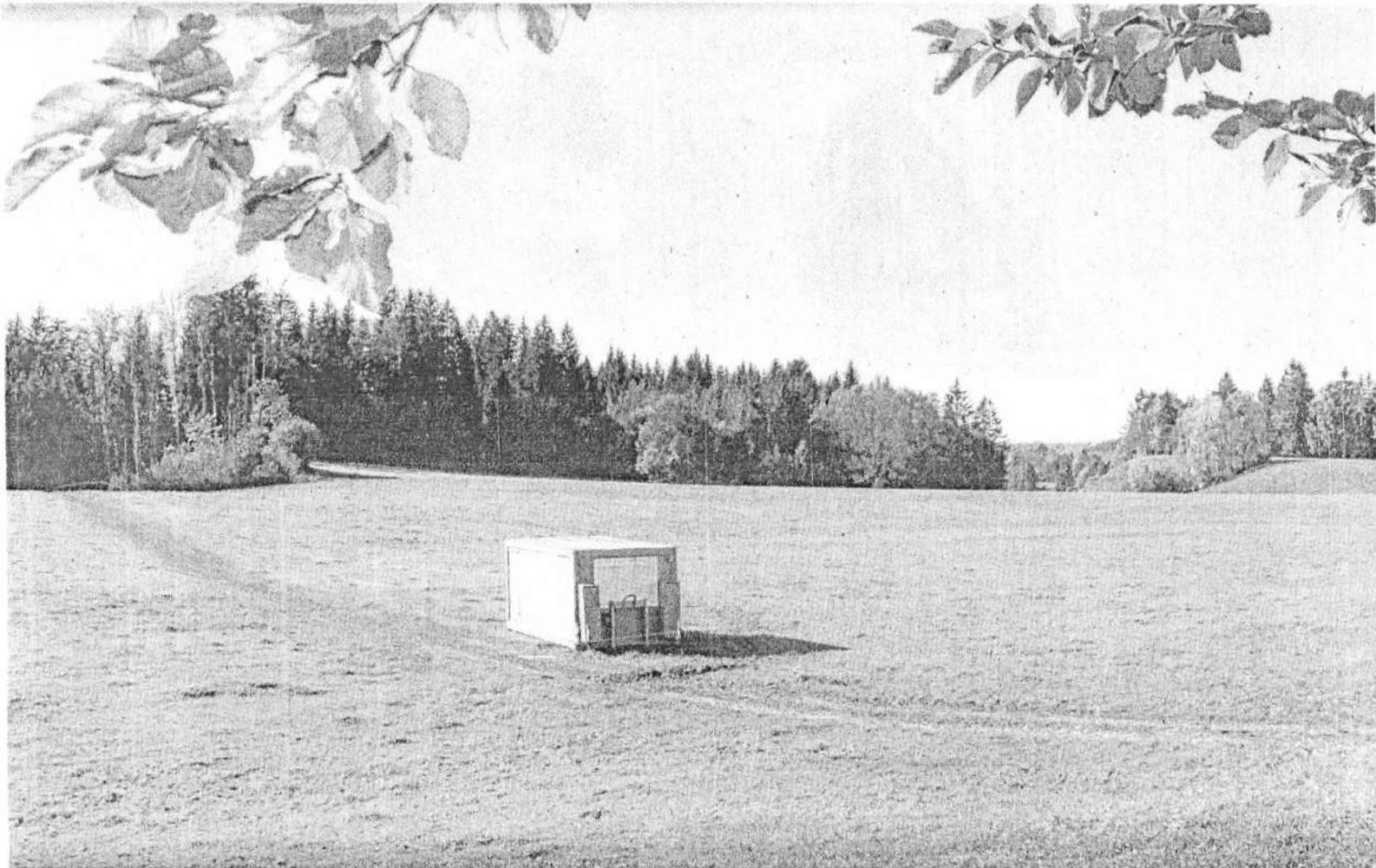
**Verfahren** Wann das Gericht eine Entscheidung fällt, ist noch unklar. Im Eilantrag wird zunächst über einen vorübergehenden Baustopp beraten.

Diese Entscheidung fällt in der Regel innerhalb eines halben Jahres. (wor)

Fortsetzung Bild ↓

LF  
21.10.19

Fortsetzung Bild zu  
"Wann ist das Landschaftsbild....." "



Der Baucontainer steht bereits: Auf einer Wiese zwischen den Westallgäuer Orten Gestratz und Grünenbach soll ein 6,4 Hektar großes Gewerbegebiet entstehen. Der Bund Naturschutz klagt dagegen. Über den Winter werden die Arbeiten wohl erst mal ruhen.

FOTO: ANJA WORSCHICH

22.10.19

# Eröffnung der Therme verzögert sich

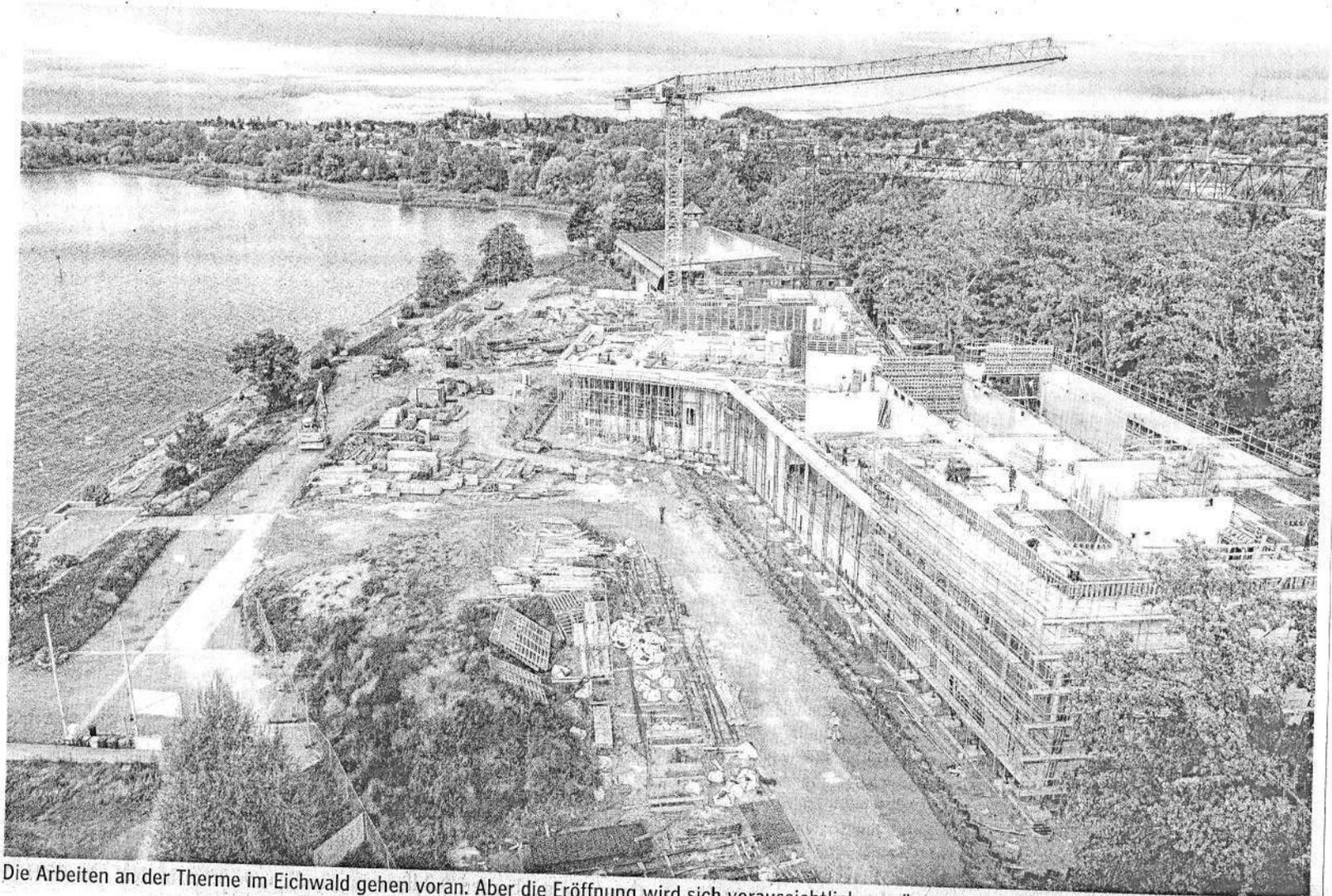
Stadt und Anwohner finden einen Vergleich wegen einer Klage vor dem Verwaltungsgericht

Von Dirk Augustin

LINDAU - Die Eröffnung der Therme wird sich wohl verzögern. Investor Andreas Schauer geht davon aus, dass Besucher die Therme erst im Laufe des ersten Quartals 2021 besuchen können. Währenddessen haben sich Stadt und Schauer mit einem klagenden Nachbarn verständigt.

Die Fertigstellung der neuen Lindauer Therme sei immer noch vor Weihnachten 2020 geplant, sagte Schauer auf Anfrage der Lindauer Zeitung. Allerdings seien dann noch Abnahmen und andere Dinge nötig, sodass eine Eröffnung des neuen Bades vor Weihnachten nicht wahrscheinlich sei. Es gebe verschiedene Erklärungen für die Verzögerungen. Entscheidend sei nun das Wetter in den nächsten Wochen. Davon hängt ab, ob die Arbeiter das Gebäude bis zum Jahresende dicht bekommen.

„Sehr erfreulich“ nennt Schauer die Tatsache, dass es gelungen sei, einen weiteren Streit mit einem Nachbarn durch einen Vergleich zu beenden. Voraussetzung ist, dass an diesem Mittwoch auch der Stadtrat zustimmt. Wolfgang Miller, Pressesprecher des Verwaltungsgerichts Augsburg, berichtet auf Anfrage der Lindauer Zeitung, dass die Stadt Lindau und Schauer sich mit dem letzten klagenden Anwohner geeinigt haben.



Die Arbeiten an der Therme im Eichwald gehen voran. Aber die Eröffnung wird sich voraussichtlich verzögern.

FOTO: CHRISTIAN FLEMMING

Fortsetzung Text ↓

# Fortsetzung zu Text

## "Eröffnung der Therme verzögert sich . . . ."

"

Demnach muss die Stadt baldmöglichst eine neue Zu- und Abfahrt zum Großparkplatz prüfen, die direkt hinter der Kamelbuckelbrücke an den Schienen entlang führt und die Häuser an der Eichwaldstraße vom Verkehr entlastet. Diese Zufahrt hatte die Stadt sowieso geplant, aber sie soll nun deutlich früher kommen. Darüber freut sich auch Schauer, denn das wäre die Voraussetzung dafür, die umstrittenen Querparkplätze an der Eichwaldstraße zu entfernen, die vor allem für die Fahrradfahrer dort gefährlich sind.

Voraussetzung für die neue Zufahrt ist, dass die Stadt die nötigen Grundstücke von der Bahn AG kaufen kann, wie Lindaus Pressesprecher Jürgen Widmer der LZ berichtet. Darüber verhandelt die Stadt im Rahmen der sowieso anstehenden Grundstücksgespräche mit der Bahn AG, die sich aber insgesamt als schwierig herausstellten.

Geeinigt haben sich Stadt und Schauer sowie der Nachbar auch darüber, dass Schauer keine Lärm-

schutzmauer zum benachbarten östlichen Grundstück hin bauen darf. Der Anwohner nimmt lieber die Geräusche aus dem Bad in Kauf, als dass er eine Wand direkt vor die Fenster bekommt. Da sich inzwischen die Verordnung zum Schutz vor Lärm aus Sportstätten verändert hat, wäre die Mauer nach neuer Rechtslage sowieso nicht nötig. Und Schauer braucht diese Mauer nicht zu bauen, stattdessen reicht dort nun ein Zaun aus.

Schauer und die Stadt sichern zudem zu, dass die Surfschule mitsamt Kiosk nur wie das Bad von 8 bis 20 Uhr geöffnet ist. Abendliche Partys dort sind verboten. Bei der Detailplanung der Surfschule und des Umfeldes wird die Stadt den Nachbarn beteiligen.

Wenn der Stadtrat dieser Einigung am Mittwoch zustimmt, wird der Nachbar seine Klagen beim Verwaltungsgericht Augsburg und beim Verwaltungsgerichtshof München zurückziehen. So ist es in dem Vergleich festgelegt. Dann bleiben noch zwei Klagen des Bund Naturschutz vor dem Verwaltungsgerichtshof München offen. Im jüngsten Bäderausschuss hat Bäderchef Florian Schneider auf Nachfrage von Jürgen Müller (LI) berichtet, dass es noch keinen Termin für diese Verfahren gebe. Voraussichtlich werde sich der VGH erst Mitte oder Ende des kommenden Jahres mit der Therme befassen.

Die Bauarbeiter haben inzwischen die Wände im ersten Stock und die Decke zum Obergeschoss fertiggestellt. Erste Wände im Obergeschoss stehen bereits. Wenn es gelingt, das Dach im Dezember zu schließen, kann das Richtfest noch vor Weihnachten stattfinden. Danach beginnt der Innenausbau und im Frühjahr auch der Bau der Außenbecken sowie die Gestaltung der Außenanlagen. Vom Fortschritt dieser Arbeiten hängt es ab, ob und in welchem Umfang diese Wiesen im Eichwald im nächsten Sommer für Badegäste offenstehen. Auch der Betrieb der Surfschule ist laut Schneider noch nicht sicher.

Die Stadt hat inzwischen ihren Kostenanteil der Therme finanziert. Dabei hat die Stadt ihre Kredite auf die komplette Laufzeit mit einem Zinssatz unter einem Prozent bekommen. Weil das deutlich weniger ist als erwartet, liegt die künftige Jahresbelastung niedriger als gedacht.



So sieht die Therme vom Bodensee her aus.

FOTO: CF

# Bauen im Schutzgebiet

Süddeutsche  
Zeitung

Im Argental soll auf der grünen Wiese ein Gewerbegebiet entstehen. Unzulässig und unschön, sagt der Bund Naturschutz und reicht Klage ein. Flächensparend und legal, sagt der Zweckverband

28.10.19

VON FLORIAN FUCHS

*Fotosekura*

**Argental** – „Und?“ fragt Thomas Frey und zeigt auf die grüne Wiese, die vor ihm liegt. Von rechts kommen Kühe angetrabt, geradeaus ist der Blick frei über das Gras hin zum Waldrand. Nur links, da steht ein Baucontainer, der passt nicht so recht ins Bild. „Und?“ fragt Frey noch einmal, hebt die Arme und schüttelt den Kopf. Eigentlich erwartet der Regionalreferent Schwaben des Bundes Naturschutz gar keine Antwort. Er ist einfach fassungslos darüber, dass hier ein Gewerbegebiet entstehen soll.

Der Bund Naturschutz hat Klage beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof eingereicht wegen des 6,4 Hektar großen Gewerbegebiets, das der Zweckverband Argental im Landkreis Lindau hier geplant hat. Es ist ein Präzedenzfall, eine Musterklage gegen die jüngsten Lockerungen des Landesentwicklungsplans, der solche Gewerbegebiete auf der grünen Wiese eigentlich verbietet. Eine Ausnahme macht die Staatsregierung inzwischen, wenn mehrere Gemeinden gemeinsam planen, ausreichend Alternativstandorte geprüft wurden

## Die Emotionen schlagen inzwischen hoch im Westallgäu

und das Landschaftsbild nicht beeinträchtigt wird. Genau das aber bezweifeln Naturschützer dort. Der Streit ums Gewerbegebiet in der Au, wie das Projekt offiziell heißt, fällt mitten hinein in den Streit im Landtag, wie der immense Flächenfraß in Bayern in den Griff zu kriegen ist – und in dem die Grünen immer noch mit einem Volksbegehren drohen.



*Spatenstich unter Protest: Mitten auf der grünen Wiese zwischen den Gemeinden Gestratz und Grünenbach soll ein Gewerbegebiet für etwa ein Dutzend Firmen entstehen – der Widerstand hat sich bereits formiert.*

FOTO: BN

Fortsetzung Text  
"Bauen im Schutzgebiet"

Mit knapp zwölf bebauten Hektar täglich steht Bayern an der Spitze aller Bundesländer, was den Flächenfraß betrifft. Allein 2018 wurden 4300 Hektar freie Landschaft in Wohnsiedlungen, Gewerbegebiete und Verkehrswege umgewandelt – eine größere Fläche als Rosenheim, eine Stadt mit 63 000 Einwohnern. „Seit 2013“, kritisiert Naturschützer Frey, „hat die Staatsregierung das Anbindegebot immer weiter gelockert.“ Es besagt, dass Standorte für Gewerbegebiete an bestehende Siedlungsstrukturen angebunden werden müssen. „Das hier im Argental ist der erste uns bekannte Fall, wonach die jüngsten Lockerungen zum Bauen auf der grünen Wiese genutzt werden“, sagt Frey.

Dem Bund Naturschutz ist es bitterernst mit seiner Klage, deshalb hat er nicht irgendwelche Anwälte beauftragt, sondern die Kanzlei Philipp-Gerlach & Teßmer, die auch im Streit um den Hambacher Forst aktiv war. Und er hat extra ein Gutachten von der Landschaftsarchitektin Andrea Gebhard aus München anfertigen lassen, die das Gebiet als „Landschaft von extremer Schönheit“ bewertet. Ihr Büro baut gerade selbst ein Gewerbegebiet in Germering bei München. Sie erzählt das, weil sie unterstreichen will, dass „es uns nicht darum geht, Gewerbegebiete zu verhindern“. Aber sie sollten dort gebaut werden, wo sie sinnvoll seien. „Stillstand ist nicht die Lösung, aber man muss die Entwicklung steuern“, sagt Gebhard. Deshalb sei die Fläche zwischen den Gestratz und Grünenbach der falsche Ort für solch ein Projekt.

Der Fall, argumentiert der Bund Naturschutz, sei sogar besonders brisant, weil das Gewerbegebiet in einem „landschaftlichen Vorbehaltsgebiet“ liege, wo dem Landschaftsschutz besonderes Gewicht

einzuräumen ist. Die Naturschützer und eine örtliche Bürgerinitiative werfen dem Zweckverband vor, weder ernsthaft alternative Standorte geprüft zu haben noch die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes zu würdigen. Etwa ein Dutzend Firmen sollen sich hier ansiedeln, ein Gutachten des Zweckverbands spricht von mehr als 300 Beschäftigten, die dort tätig sein sollen. Und von knapp 1000 zusätzlichen Pkw-Fahrten und 300 Lkw-Fahrten pro Tag, die die umliegenden Ortschaften belasten. „Das halte ich für nicht tragbar“, sagt Sepp Schrott von der Bürgerinitiative.

„Wir werden an den Pranger gestellt, das lasse ich mir nicht bieten“, schimpft dagegen der Bürgermeister der Gemeinde Gestratz, Johannes Buhmann, der auch Vorsitzender des Zweckverbands ist. Die Emotionen in dieser Sache schlagen inzwischen hoch im Westallgäu. Buhmann sagt, dass neun alternative Standorte geprüft



worden seien und die Zahl von mehr als 300 Beschäftigten ohnehin zu hoch gegriffen sei, aber selbst wenn es so käme: Das seien auf 24 Stunden gerechnet 25 Fahrten zusätzlich pro Stunde, da könne man nicht von Belastung der Orte sprechen. „Auf dem Gebiet befand sich ehemals eine Kiesgrube“, sagt Buhmann. „Es ist landschaftlich minderwertig.“ Überhaupt, so formuliert es der Bürgermeister, docke man lediglich an ein landschaftliches Vorbehaltsgebiet an. „Wir planen doch gerade interkommunal, um Flächenfraß zu vermeiden. Sonst würde halt jede Gemeinde ihr eigenes Süppchen kochen.“ Und dann würde noch mehr Fläche zubetoniert. Der Spatenstich ist deshalb schon erfolgt, auf der Wiese steht jetzt ein Baucontainer.

### Minister Hubert Aiwanger verteidigt die Lockerungen des Landesentwicklungsplans

Unterstützung erhält Buhmann vom bayerischen Wirtschaftsministerium, das den Standort gutheißt. Das Gebiet sei unter anderem durch Ortseinsichten intensiv geprüft worden, durch Festsetzungen von Maximalhöhen und Dachformen seien Vorkehrungen getroffen, damit das Landschaftsbild nicht beeinträchtigt werde. Das Ministerium von Hubert Aiwanger (Freie Wähler) verteidigt damit die Lockerungen des Landesentwicklungsplans, den Flächenfraß eindämmen will es aber schon: mit einer Richtgröße von fünf Hektar pro Tag und einem ganzen Bündel von Maßnahmen, die unter dem Titel „Flächensparoffensive“ laufen. So soll das Planungsrecht höheres und dichteres Bauen ermöglichen und Flächensparmanager sollen auf

neu geschaffenen Stellen als Ansprechpartner dienen. Außerdem, schreibt das Ministerium auf Anfrage der SZ, sollen die Lockerungen des Anbindegebots aus dem Jahr 2018 wieder rückgängig gemacht werden: also auch die Regelungen, auf die sich der Zweckverband Argental beruft.

Den Grünen geht vor allem der Richtwert von fünf Hektar nicht weit genug. Ein Gesetzentwurf der Partei sieht fünf Hektar als verbindlichen Wert vor. „Sollte der Landtag wieder keine verbindlichen Regelungen zur Eindämmung der Betonflut beschließen, werden die Bürgerinnen und Bürger ein erneutes Volksbegehren sicher einfordern“, warnt der Fraktionsvorsitzende Ludwig Hartmann. Die Grünen seien hierfür schon im Gespräch mit Bündnispartnern. Auch Gutachterin Andrea Gebhard sagt: „Eine freiwillige Verpflichtung bringt genau so viel wie eine Richtgeschwindigkeit von Tempo 130 auf der Autobahn: Kein Mensch hält sich daran.“

Bereits 2018 hatten die Grünen ein Volksbegehren „Betonflut eindämmen – damit Bayern Heimat bleibt“ gestartet, das der bayerische Verfassungsgerichtshof allerdings stoppte. Die Richter wandten sich nicht gegen eine Obergrenze, sie kritisierten aber, dass in dem Volksbegehren die Vorgaben fehlten, wie das Fünf-Hektar-Limit umgesetzt werden sollte. Hier haben die Grünen inzwischen nachgearbeitet. Mit ihrem verbindlichen Limit will die Partei auch Projekte wie das interkommunale Gewerbegebiet Argental künftig gar nicht erst mehr in die Planung lassen. Hartmann hält das Vorhaben der beteiligten Gemeinden im Landkreis Lindau für ein „Worst-Practice-Beispiel einer völlig verfehlten Landesplanung“ – und unterstützt deshalb die Klage des Bundes Naturschutz.

# 22.11.19 Gleisdreieck und Giebelbach erhitzen die Gemüter

Bahn stellt zusätzlichen Lärmschutz vor

sowie Ideen zu neuer Zufahrt anstelle des Bahnübergangs Holderegggen

22.11.19



Projektleiter Michael Katz zeigt den Lindauern, welche Varianten für die künftige Erschließung der Giebelbach-Siedlung denkbar sind. Im Hintergrund Moderator Karlheinz Brombeis.

FOTO: EVI ECK-GED

Von Evi Eck-Gedler

LINDAU - „Lösung in Sicht“ – so hat die Bürgerinitiative Gleisdreieck den Info-Abend überschrieben, zu dem sie ins Alte Rathaus eingeladen hat. Das Interesse der Lindauer ist groß, der Saal ist voll. Denn das Thema Bahnbauarbeiten sorgt in der Stadt immer für Gesprächsstoff. Beim Thema Lärmschutz im Gleisdreieck kochen die Emotionen hoch, bei der Frage künftige Erschließung der Giebelbach-Siedlung ebenso. Da empören sich Anwohner schon mal mit der Frage „Ist Naturschutz wichtiger oder wir Menschen?“.

BI-Sprecher Karlheinz Brombeis beobachtet nach eigenen Worten die Planungen der Bahn in Lindau seit eineinhalb Jahren „mit Argusaugen“, besonders das Geschehen rund ums Gleisdreieck. Nach einer ersten Gesprächsrunde zwischen Bahn und Anwohnern im Mai hofft nicht nur Brombeis, dass jetzt im Alten Rathaus Lösungen auf den Tisch kommen. Ähnlich sieht es der Lindauer stadtbaudirektor Georg Speth, für den klar ist: „Das Gleisdreieck muss kreuzungsfrei erreichbar sein“, also ohne lange Wartezeiten in geschlossenen Schranken.

## „Ein Landschaftsschutzgebiet zu überwinden, ist immer ein Problem.“

Verfahrenstechniker  
Nikolaus Niederich

## „Das Gleisdreieck muss kreuzungsfrei erreichbar sein“

Antworten erwarten die rund 90

Besucher des Info-Abends vor allem von Bahn-Projektleiter Michael Katz. Der blickt zunächst auf die Bauarbeiten dieses Jahres zurück, erinnert daran, dass der Planfeststellungsbeschluss erlassen ist – aber nun ergänzt werden müsse durch drei Änderungspläne. Neben dem Thema Lärmschutz geht es dabei um „eine angemessene Erreichbarkeit aller Lindauer Stadtquartiere“. Und die wäre eben nicht gesichert, wenn bestehende Schranken angesichts der geplanten häufigeren Zugverbindungen eben bis zu 45 Minuten pro Stunde geschlossen sind.

Einer dieser Bahnübergänge ist Hasenweidweg-Ost: An den Stellwänden im Rathaussaal hängen Skizzen von möglichen Varianten einer

Straßenunterführung in diesem Bereich. Die muss natürlich eine gewissen Höhe und Breite aufweisen, damit Feuerwehr und Rettungsdienst genauso hindurchfahren können wie die Müllabfuhr. Katz gibt zu: „Alle Probleme sind damit noch nicht gelöst.“ Etwa die Frage, wo künftig Parkplätze ausgewiesen werden oder wie einzelne Anlieger künftig zu ihrem Haus kommen.

An einem anderen Ort stelle sich die Frage Über- oder Unterführung allerdings gar nicht: Der jetzt erst technisch aufgerüstete Bahnübergang Holderegggenstraße wird wohl in etwa vier Jahren Geschichte sein. Deshalb muss die Bahn nach einer Lösung suchen, wie die Anlieger von Giebelbachstraße, Spengelin- und Heckenweg dann künftig zu ihren Häusern fahren können. „Aus heutiger Sicht am ehesten geeignet“ ist laut Katz ein Korridor westlich der Tennisplätze: Da gehe es dann um die Frage, ob die

Fortsetzung Text



# Fortsetzung Text

## "Gleisdreieck und Giebelbach erhitzen....."

LZ 2.11.19



Den zusätzlichen Lärmschutz entlang der Südkurve des Gleisdreiecks erläutert Projektleiter Michael Katz vor rund 90 Lindauern.

FOTO: EE



Geht es nach den Bewohnern im Bereich Giebelbach, dann könnte die neue Zufahrt auch entlang der Fahrradstraße verlaufen. Das würde nach Aussage von Projektleiter Katz aber viele alte Bäume kosten.

FOTO: EE

Trasse mehr Rücksicht aufs Sportareal oder die Kleingärten nimmt.

Die Bewohner aus dem Bereich Giebelbach können die Idee des Bahn allerdings nicht wirklich nachvollziehen. „Wieso planen Sie die neue Straße nicht entlang der Radstraße?“ will etwa Ernst Amann wissen. Für Bahn-Verfahrensmanager Nikolaus Niederich keine wirklich gute Alternative: Denn der würden nach seinen Worten viele alte Bäume zum Opfer fallen. Erich Jörg als Vorsitzender des Bund Naturschutz erinnert daran, dass dieser ganze Bereich ohnehin unter Landschaftsschutz stehe – was ihnen durchaus bewusst sei, sagen die Bahnvertreter: „Ein Landschaftsschutzgebiet zu überwinden, ist immer ein Problem“, gibt Niederich zu.

So mancher Giebelbach-Bewohner kann sich eine dritte Variante vorstellen: den Heckenweg entlang der Bahngleise zur Zufahrtsstraße

ausbauen. Habe man auch schon untersucht, sagt Katz – aber da seien leider mindestens zwei Haussecken im Weg.

Dass Pius Hummler aus dem städtischen Tiefbauamt darauf verweist, dass eine neue Zufahrt samt Geh- und Radwegen an die neun Meter breit sein müsse, sehen etliche Bewohner der Giebelbach-Siedlung nicht ein: Auch die Unterführung Wackerstraße und die Engstelle an der Schachener Straße seien doch einspurig und da funktioniere der Verkehr doch auch.

Hitzig wird die Diskussion im Rathaussaal, als es um den zusätzlichen Lärmschutz im Gleisdreieck geht. Auch dazu muss die Bahn einen Änderungsplan erstellen. Denn die vier Meter hohe Schallschutzwand südlich der Südkurve muss in Richtung Bahndamm um 265 Meter länger werden. Dass es nördlich dieser Gleise aber keine Wand, sondern nur passiven Schallschutz in Form von beispielsweise Lärmschutzfenstern geben soll, empört die Bewohner des Hasenweidwegs: „Sind wir, weil wir weniger sind, weniger schützenswert?“ BI-Sprecher Brombeis empfiehlt seinen Nachbarn, „die demokratischen Einspruchsmöglichkeiten auszuschöpfen“.

Dass „geschmierte“ Schienen das Quietschen der Züge in dieser Kurve verringern, glauben nur wenige. Und dann sollen ja künftig deutlich mehr

sowohl Fern- als auch Nahverkehrszüge durch Lindau fahren. Wie viele das sein werden, kann Projektleiter Katz zwar nicht beantworten. „Denn die Fahrpläne gibt's ja noch nicht.“ Aber: Bevor nicht der Lärmschutz wirklich komplett ist, darf nach Katz' Worten „auch nicht ein Zug mehr fahren“. Angesichts der Dauer des bevorstehenden Planänderungsverfahrens werde der Bau des Schallschutzes nicht vor Anfang 2022 fertig sein, so ein Zeitplan des Projektleiters.

Noch länger wird es übrigens dauern, bis Radler und Fußgänger ohne lange Wartezeiten den Bahnübergang am Lotzbeckweg überqueren können. Katz erinnerte daran, dass die ursprünglich angedachte Bahnüberführung an die 14 Millionen Euro kosten und damit zu teuer sei. Nun sind nach seinen Worten zwei weitere Pläne in Arbeit, um einen Weg über Sühionen und Oberleitung zu finden. Das neue Bauwerk dort werde aber nicht vor Ende 2021 stehen.

### „Sind wir, weil wir weniger sind, weniger schützenswert?“

Anwohnerin des Hasenweidwegs



Mehr als 500 Schüler hat der Bund Naturschutz über Streuobstwiesen informiert.

Foto: Lea Blender

## Herbstzeit ist Streuobstzeit

Aktion Bund Naturschutz informiert über 500 Schüler bei Streuobstschulwochen

**Westallgäu** Was ist eine Streuobstwiese? Wie viele verschiedene Tierarten leben dort? Und: Wie kann ich die Streuobstwiesen schützen? Solche Themen haben über 500 Schüler von Lindau bis Stiefenhofen und Lehrkräfte bei den vom Bund Naturschutz in den vergangenen Wochen durchgeführten Streuobstschulwochen beschäftigt.

Mit Geschäftsstellenleiterin Claudia Grießer, Angela Maichel, Umweltbildnerin beim BN, und Christina Munz, ehemalige Bundesfreiwillige, tauchten die Schüler in die Welt des Streuobstes ein. Unterwegs waren sie auf verschiedenen Streuobstwiesen in Lindenberg, Simmerberg, Weißensberg, Wohmbrechts, Lindau und Reutin. Die Streuobstwiesenbesitzer stellten ihre Grundstücke zur Verfügung, um auf die Vielfalt und die ökologische Wertschätzung der Streuobstwiesen aufmerksam zu machen.

So lernten die Kinder viel über die Apfelsorten, deren Erhalt, die verschiedenen Baumarten und die in diesem besonderen Lebensraum vorkommenden Tierarten. Ein Schwerpunkt lag auf der Unterscheidung von konventioneller Obstplantage und Streuobstwiese. Dies wurde durch ein Spiel anschaulich dargestellt: Die Kinder sollen sich wie die Bäume in den Obstplantagen aufstellen und ganz eng nebeneinander stehen, so konnten sie hautnah die Unterschiede wahrnehmen.

„Ich hätte niemals gedacht, dass die Artenvielfalt auf der Streuobstwiese so faszinierend ist“, sagte Lea Blender, die derzeit ihren Freiwilligendienst bei der BN-Kreisgruppe absolviert.

Als Abschluss gab es für jeden Schüler Apfelsaft vom Streuobstwiesenprojekt des BN. Mit dem Kauf dieses Saftes können die Streuobstwiesen weiter erhalten werden. (wa)

BZ 16.11.19



### Schüler bei Streuobstschulwochen

Was ist eine Streuobstwiese? Wie viele verschiedene Tierarten leben dort? Und ganz wichtig: Wie kann ich die Streuobstwiesen schützen? Solche Themen beschäftigten die über 500 Schüler (von Lindau bis Stiefenhofen) und Lehrkräfte bei den vom BN durchgeführten Streuobstschulwochen. Mit Claudia Grießer, Geschäftsstellenleiterin des Bundes Naturschutz Lindau, Angela Maichel, Umweltbildnerin beim BN, und Christina Munz, ehemalige Bundesfreiwillige, tauchten die Schüler in die Welt des Streuobstes ein. Unterwegs waren sie auf verschiedenen Streuobstwiesen in Lindenberg, Simmerberg, Weißens-

berg, Wohmbrechts, Lindau und Reutin. Die Streuobstwiesenbesitzer stellten dafür gerne ihre Grundstücke zur Verfügung, um auf die Vielfalt und die ökologische Wertschätzung der Streuobstwiesen aufmerksam zu machen. So lernten die Kinder viel über die Apfelsorten, deren Erhalt, die verschiedenen Baumarten und die in diesem besonderen Lebensraum vorkommenden Tierarten. Ein Schwerpunkt lag auf der Unterscheidung von konventioneller Obstplantage und Streuobstwiese. Dies wurde durch ein Spiel anschaulich dargestellt. Zum Abschluss gab es Apfelsaft vom Streuobstwiesenprojekt des BN.

BZ-Foto: Grießer

06.11.19

# Südfinder

Immer dran.

## AUF ZUM BÜRGER- ENTSCHEID AM 10. NOV. 2019



**Schritt für Schritt wird Lindau zubetoniert!  
Jetzt ist der Karl-Bever-Platz dran.**

Ein Parkhauskoloss von 70 m Länge, 40 m Breite und bis zu 20 m Höhe, dazu noch ein Hotelbau. Und das vor dem Eingangstor zur Insel – eine städtebauliche Entgleisung! Daneben keine Spur von Nachhaltigkeit einer klimafreundlichen Verkehrspolitik. Stimmen Sie gegen die rückwärts gewandten Pläne der Stadt Lindau.

**Deshalb am 10.11.2019 mit „JA“ stimmen!**

BUND Naturschutz in Bayern e.V., Kreisgruppe Lindau (B)

V.i.S.d.P. Erich Jörg, Lotzbeckweg 1, 88131 Lindau.

12.6.19

## BN will höchstens ein jederzeit abbaubares Parkdeck

LINDAU (lz) - Der Bund Naturschutz spricht sich gegen das auf dem Karl-Bever-Platz geplante Parkhaus aus. BN-Kreisvorsitzender Erich Jörg wirbt für ein „Ja“ beim Bürgerentscheid am Sonntag.

Die Wahlberechtigten in Lindau entscheiden am Sonntag beim Bürgerentscheid über den Bebauungsplan für Parkhaus und Hotel auf dem Karl-Bever-Platz. Die Stadtratsmehrheit will dort ein mehrgeschossiges Parkhaus für 650 Autos bauen, um teilweise Ersatz für den Seeparkplatz auf der Hinteren Insel zu schaffen.

Der BN habe das Bürgerbegehren gegen dieses Vorhaben von Anfang an unterstützt, schreibt Jörg in einer Pressemitteilung. Bereits im Bauleitverfahren habe der BN Parkhaus und Hotel als zu groß und nicht verträglich am Eingangstor zur Insel angesehen. Für gut befinden die Naturschützer aber, dass der Stadtrat in dem Bebauungsplan die benachbarte Schindlerwiese als Grünoase gesichert habe. Vorstellen kann sich der BN höchstens „ein jederzeit wieder abbaubares Parkdeck im nördlichen Teil des Karl-Bever-Platzes“ vorstellen.

Die Naturschützer fordern von Stadtverwaltung und Stadtrat, sie sollten „endlich ein umweltfreundliches Verkehrskonzept auf den Weg bringen“, um etwa gegen die Klimakrise und Stau in Lindau zu tun. „Ein Parkhaus mit 650 Stellplätzen vor der Insel stellt eine nach rückwärts gewandte Verkehrspolitik dar“, urteilt Jörg, der vom Stadtrat Mut zu ganz neuen Lösungen fordert.

Der BN hält die vorgesehenen Baukörper in ihrer Größe „für eine städtebauliche Entgleisung an der Nahtstelle zwischen Festland und Insel“. Viele Lindauer seien besorgt, dass die Stadt schrittweise zubetoniert würde.

„Diese Sorgen sind auch unsere Sorgen“, schreibt der BN-Kreisvorsitzende und erwähnt die Großprojekte auf der Hinteren Insel, am Berliner Platz, an der Kemptener Straße und in der Ladestraße. Der BN setzt deshalb auf den Bürgerentscheid am Sonntag: „Wir erwarten ein deutliches Signal der Wahlberechtigten für ein Ende der ausufernden Baupolitik und einen wichtigen Impuls für eine zukunftsfähige Verkehrs- und Klimapolitik.“

LZ  
13.11.19

# Das Thema Wald ins öffentliche Bewusstsein rücken

Waldbezug des Bundes Deutscher Forstleute und des Bundes Naturschutz

LINDAU (LZ) - Knapp 20 Interessierte aus den beiden Verbänden Bund Deutscher Forstleute (BDF) und Bund Naturschutz (BN) hatten sich bei wunderbarer Herbststimmung zum gemeinsamen Waldbezug in der Rohrachschlucht eingefunden. Die Organisatoren hatten sich vorgenommen, verschiedene Waldbilder in der Rohrachschlucht anzuschauen und darüber zu diskutieren.

Anton Specht, beim Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) zuständig für Schutzwaldmanagement, begrüßte als BDF-Vertreter und stellte die Intention für das Treffen vor. So ginge es darum, aufzuzeigen, wo die Gemeinsamkeiten aber vielleicht auch die unterschiedlichen Sichtweisen der beiden Verbände auf den Wald lägen. Er habe die Dienstkleidung absichtlich zu Hause gelassen, da er an diesem Tag nicht als Forstbeamter auftrete, sondern als Verbandsvertreter. Isolde Miller, Gebietsbetreuerin beim BN unterstrich, dass solche Veranstaltungen

l103gem\_13\_Nov\_SV



Die Gruppe in der Rohrachschlucht.

FOTO: BUND NATURSCHUTZ

von beiden Verbänden auf Landesebene angeregt wurden, um im Waldnaturschutz bestmögliche Kooperation zu erreichen. Ziel der Verbände sei es auch, das Thema „Wald“ in seinen verschiedenen Facetten mit Positivbeispielen mehr

ins Bewusstsein der Öffentlichkeit und der Politik zu rücken.

Als erstes wurde ein Waldtyp vorgestellt, mit dem das Westallgäu bayernweit heraussteicht - der Plenterwald. Dieser ist ein Mischwald aus mehreren Baumarten mit verschiede-

nen alten Bäumen auf derselben Fläche. So steht dort der kniehohe zehnjährige Baumnachwuchs neben 250-jährigen Riesen. Es ist ein Wald, der stetig extensiv durch die Entnahme einzelner dicker Bäume genutzt wird und sich deshalb sehr gut selbst verjüngen kann. Diese Art der Waldbewirtschaftung hat im Westallgäu und im Bregenzer Wald eine sehr lange Tradition und sei mit einer Ursache dafür, dass es hier noch viele Wälder gebe, die diesen stufigen Aufbau aus verschiedenen Baumarten mit einer teilweise artenreichen Krautschicht vorweisen könnten, erklärte Christian Müller, der zuständige Revierförster für die Rohrachschlucht. Der Grundsatz der Plenterwaldbewirtschaftung ist, regelmäßig so viel Holz zu nutzen wie laufend nachwächst, nie darüber. Sowohl BDF als auch BN beurteilen diese lokale Spezialität ausgesprochen positiv und erhaltenswert.

Dass auch im Westallgäu intensiver Waldbau mit dem „Brotbaum“

Fichte betrieben wurde, konnte auf der nächsten besichtigten Fläche gesehen werden. Eine Fichtenmonokultur, für die der „Waldumbau“ vor einigen Jahren begonnen wurde. Die Waldbesitzerbereinigung Westallgäu (WBV) habe hier Bäume entnommen, um Platz für die Naturverjüngung zu schaffen. Die wenigen vorhandenen Altbuchen wurden gezielt als „Mutterbäume“ erhalten. Dass die Maßnahme erfolgreich war, könne man deutlich an den zahlreichen jungen Buchen und Tannen sehen, die nun, da das Licht bis zum Boden komme, eine Chance haben, freute sich Andreas Täger, der Geschäftsführer der WBV. Der Prozess des Umbaus vom Fichten-Reinbestand zum standortgerechten Mischwald bräuchte allerdings seine Zeit, bis der Generationswechsel vollzogen sei. Absolut einig sind sich BN und BDF darin, dass der Wildstand nicht zu hoch sein darf, damit der Nachwuchs der wichtigen Mischbaumarten nicht aufgefressen wird.

**WF**  
**Forstleute und**  
**Naturschützer**  
**tauschen sich aus**  
11.11.19

Westallgäu Knapp 20 Interessierte aus den beiden Verbänden Bund Deutscher Forstleute (BDF) und Bund Naturschutz (BN) haben sich zum gemeinsamen Waldbezug in der Rohrachschlucht eingefunden. Sie schauten sich verschiedene Waldbilder an und diskutierten darüber. Anton Specht, beim Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (AELF) zuständig für Schutzwaldmanagement, stellte die Intention für das Treffen vor. So ginge es darum, aufzuzeigen, wo die Gemeinsamkeiten, aber vielleicht auch die unterschiedlichen Sichtweisen der beiden Verbände auf den Wald lägen. BN-Gebietsbetreuerin Isolde Miller unterstrich, dass solche Veranstaltungen von beiden Verbänden auf Landesebene angeregt wurden, um im Waldnaturschutz bestmögliche Kooperation zu erreichen. Die Verbandsvertreter sind sich einig, dass nachhaltige Waldnutzung gut und wichtig ist. Holz als nachwachsender Rohstoff und Energiequelle wird absolut positiv gesehen. Allerdings seien auch totes Holz im Wald, Biotopbäume und Naturwaldflächen wichtig, um die Artenvielfalt zu erhalten. Wie es mit den Westallgäuer Wäldern im Zuge des Klimawandels weitergehen kann, darüber gab es auch Übereinstimmung: Nur gesunde Mischwälder mit mehr Laubholz sind den Herausforderungen der klimatischen Veränderungen gewachsen. Warme Jahre wie 2018 und 2019 förderten Schädlinge wie den Borkenkäfer. (wfa)

# LZ 14.11.19 Der Schwarzbau im Degermoos ist jetzt legal

Änderungen des Bebauungsplans vom Hergensweiler Gemeinderat beschlossen

Von Bastian Schmidt

**HERGENSWEILER** - Die Diskussion um den illegalen Anbau am Gebäude der Firma MB-Light Licht-Ton-Event am Rand des Naturschutzgebiets Degermoos ist offiziell beendet. Am vergangenen Dienstag haben die Hergensweiler Gemeinderäte einstimmig die von der Verwaltung vorgeschlagene Abwägung der Äußerungen, sowohl der Öffentlichkeit, als auch der Behörden beschlossen und damit den Weg für die Änderung des Bebauungsplans frei gemacht. Sobald die geänderte Version von Bürgermeister Wolfgang Strohmaier abgesegnet wird, ist der Anbau damit

rückwirkend legalisiert. Mit der Erarbeitung der Änderungen war das Stadtplanungsbüro „Planwerkstatt am Bodensee“ beauftragt worden. Der geänderte Bebauungsplan „Bernhardt Degermoos - Änderung“ hatte von Anfang Juli bis Anfang August öffentlich ausgelegen. Zeitgleich wurde er an 25 Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange geschickt, die in dieser Zeit ihre Bedenken äußern konnten.

## Kaum Bedenken

Aus der Bevölkerung war lediglich eine Äußerung eingegangen. Die hierin geäußerten Bedenken bezüglich der Lärmimmission und der grund-

sätzlichen Rechtmäßigkeit der Nutzung des angrenzenden Feldweges wurden von der Verwaltung zwar zur Kenntnis genommen, hatten nach Auffassung von Stadtplaner Rainer Waßmann aber keine Relevanz für den Beschlussvorschlag.

Von den 25 angeschriebenen Behörden und Trägern öffentlicher Belange hatte sich nur der BN Naturschutz in Bayern ablehnend zur Änderung geäußert. Der BN wiederholte seine bereits 2006 geäußerten Bedenken, dass es im Degermoos sukzessive zu einer Erweiterung der Gewerbefläche kommen würde. Auch diese Befürchtung wurde zur Kenntnis genommen, fand für den

Beschlussvorschlag allerdings keine Berücksichtigung, da die angrenzenden Schutzgebiete von der Änderung des Bebauungsplans laut Planungsbüro nicht betroffen seien.

Bereits im Jahr 2006 wurde die Nutzung des Geländes über einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan grundsätzlich planungsrechtlich gesichert. Statt der geplanten drei Pferdeboxen mit einer Fläche von 60 Quadratmetern hatte Firmeninhaber Marcel Bernhardt im rückwärtigen Bereich des Gebäudes allerdings auf 160 Quadratmetern einen Carport für die Fahrzeuge des Unternehmens errichtet. Eine nachträgliche Genehmigung lehnte das Landratsamt im

Jahr 2015 ab. Auch ein erster Änderungsantrag für den Bebauungsplan wurde im März dieses Jahres von den Hergensweiler Räten abgelehnt, da in diesem sowohl neue Flächen für Parkplätze ausgewiesen, als auch die zulässige Bauhöhe verändert worden war.

In der jetzt beschlossenen Änderung wurde zum einen die neue Nutzung der Fläche für Autos, sowie die zulässige Grundfläche (160 Quadratmeter), die Wandhöhe (5,43 Meter) und die Firsthöhe (6,60 Meter) im Änderungsbereich angepasst. Außerdem wurde der allgemeine Gesetzestext zur Lärmemission in den Plan aufgenommen.

WA

15.11.19

# Der Schwarzbau im Degermoos ist jetzt legal

Firmenanbau Gemeinderat Hergensweiler beschließt Änderung des Bebauungsplans

VON BASTIAN SCHMIDT

**Hergensweiler** Die Diskussion um den illegalen Anbau am Gebäude einer Firma am Rand des Naturschutzgebiets Degermoos ist offiziell beendet. Die Hergensweilerer Gemeinderäte haben einstimmig die von der Verwaltung vorgeschlagene Abwägung der Äußerungen – sowohl der Öffentlichkeit als auch der Behörden – beschlossen und damit den Weg für die Änderung des Bebauungsplans frei gemacht. Sobald

die geänderte Version von Bürgermeister Wolfgang Strohmaier abgesegnet wird, ist der Anbau damit rückwirkend legalisiert.

Aus der Bevölkerung war lediglich eine Äußerung bezüglich der Lärmimmission und der grundsätzlichen Rechtmäßigkeit der Nutzung des angrenzenden Feldweges eingegangen. Sie wurde von der Verwaltung zwar zur Kenntnis genommen, hat nach Auffassung von Stadtplaner Rainer Waßmann aber keine Relevanz für den Beschlussvorschlag.

Von den 25 angeschriebenen Behörden und Trägern öffentlicher Belange hatte sich nur der Bund Naturschutz in Bayern ablehnend geäußert. Der BN wiederholte seine bereits 2006 geäußerten Bedenken, dass es im Degermoos sukzessive zu einer Erweiterung der Gewerbefläche komme. Auch diese Befürchtung wurde zur Kenntnis genommen, fand allerdings keine Berücksichtigung, da die angrenzenden Schutzgebiete von der Änderung des Bebauungsplans nicht betroffen seien.

Bereits im Jahr 2006 wurde die Nutzung des Geländes über einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan grundsätzlich planungsrechtlich gesichert. Statt der vorgesehenen drei Pferdeboxen mit einer Fläche von 60 Quadratmetern hatte der Firmeninhaber im rückwärtigen Bereich des Gebäudes allerdings auf 160 Quadratmetern einen Carport für die Fahrzeuge des Unternehmens errichtet. Eine nachträgliche Genehmigung lehnte das Landratsamt im Jahr 2015 ab. Auch ein erster

Änderungsantrag für den Bebauungsplan wurde im März dieses Jahres von den Hergensweilerer Räten abgelehnt, da in diesem sowohl neue Flächen für Parkplätze ausgewiesen, als auch die zulässige Bauhöhe verändert worden war.

In der jetzt beschlossenen Änderung wurden zum einen die neue Nutzung der Fläche für Autos sowie die zulässige Grundfläche (160 Quadratmeter), die Wandhöhe (5,43 Meter) und die Firsthöhe (6,60 Meter) im Änderungsbereich angepasst. (sz)

# Bund Naturschutz pflanzt Bäume im Wäsen als „Zeichen des Lebens“

BN-Vorsitzender Erich Jörg und der Ehrenvorsitzende Eckart Prandner haben die Zeit des sehr emotionalen Wäsen-Streits selbst miterlebt

LINDAU (lz) - Vor 40 Jahren, im Sommer 1979, hat der Streit um den Schutz des Bodenseeufer am Wäsen in Zech monatelang hohe Wellen geschlagen. Damals wollten der Bezirk Schwaben eine riesige Jugendbildungsstätte und der berühmte Erfinder Felix Wankel ein Museum im Landschaftsschutzgebiet „bayerisches Bodenseeufer“ bauen. Letztlich blieb das Seeufer an dieser Stelle unverbaut. Jetzt haben Mitglieder des Bund Naturschutz dort vier Bäume gepflanzt – als eine Art Mahnung, Natur und Landschaft zu erhalten.

Die Wogen um mögliche Neubauten im Landschaftsschutzgebiet Wäsen gingen vor 40 Jahren hoch. Der Streit beherrschte wochenlang die Schlagzeilen der regionalen wie überregionalen Presse. Dazu trug vor allem der vehemente Einsatz des bundesweit bekannten und Anfang dieses Jahres verstorbenen Naturschützers, Film- und Buchautors Horst Stern bei. Am Ende siegten die Bürger: Die Pläne mussten aufgegeben werden. Der Wäsen blieb von einer Bebauung verschont und der zeitweilige für einen Teilbereich aufgehobene Landschaftsschutz wurde wiederhergestellt.

Die Stadt Lindau habe danach viel für die ökologische Aufwertung des gesamten Gebietes getan, lobt der Kreisvorsitzende des BN jetzt in einer Pressemitteilung. Sie ließ alte Gemäuer abbrechen, entsiegelte asphaltierte Wege und pflanzte Bäume und Sträucher. Die Lindauer Naturschützer sprechen heute vom bedeutendsten Natur- und Erholungs-



Bei der Pflanzaktion auf dem Wäsen: (von links) Eckart Prandner, Erich Jörg, von der GTL Martin Geuting, Martin Lein, Felix Weber, Claudia Grießer von der BN-Geschäftsstelle und BN-Mitglied Martin Nuber. FOTO: LEA BLENDER/BUND NATURSCHUTZ

raum am bayerischen Bodenseeufer. Aus Anlass des Jubiläums 40 Jahre Wäsenrettung erinnerte die BN-Kreisgruppe im September mit einer Veranstaltung vor Ort an die Zeit vor 40 Jahren. „Wir wollten mit Freude

und Dankbarkeit der Menschen gedenken, die sich vor vier Jahrzehnten so großartig und erfolgreich dem Naturschutz verschrieben haben“, erklärt der Lindauer BN-Kreisvorsitzende Erich Jörg.

Als sichtbares Zeichen der Dankbarkeit und Erinnerung hatte der BN im September eine Baumpflanzaktion angekündigt, die wegen des Laubgangs damals noch nicht möglich gewesen ist. Das wurde jetzt nachge-

holt. Auf städtischem Grund auf dem Wäsen pflanzten der Ehrenvorsitzende der Lindauer Alpenvereinssektion (DAV), Eckart Prandner, und Erich Jörg als Vorsitzender der BN-Kreisgruppe Lindau zwei Linden und zwei Eichen. Prandner wie Jörg waren 1979 Mitstreiter um die Freihaltung des Bodenseeufer, Prandner als DAV-Sektionsvorsitzender und Jörg als DAV-Mitglied und Angehöriger des Bürgerkomitees.

Beide würdigten nochmals die vielen Menschen, die sich vor 40 Jahren für den Schutz des Bayerischen Bodenseeufer eingesetzt haben, vor allen Dingen das Wirken von Horst Stern. Er habe den Vorgängen bundesweite Aufmerksamkeit beschert und maßgebend zum Erfolg beigetragen. Nach Aussage der Lindauer Naturschützer hätte die Baumpflanzaktion auf dem Grundstück stattfinden sollen, auf dem die riesige Jugendbildungsstätte hätte gebaut werden sollen. Doch der Bezirk Schwaben, der noch heute im Besitz des Geländes ist, hätte das abgelehnt, heißt es in der Pressemitteilung des BN.

Erich Jörg dankte den Mitarbeitern der Lindauer Stadtgärtnerei, insbesondere Martin Lein, der laut BN-Schreiben „in höchst kooperativer Weise“ die Aktion ermöglicht habe. Eckart Prandner, der als Privatperson einen Baum stiftete – die übrigen kamen vom BN – sowie Jörg erklärten, diese vier Bäume sollen die Erinnerungen an die damaligen Ereignisse wachhalten. Sie seien ein Zeichen des Lebens im Lindauer Stadtgebiet.

L  
Z  
25  
M.  
19

# WA Linden und Eichen erinnern an Naturschutz Erfolg vor 40 Jahren

25. Baumpflanzung Damals stemmten sich Bürger gegen die Bebauung eines wertvolles Grundstücks am Bodenseeufer

11.  
19

Lindau Mit einer Baumpflanzaktion hat der Bund Naturschutz (BN) an einen Erfolg erinnert, den er vor 40 Jahren am Bodenseeufer errang.

Im Sommer 1979 schlug der Streit um den Schutz des Bodenseeufer am sogenannten „Wäsen“ in Lindau-Zech monatelang hohe Wellen. Damals wollte der Bezirk Schwaben eine große Jugendbildungsstätte und der berühmte Erfinder Dr. Felix Wankel ein Museum im Landschaftsschutzgebiet „Bayerisches Bodenseeufer“ bauen. Zu diesem Zweck hob gar der Lindauer Kreistag die Schutzgebietsverordnung in diesem Bereich auf. Vehement setz-

te sich der bekannte Naturschützer, Film- und Buchautor Horst Stern für das Gebiet ein, der im Januar im Alter von über 95 Jahren bei Passau gestorben ist. Am Ende siegte der Wille des Volkes, der Wäsen blieb von einer Bebauung verschont.

Die Stadt Lindau hat danach viel für die ökologische Aufwertung des Gebietes getan, brach alte Gemäuer ab, entsiegelte asphaltierte Wege und pflanzte Bäume und Sträucher. Heute sprechen die Lindauer Naturschützer vom „bedeutendsten Natur- und Erholungsraum am bayerischen Bodenseeufer“.

An den Erfolg vor 40 Jahren hat



Bei der Pflanzaktion auf dem Wäsen: von links Eckart Prandner und Erich Jörg sowie Martin Geuting, Martin Lein, Felix Weber, Claudia Grieser von der BN-Geschäftsstelle und BN-Mitglied Martin Nuber.

Foto: Bund Naturschutz

die BN-Kreisgruppe im September mit einer Veranstaltung erinnert. Jetzt folge jahreszeitenentsprechend die Baumpflanzung. Auf städtischem Grund auf dem Wäsen pflanzten der Ehrenvorsitzende der Lindauer Alpenvereinssektion (DAV), Eckart Prandner, und Erich Jörg als Vorsitzender der BN-Kreisgruppe zwei Linden und zwei Eichen.

Prandner wie Jörg waren 1979 Mitstreiter um die Freihaltung des Bodenseeufer. Beide würdigten nochmals die vielen Menschen, die sich für den Schutz des Bayerischen Bodenseeufer eingesetzt haben. (wa)

# LZ 29.11.18 Scheidegger Snowfarming-Projekt gescheitert

Die Gemeinde wollte noch vor dem ersten Schneefall eine Langlaufstrecke präparieren

Von Thilo Bergmann

SCHEIDEGG - Wie andere Winter-sportgemeinden auch, wollte Scheidegg im Kreis Lindau seinen Übernachtungsgästen Schnee garantieren, auch wenn dieser noch gar nicht gefallen ist. Testweise wohl gemerkt. Um zu sehen, was technisch machbar ist.

Neun Monate später herrscht Ernüchterung - von den eingelagerten 800 Kubikmetern Schnee sind nur noch 170 Kubikmeter übrig. Das sind lediglich 21 Prozent. Bei vergleichbaren Projekten sind es bis zu 70 Prozent, die den Sommer überstehen, sagt Bürgermeister Ulrich Pfanner (CSU). Eigentlich sei das Ganze auch anders geplant gewesen, resümiert der Verwaltungschef.

Um den Tourismus anzukurbeln brauche es neue Konzepte - das Weihnachtsgeschäft laufe ohne Schnee nun mal schlechter, so die Tourismus-Verantwortliche Marina Boll. Ab Dezember 2018, so der Plan, hätte eine Schneekanone insgesamt 2000 Kubikmeter Schnee produzieren sollen, dann wäre der Verlust über den Sommer auch deutlich geringer ausgefallen. „Der Haufen muss eine gewisse Größe haben, damit er sich selbst kühlt“, so Pfanner. Doch die Genehmigung des Landratsamts kam erst im Februar - und schließlich wurde es auch zu warm für das Snowfarming.

Für das Einlagern hat die Gemeinde schließlich 350 Kubikmeter Kunstschnee und 450 Kubikmeter Naturschnee aufgeschüttet und mit einer 50 bis 70 Zentimeter dicken Schicht Hackschnitzel zugedeckt. Doch auch hier wurde nicht alles richtig gemacht. Der Naturschnee sei als erstes geschmolzen, klagt Ulrich Pfanner. „Davon haben auch alle Spezialisten abgeraten“, sagt er. Er betont, dass das Ganze ein Experiment gewesen sei - nur eben kein erfolgreiches.

Nun spricht in Scheidegg niemand mehr über zukünftige



Von dem stolzen Schneeberg ist nur noch ein Häufchen übrig.

Snowfarming-Ambitionen. „Wir sind halt nicht Davos“, sagt Pfanner, auch wenn er nicht ausschließen möchte, dass man sich mit anderen Gemeinden über die eigenen Erfahrungen austauschen möchte. 15 000 Euro hatte Scheidegg insgesamt für das Projekt veranschlagt, am Ende wurden es knapp 16 000 Euro. Von Umweltschützern wurde das Scheidegger Vorhaben stets kritisiert, weil damit der Klimawandel missachtet würde. Die Kreisgruppe Lindau (Bodensee) des Bund Naturschutz in

Bayern begrüßt das Aus. „Es war ein hilfloser wie bizarrer Versuch, Winterfreuden auf künstlich-technische Weise herbeizuzwingen“, sagt BN-Vorsitzender Erich Jörg.

Die Naturschützer hätten demnach schon im Frühjahr darauf hingewiesen, dass der Markt Scheidegg seine Vorbildfunktion einbüßen könnte, wenn er den Prozess um die Kunstschneeerzeugung vorantreibe. „Der Sündenfall um das Kunstschneelager darf nicht gegengerechnet werden. In Wahrheit schädigt er

Text Fortsetzung →

Fortsetzung Text

"Scheidegger Snowfarming-Projekt gescheitert"



Der Schnee war mit 50 bis 70 Zentimeter Hackschnitzel bedeckt.

FOTOS: THILO BERGMANN

den Ruf Scheideggs als Vorzeige-  
gemeinde bei Energieeinsparung und  
-effizienz", urteilt Erich Jörg.

Ulrich Pfanner ärgert sich über  
die Kritik. Scheidegg tue viel für den  
Klimaschutz, betont er. Auch dürfe  
man nicht vergessen, dass Arbeits-  
plätze am Tourismus hängen wür-  
den. „Da muss man Angebote schaf-  
fen“, sagt Pfanner. Wäre genug  
Schnee übriggeblieben, hätte man  
damit rund 1,5 Kilometer Langlauf-  
Loipen spuren können, so die Be-  
rechnung.

Wie genau das dann vonstatten-  
gegangen wäre, weiß man in Schei-  
degg allerdings nicht. „Da fehlt uns  
jetzt die Erfahrung“, so Pfanner. Ob  
das ganze schließlich überhaupt  
wirtschaftlich erfolgreich gewesen  
wäre, ist auch ungewiss, gibt er zu.  
„Aus Marketingsicht hätte es sich  
aber gelohnt.“ Was die Tourismus-  
Ideen angeht, ist man in Scheidegg  
bereits beim nächsten Vorhaben. Ein  
Skibus bringt Touristen ab dieser  
Saison in das nahe gelegene Skige-  
biet Mellau. „Dann ist nur noch ein

Bus unterwegs, statt 30 Autos. Das  
schont auch das Klima“, ist CSU-  
Mann Pfanner überzeugt. Den übrig-  
gebliebenen Schnee will man in  
Scheidegg übrigens noch verwenden  
- für eine Schneebahn vielleicht. Oder  
als Deko auf dem Christkindlmarkt.



Ein Drohnenvideo zum  
Snowfarming-Projekt  
finden Sie online unter  
[schwäbische.de/snowfarming-  
scheidegg](http://schwäbische.de/snowfarming-scheidegg)

## Erich Jörg

„Wir freuen uns außerordentlich über diese höchst positive Entscheidung der Gemeinde Nonnenhorn. Sie ist ein ganz wichtiger Beitrag zur Begrenzung des Flächenfraßes in Bayern“, sagt Erich Jörg vom BUND Naturschutz Lindau zum Beschluss der Gemeinde Nonnenhorn, die ab sofort Zweitwohnungen verbietet. Seiner Meinung nach soll dies nun auch andere Gemeinden ermuntern zum Nachahmen.



SF  
13.  
11.  
19

## LINDAUER RÜCKBLICK

BZ 30.11.19



### Vier Bäume zum Gedenken gepflanzt

Aus Anlass des Jubiläums „40 Jahre Wäsenrettung“ erinnerte die BN-Kreisgruppe im September mit einer Veranstaltung vor Ort an die erfolgreichen Tage vor 40 Jahren. Im September konnte als sichtbares Zeichen der Dankbarkeit und Erinnerung eine Baumpflanzung wegen Laubbehangs noch nicht vorgenommen werden. Das wurde jetzt nach-

geholt. Auf städtischem Grund auf dem Wäsen pflanzten der Ehrenvorsitzende der Lindauer Alpenvereinssektion (DAV), Eckart Prandner, und Erich Jörg als Vorsitzender der BN-Kreisgruppe Lindau zwei Linden und zwei Eichen. Prandner wie Jörg waren 1979 Mitstreiter um die Freihaltung des Bodenseeuferes.

BZ-Foto: BN Lea Blender

## Ökologisch unsinnig

### Laubsauger- und -bläser schaden

**Westallgäu.** Sie sparen zwar Zeit und Mühe, schaden aber der Umwelt mit Abgasen, Lärm, Feinstaub und Keimen enorm. Über all dem steht aber auch der tausendfache Tod von Insekten und anderen Tieren, die sich gerade im Herbst im Schutz der herabfallenden Blätter verstecken. Durch Laubsauger werden lockerer Oberboden, Humusteile, Pflanzenreste und Blätter aufgesaugt, und Kleintiere, die wichtige ökologische Funktionen für den Boden besitzen, werden mit dem Laub zerhackt.

Dazu kommt, dass der Stoffkreislauf unter dem Baum unterbrochen wird, es werden Nährstoffe, Deckung, Winterschutz und Nahrung für alle Kleinlebewesen vernichtet und langfristig auch der Baum geschädigt. Denn auch ihm wird mit dem entfernten Laub der Nährstoffnachschub aus dem sich zersetzenden Laub entzogen. Deshalb empfiehlt der Bund Naturschutz auf den Gebrauch von Laubsaugern/-bläsern zu verzichten.

#### Lebensraum für Igel

Möchte man das Laub entfernen, kann auch ein Laubrechen verwendet werden, auf Rasenflächen lässt man die Blätter am besten bis zum fast vollständigen Laubabfall liegen und recht sie dann zusammen. Eine dünne Laubschicht führt dem Boden sogar Nährstoffe zu. Als Überwinterungshilfe für Igel lässt sich ein Laubhaufen an Hecken ebenfalls nutzen.



Bilder: ZAK GmbH, Landratsamt Lindau, Audee Stock

Foto v.l.n.r: Elmar Stegmann, Landrat Lindau, 1. stellv. Aufsichtsrats- und Verbandsvorsitzender des ZAK, Renate Jeni, ZAK-Abfallberatung, Isolde Miller, Bund Naturschutz, Martina Bosert, Rektorin, Schüler der 1. Klasse der Grundschule Bodolz

ZAKI-BROTZEITDOSE FÜR SCHULKINDER DER 1. KLASSE

# Verpackung? – Nö, kommt nicht in die Dose!



In Zusammenarbeit mit dem Bioring Allgäu und dem Bund Naturschutz Lindau verteilt der ZAK bereits zum 15. Mal in Folge die beliebten ZAKi-Brotzeitdosen an Allgäuer Erstklässler. So macht Abfallvermeidung richtig Laune!

**WIEDER ERHALTEN 2.700 SCHULANFÄNGER** im ZAK-Gebiet die ZAKi-Brotzeitbox. Gefüllt mit gesunden, regionalen und fair gehandelten Produkten. Und so sieht ein gesundes Schulfrühstück aus: eine Möhre, ein Apfel, eine Scheibe Vollkornbrot, ein Müsli, ein Teebeutel, ein Brotaufstrich und etwas Süßes. Alle Lebensmittel stammen aus kontrolliert biologischem Anbau und soweit möglich aus der Region.

Der ZAK will den Kindern schon von Anfang an die Möglichkeit aufzeigen, wie man ganz einfach über-

flüssige Verpackung vermeiden kann. Mit einer Infobroschüre zur Aktion gibt's weitere Tipps, wie Eltern ihren Kindern auch in Zukunft eine gesunde und verpackungsfreie Brotzeit zusammenstellen können.

Und das Beste: Die Aktion ist seit Jahren ein voller Erfolg. Denn wer heute die Schulen im Allgäu besucht, kann feststellen, dass nahezu jedes Kind mit einer Brotzeitdose ausgerüstet ist. Das gilt auch für die höheren Klassen. Da macht es auch gar nichts aus, dass nicht jede Brotzeitbox vom ZAKi ist ...

## Bleibt am Ende ein „Monte Buhmann“?

Zum Bericht „Fragezeichen über geplantes Gewerbegebiet“ vom 19. Dezember, in dem es um die Sitzung der Verbandsversammlung für das Interkommunale Gewerbegebiet im Argental ging.

Hat der Verbandsvorsitzende den Vorbericht des Haushaltsplans nicht gelesen? Während darin von einer Verschiebung des Baubeginns ausgegangen wird, will er sofort beginnen. Für den externen Betrachter liest es sich, als wären die

anderen Verbandsräte zurückhaltender. Will sich der scheidende Bürgermeister von Gestatz hier noch ein Denkmal setzen? Im Falle eines ablehnenden Gerichtsurteils könnte man den Kieshügel liegen lassen und als „Monte Buhmann“ touristisch erschließen. Im Übrigen ist die Meinung eines Ministers für das Verwaltungsgericht sicher nicht von Belang.

Michael Jäger, Röthenbach

WA  
Zf.  
12  
19

Y

# WA 19.12.19 Fragezeichen über geplantem Gewerbegebiet

Zweckverband Weil Bund Naturschutz gegen das interkommunale Vorhaben klagt, ist der zeitliche Ablauf schwer zu kalkulieren. Laut Vorsitzendem Buhmann gibt es derzeit neun Interessenten für Flächen „In der Au“. Der Verkauf könnte 2021 starten

VON OLAF WINKLER

**Grünenbach** Der Haushalt 2020 ist genehmigt, die Baumaschinen stehen für den Beginn der Erschließungsarbeiten bereit, und zwei neue Interessenten für Grundstücke gibt es auch: Auf den ersten Blick scheint alles seinen normalen Weg zu gehen rund um das interkommunale Gewerbegebiet Argental. Aber da ist das anhängige Klageverfahren des Bund Naturschutz. Und so steht über dem, was im neuen Jahr passieren soll, ein großes Fragezeichen. Das hat auch die Versammlung des Zweckverbandes in Grünenbach gezeigt.

Schon im Haushaltsjahr 2019 standen die Finanzmittel für die Erschließung bereit. Abgerufen wurden sie freilich nicht. Denn bis heute ist außer dem symbolischen Spatenstich und dem Aufschütten eines größeren Kieshügels nichts passiert in der Au, wo die vier Argentalgemeinden seit Jahren ihr interkommunales Gewerbegebiet planen. Vor einigen Tagen sind zwei Baumaschinen vor Ort platziert worden. Sobald die Witterung es zulasse, wolle die beauftragte Baufirma mit den Erschließungsarbeiten beginnen,



Neben einem größeren Kieshügel deuten seit einigen Tagen auch zwei Baumaschinen auf den Beginn der Erschließungsarbeiten in der Au zwischen Gestratz und Grünenbach hin. Foto: Olaf Winkler

kündigte Verbandsvorsitzender Johannes Buhmann an. Einen offiziellen Baustopp gibt es nicht – weder von einem Gericht verhängt noch vom Zweckverband auf freiwilliger Basis beschlossen.

Im Vorbericht zum Haushaltsplan ist indes zu lesen: „Abhängig von Zeitpunkt und Art der jeweiligen Entscheidung des Gerichts kann

es durchaus sein, dass eine Realisierbarkeit nicht in 2020 möglich ist und sich damit der Baubeginn in die Folgezeit verschiebt.“

Bestätigt fühlen sich Buhmann und die Verbandsräte von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. Den hatte Buhmann vor wenigen Tagen gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Eric Beißwenger

besucht (wir berichteten). Dabei hatte Aiwanger seine direkte Unterstützung bei der Umsetzung zugesagt.

„Panikmache“ sind aus Sicht von Buhmann Aussagen, dass im Gewerbegebiet größere Hallen entstehen könnten. Das Gebiet sei für Betriebe geplant, die keine solche Strukturen benötigen. Aktuell gibt es neun Interessenten für Grundstücke, so Buhmann. Zwei sind seit der letzten Sitzung des Zweckverbandes hinzugekommen. Sie wollen 4000 beziehungsweise 5000 Quadratmeter Gewerbegrund kaufen und stammen aus einer der vier Argentalgemeinden und aus dem bayerischen Westallgäu. Namen nannte Buhmann nicht.

Über die Vergabe der Grundstücke will der Zweckverband erst entscheiden, wenn die Erschließung begonnen hat. „Die neun Bewerber passen aber in unser Raster“, sagte der Verbandsvorsitzende. Mit größeren Einnahmen rechnet der Zweckverband im Jahr 2021. Dann sollen die erschlossenen Grundstücke verkauft werden. Diese Einnahmen sollen dazu dienen, die zinsfreien Kredite der Argentalgemeinden zurückzuzahlen.

Verbandsrat Franz-Peter Seidl aus Gestratz bekannte: „Ich habe da eine gedankliche Hürde“. Angesichts des laufenden Normenkontrollverfahrens könne sich die Erschließung „schnell einmal um zwei Jahre“ verschieben. Der Finanzplanung entnehme er aber, dass eine Planungssicherheit bestehe.

VG-Geschäftsstellenleiter Thomas Schiochet stellte klar: Die Rückzahlung an die Kommunen könne entweder aus den Verkaufserlösen heraus erfolgen oder aus neu aufzunehmenden Darlehen. Denkbar sei aber auch eine weitere Verlängerung der Darlehen durch die Kommunen. Diese könnten auf diese Weise Strafzinsen für ihre Guthaben umgehen, sagte Buhmann. Röhrenbach hat indes das zinslose Darlehen über 125 000 Euro nicht verlängert. Die Gemeinde benötigt das Geld für den Ausgleich ihres Haushaltes.

Neben den Kosten für die Erschließung bestimmt vor allem der Erwerb von Grundstücken die Ausgabenseite im Haushalt des Zweckverbandes. 2020 sind hierfür 520 000 Euro vorgesehen, in den drei Folgejahren jeweils 111 000 Euro.

# GWG und BN streiten über einen gefällten Baum

Eine Linde im Bürgermeister-Thomann-Weg muss einem Neubau weichen

LINDAU (dik) - Wieder einmal gibt es in Lindau Streit um einen gefällten Baum. Bund Naturschutz und GWG sind wegen einer Linde im Bürgermeister-Thomann-Weg unterschiedlicher Meinung.

GWG-Geschäftsführer Alexander Mayer hat die Linde, einen Walnussbaum und umgebende Hecken roden lassen, weil sie einem Neubau im Wege standen. Mayer berichtet, dass die GWG das Gebäude mit der Hausnummer 12 demnächst abreißen lassen werde. Wenn Mayer Baufirmen findet, die den Auftrag annehmen soll möglichst bald der Neubau beginnen.

Der LZ berichtet Mayer, dass die GWG dort einen Neubau mit 15 Woh-

nungen plant, von denen zehn Sozialwohnungen werden. Die Wohnungen sollen allesamt barrierefrei sein. Das aber hat laut Mayer zur Folge, dass die Gebäude wesentlich tiefer werden als die dort bisher stehenden Häuser. Zum Problem werde das, weil auf beiden Seiten Bäume stehen.

Die GWG habe einen Fachmann beauftragt, der den Eschen, Ahorn und anderen Bäumen auf der Westseite eine hohe Vitalität bescheinigt hat. Da dort viel mehr Bäume betroffen wären als auf der Ostseite, habe die GWG den Neubau so geplant, dass Linde und Walnussbaum fallen müssen, die anderen aber stehen bleiben.

Laut Mayer hat die GWG sogar geprüft, ob eine Fachfirma die Linde und den Walnuss versetzen könnte, auch wenn das deutlich mehr als 10 000 Euro gekostet hätte. Doch die Firma habe das als unmöglich dargestellt.

BN-Kreisvorsitzendem Erich Jörg sind all diese Argumente bekannt, er akzeptiert sie aber nicht. Die GWG als Unternehmen der Stadt müsste seiner Ansicht nach ganz besonders vorbildlich sein. In diesem Fall wäre eben eine andere Architektur nötig gewesen, schreibt er an die LZ.

Mayer wiederum verweist darauf, dass die GWG für jeden gefällten Baum heuer fünf junge Bäume pflanzt. Hinzu kämen heuer wegen des GWG-Jubiläums 90 frisch gepflanzte Bäume im Stadtgebiet. Damit werde die GWG ihrer Vorbildfunktion mehr als gerecht.



Dass die GWG diese Linde gefällt hat, missfällt dem BN.

FOTO: BN

LZ 21.12.19



LE 23.12.19

# Großes Fragezeichen über Gewerbegebiet wegen Klage

Laut Vorsitzendem Buhmann gibt es derzeit neun  
Interessenten für Flächen „In der Au“ im Argental

GRÜNENBACH (owi) - Der Haushalt 2020 ist genehmigt, die Baumaschinen stehen für den Beginn der Erschließungsarbeiten bereit, und zwei neue Interessenten für Grundstücke gibt es auch: Auf den ersten Blick scheint alles seinen normalen Weg zu gehen rund um das interkommunale Gewerbegebiet Argental. Aber da ist das anhängige Klageverfahren des Bund Naturschutz'. Und so steht über dem, was im neuen Jahr passieren soll, ein großes Fragezeichen. Das hat auch die Versammlung des Zweckverbands in Grünenbach gezeigt.

Schon im Haushaltsjahr 2019 standen die Finanzmittel für die Erschließung bereit. Abgerufen wurden sie freilich nicht. Denn bis heute ist außer dem symbolischen Spatenstich und dem Aufschütten eines größeren Kieshügels nichts passiert in der Au, wo die vier Argentalgemeinden seit Jahren ihr interkommunales Gewerbegebiet planen. Vor einigen Tagen sind zwei Baumaschinen vor Ort platziert worden. Sobald die Witterung es zulasse, wolle die beauftragte Baufirma mit den Erschließungsarbeiten beginnen, kündigte Verbandsvorsitzender Johannes Buhmann an. Einen offiziellen Baustopp gibt es nicht - weder von einem Gericht verhängt noch vom Zweckverband auf freiwilliger Basis beschlossen.

Im Vorbericht zum Haushaltsplan ist indes zu lesen: „Abhängig von Zeitpunkt und Art der jeweiligen Entscheidung des Gerichts kann es durchaus sein, dass eine Realisierbarkeit nicht in 2020 möglich ist und sich damit der Baubeginn in die Folgezeit verschiebt.“

Bestätigt fühlen sich Buhmann und die Verbandsräte von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. Den hatte Buhmann vor wenigen Tagen gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Eric Beißwenger besucht (wir berichteten). Dabei hatte Aiwanger seine direkte Unterstützung bei der Umsetzung zugesagt.

„Panikmache“ sind aus Sicht von Buhmann Aussagen, dass im Gewerbegebiet größere Hallen entstehen könnten. Das Gebiet sei für Betriebe

geplant, die keine solche Strukturen benötigen. Aktuell gibt es neun Interessenten für Grundstücke, so Buhmann. Zwei sind seit der letzten Sitzung des Zweckverbandes hinzugekommen. Sie wollen 4000 beziehungsweise 5000 Quadratmeter Gewerbegrund kaufen und stammen aus einer der vier Argentalgemeinden und aus dem bayerischen Westallgäu. Namen nannte Buhmann nicht.

Über die Vergabe der Grundstücke will der Zweckverband erst entscheiden, wenn die Erschließung begonnen hat. „Die neun Bewerber passen aber in unser Raster“, sagte der Verbandsvorsitzende. Mit größeren Einnahmen rechnet der Zweckverband im Jahr 2021. Dann sollen die erschlossenen Grundstücke verkauft werden. Diese Einnahmen sollen dazu dienen, die zinsfreien Kredite der Argentalgemeinden zurückzuzahlen.

Verbandsrat Franz-Peter Seidl aus Gestratz bekannte: „Ich habe da eine gedankliche Hürde“. Angesichts des laufenden Normenkontrollverfahrens könne sich die Erschließung „schnell einmal um zwei Jahre“ verschieben. Der Finanzplanung entnehme er aber, dass eine Planungssicherheit bestehe.

VG-Geschäftsstellenleiter Thomas Schiochet stellte klar: Die Rückzahlung an die Kommunen könne entweder aus den Verkaufserlösen heraus erfolgen oder aus neu aufzunehmenden Darlehen. Denkbar sei aber auch eine weitere Verlängerung der Darlehen durch die Kommunen. Diese könnten auf diese Weise Strafzinsen für ihre Guthaben umgehen, sagte Buhmann. Röthenbach hat indes das zinslose Darlehen über 125 000 Euro nicht verlängert. Die Gemeinde benötigt das Geld für den Ausgleich ihres Haushaltes.

Neben den Kosten für die Erschließung bestimmt vor allem der Erwerb von Grundstücken die Ausgabenseite im Haushalt des Zweckverbands. 2020 sind hierfür 520 000 Euro vorgesehen, in den drei Folgejahren jeweils 111 000 Euro.

WA 31.12.19



Der Landesbund für Vogelschutz kürte zum Abschluss des Jahres Gewinner und Verlierer: Für den Weißstorch, der sich munter vermehrt, und den Böhmischen Enzian, der im Bayerischen Wald eine Rückkehr feiert, war 2019 demnach ein gutes Jahr. Für den Wald, Stichwort Fichtensterben, und die Uferschnepfe, die an Lebensraum verliert, war es ein schlechtes.

Fotos: Leanza, dpa/Wittig, LBV/Stratenschulte, dpa/Zach, LBV

## Naturschützer lassen nicht locker

**Landespolitik** Der Landesbund für Vogelschutz und der Bund Naturschutz nehmen die Staatsregierung ins Visier und fordern eine zügige Umsetzung der Ziele des Volksbegehrens

Text Folio 2019a ↓ ↓ ↓

# "Naturschützer lassen nicht locker..."

VON ULI BACHMEIER

**München** Die großen Naturschutzverbände in Bayern wollen nach dem erfolgreichen Volksbegehren zum Artenschutz auch im kommenden Jahr treibende politische Kraft der Landespolitik sein. Sowohl der Bund Naturschutz (BN) als auch der Landesbund für Vogelschutz (LBV) kündigten am Montag an, den politischen Druck auf die Staatsregierung aufrechtzuerhalten, mit dem Gesetzespaket zum Artenschutz auch praktisch umgesetzt zu werden. Dies sei, so sagte der LBV-Landesvorsitzende Norbert Schäffer im Gespräch mit unserer Zeitung, "ein Stück weit am Verzweifelten, weil vieles eben noch nicht passiert".

Der LBV-Landesvorsitzende Richard Mergner sagte, die Naturschützer seien "ein Stück weit am Verzweifelten, weil vieles eben noch nicht passiert".

Söder Forderungen nach mehr Natur-, Arten- und Klimaschutz mit dem Begriff „Verbotspolitik“ bekämpfe. „Das ist für uns ein Unwort“, sagte Mergner. Wer etwas erreichen wolle, brauche klare Regelungen.

Schäffer kündigte an, der LBV werde sehr genau darauf achten, dass für die Umsetzung des Gesetzespakets zum Artenschutz „ausreichend Gelder zur Verfügung gestellt werden und es nicht zu einer Verwässerung von Gesetzen und Zielen kommt“. Zu diesem Zweck habe der Verband Wissenschaftler einer Universität beauftragt. Sie sollen Indikatoren erarbeiten, anhand derer der Grad der Umsetzung gemessen werden könne. „Dass das Volksbegehren zum Gesetz geworden ist, bedeutet ja noch nicht, dass wir eine einzige Feldlerche mehr haben.“

Um praktische Fortschritte zu erzielen, wollen die Naturschutzverbände zudem engeren Kontakt zu Landwirten suchen. Schäffer betonte, dass er Verständnis habe für die Sorgen der Bauern. „Wenn mir Landwirte sagen, sie haben Existenzängste, nehme ich das sehr ernst. Aber seien wir ehrlich: Das Volksbegehren Artenvielfalt in Bayern hat die Krise in der Landwirtschaft nur öffentlich gemacht, Pro-

bleme hatten Bäuerinnen und Bauern schon viel früher. Es sind vor allem die agrarpolitischen Rahmenbedingungen, die unseren Landwirten zusetzen“, sagte Schäffer.

Auch Mergner sieht das so: „Die Landwirtschaft ist nicht durch höhere Umweltauflagen bedroht, sondern dadurch, dass sie einem erhöhten Preisdruck ausgesetzt ist.“ Entscheidend sei eine andere Agrarpolitik, sagte der BN-Vorsitzende und

## Hat der Runde Tisch noch eine Zukunft?

verwies auf die europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“, die von einem breiten internationalen Trägerkreis gestartet worden sei. Er warnt: „Wenn sich die bayerische Agrarpolitik nicht endlich für ein Umsteuern in der EU-Agrarpolitik einsetzt und unfaire Handelsabkommen wie CETA und Mercosur stoppt, droht der Intensivierungsdruck die Effekte des Volksbegehrens wieder zunichtemachen.“

Es sei illusorisch zu glauben, dass die vergleichsweise kleinteilige bäuerliche Landwirtschaft in Bayern gegen die großflächige Konkurrenz in Argentinien, den USA oder Russ-

land dauerhaft bestehen könne, sagte Mergner. „Wachsen oder weichen“ könne nicht länger die Devise sein. „Ich glaube, dass es viele Bäuerinnen und Bauern gibt, die nicht mehr auf dieses Heilsversprechen des Bauernverbandes hereinfallen.“

Gewisse Unterschiede zeigen sich zwischen BN und LBV in der Beurteilung des Runden Tisches der Staatsregierung zum Artenschutz. Nach Ansicht Schäffers hat sich die Einrichtung als „Plattform um zusammenzukommen“ bewährt, auch wenn dort nicht sofort alle Probleme gelöst werden könnten. Der LBV jedenfalls sei „sehr gerne bereit zu weiteren Gesprächen“.

Mergner dagegen sieht das deutlich kritischer. Der Ministerpräsident, so sagt er, sei nicht bereit gewesen, über Grundsatzfragen wie die Agrarpolitik zu diskutieren. Der Bund Naturschutz wolle deshalb im kommenden Jahr einen eigenen Runden Tisch einrichten – mit Vertretern der Landwirtschaft, Verbraucherverbänden und Handelsunternehmen, aber auch mit Gewerkschaften. Dort soll es nicht nur um Naturschutz im engeren Sinne gehen, sondern auch um damit zusammenhängende Fragen wie Energiewende, Wirtschaft und Mobilität.

»Kommentar

Kommentar



## Mehr Schein als Sein?

VON ULI BACHMEIER

ulb@azv.de

Die Naturschutzverbände, die mit dem von der ÖDP angestoßenen Volksbegehren zum Artenschutz einen ihrer größten politischen Erfolge erzielt haben, sind zu Recht misstrauisch. In einem Akt der Vorneverteidigung hat sich Ministerpräsident Söder die Forderungen zu eigen gemacht und sich unter dem Druck von 1,7 Millionen Unterschriften an die Spitze der Bewegung gesetzt. Das Volksbegehren wurde Gesetz. Doch als das Thema aus den Schlagzeilen verschwunden war, zeigte sich, dass der Teufel im Detail steckt: Was ist eine Streuobstwiese? Wo muss ein Gewässerrandstreifen verlaufen? Die Indizien, dass man es mit der Umsetzung nicht so ernst nimmt, verdichten sich. Und auch der Runde Tisch der Staatsregierung zum Artenschutz, der zunächst als Instrument zur Wiederherstellung eines gesellschaftlichen Konsenses gefeiert wurde, scheint auf Betreiben Söders schrittweise entwertet zu werden.

Der Verdacht, dass es hier mehr um den Schein als um das Sein geht, ist also nicht einfach von der Hand zu weisen. Die Naturschützer schauen genau hin, die 1,7 Millionen Unterstutzer des Volksbegehrens hoffentlich auch.

## **Impressum:**

**BUND Naturschutz in Bayern e.V. (BN)**

**Kreisgruppe Lindau**

**Lotzbeckweg 1**

**88131 Lindau (Bodensee)**

**Tel.: 08382-887564**

**e-post: [lindau@bund-naturschutz.de](mailto:lindau@bund-naturschutz.de)**

**Internet: [www.lindau.bund-naturschutz.de](http://www.lindau.bund-naturschutz.de)**

## **Zusammenstellung und v.i.S.d.P.:**

**Erich Jörg, Kreisvorsitzender**

**unter Mithilfe von**

**Regine Immler (Ehrenamtliche)**

**Claudia Grießer (Geschäftsstellenleiterin)**

**Isolde Miller (Gebietsbetreuerin)**

## **Abkürzungen bei Presseartikeln:**

**BZ: Bürgerzeitung der Stadt Lindau (Bodensee)**

**LZ: Lindauer Zeitung, Lindau (Bodensee)**

**N & U: BN-Verbandszeitschrift „Natur und Umwelt“**

**SZ: Schwäbische Zeitung, Ravensburg**

**WA: Der Westallgäuer, Weiler-Simmerberg**

**Süddeutsche Zeitung**